

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Klimaaußenpolitikstrategie der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	2
A. Klimakrise als Herausforderung und Chance	7
B. Fundament und Prinzipien unserer Klimaaußenpolitik	12
C. Prioritäre Handlungsfelder unserer Klimaaußenpolitik	18
C1. Treibhausgasemissionen bis 2030 drastisch senken, globale Energiewende beschleunigen	19
C2. Wirtschaft wettbewerbs- und zukunftsfähig sowie klimagerecht aufstellen	23
C3. In Solidarität mit den Vulnerabelsten: Lebensgrundlagen bewahren und Gesundheit schützen	27
C4. Ökosysteme schützen, wiederherstellen und nachhaltig nutzen.....	32
C5. Frieden, Sicherheit und Resilienz stärken	35
C6. Finanzflüsse in Einklang mit einem 1,5°C-kompatiblen Pfad und klimaresilienter Entwicklung bringen	38
D. Global denken – differenziert strategisch handeln	42
E. Partizipative Klimaaußenpolitik	48
Annex 1: Aktuelle Partnerschaftsansätze im Überblick	49
Annex 2: G7-Kommuniqué und weitere Bezugsdokumente	52
Annex 3: Glossar	54

Kästenverzeichnis

		Seite
Kasten 1	Foren unserer Klimaaußenpolitik.....	9
Kasten 2	Instrumentenkasten unserer Klimaaußenpolitik.....	10
Kasten 3	Carbon Management-Strategie und Langfriststrategie Negativemissionen	14
Kasten 4	Die wichtigsten deutschen und europäischen Klimaziele	16
Kasten 5	NDC-Partnerschaft stärken	20
Kasten 6	Partnerschaften für eine gerechte Energiewende (<i>Just Energy Transition Partnerships</i>).....	21
Kasten 7	Der Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken	29
Kasten 8	Vorausschauende humanitäre Hilfe zahlt sich aus.....	30
Kasten 9	Die Allianz für transformative Maßnahmen zu Klimawandel und Gesundheit (ATACH).....	31
Kasten 10	Naturbasierte Lösungen (<i>Nature-based Solutions, NbS</i>)	33
Kasten 11	Wie hängen Klimawandel und Konflikt zusammen? Beispiel Südirak	36
Kasten 12	Inselstaat Dominica	38
Kasten 13	Deutsche Klimafinanzierung im Überblick.....	39

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Globale und regionale Risiken bieten Handlungsorientierung (Anpassung und Minderung) ... Risiken reduzieren, indem die globale Erwärmung unter 1,5 °C gehalten wird.....	13
Abbildung 2	Klima im Fokus unserer Auslandsvertretungen: Klimaschwerpunktvertretungen	17
Abbildung 3	Veränderung der Rangfolge der weltgrößten CO ₂ - Emittenten Größe und Punkte entsprechen den absoluten Emissionen, Wert in Klammern entspricht der relativen Veränderungen von 2015 auf 2030	43
Abbildung 4	Bilateral energy and climate partnerships, energy dialogues and hydrogen partnerships	49

Zusammenfassung

Die Klimakrise verändert unsere Welt tiefgreifend: Sie gefährdet Menschenleben, bedroht Menschenrechte, unsere Natur und unsere Lebensgrundlagen und damit die Chancen für nachhaltige Entwicklung. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist schnelles, ambitioniertes und kooperatives Handeln der Staatengemeinschaft unverzichtbar: Nur gemeinsam werden wir weltweit die notwendige Treibhausgasminde­rung erreichen können. Klimaschutz bedarf einer engeren internationalen Zusammenarbeit, denn kein Staat kann sich alleine vor dem Klimawandel schützen oder ihn verhindern.

Unsere Klimaaußenpolitik ist europäisch und multilateral verankert. Im Zentrum stehen die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und das Übereinkommen von Paris. Um die Folgen des Klimawandels zu bewältigen, müssen wir zugleich gegen den Verlust globaler Biodiversität, Ressourcenübernutzung und die globale Umweltverschmutzung vorgehen. Wir gehen die Themen Klima-, Biodiversitätsschutz und Umweltverschmutzung deshalb konsequent zusammen an. Zentrale Referenzpunkte hierfür sind die Agenda 2030 und der Globale Rahmen für Biodiversität.

Mit dieser ressortübergreifenden Klimaaußenpolitikstrategie richten wir als Bundesregierung unsere Strukturen und Instrumente darauf aus, die Transformation in eine klimaneutrale Zukunft sozial-gerecht und wirtschaftlich erfolgreich umzusetzen und entlang unserer Werte und Interessen aktiv mitzugestalten. Sie ist Leitschnur für das internationale klimapolitische Handeln der Bundesregierung und wird federführend gesteuert und umgesetzt durch das jeweils zuständige Ressort. Eine neue Staatssekretärinnen- und Staatssekretärsrunde wird die Koordination in zentralen ressortübergreifenden Angelegenheiten der Klimaaußenpolitik begleiten und eine strategische Vorausschau sicherstellen.

Ambitionierte Klimapolitik als Chance

Das 21. Jahrhundert muss das Jahrhundert der erneuerbaren Energien werden. Viele Staaten weltweit haben die enormen wirtschaftlichen und sozialen Chancen ambitionierter, wirtschaftlicher und pragmatischer Klimapolitik erkannt und treiben die Energiewende, die Steigerung der Energieeffizienz, die Dekarbonisierung ihrer Industrien und die Entwicklung nachhaltiger Technologien voran. Diesen Wandel hin zu einer nachhaltigen, resilienten, ressourcenschonenden Weltwirtschaft gestalten wir aktiv mit. Die Weichenstellungen in den nächsten Jahren auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene werden entscheidend sein, um die Transformation zu beschleunigen und gleichzeitig die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern.

Wohlstand sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung bei der Bekämpfung der Klimakrise zusammenzubringen, bildet den Kern der deutschen Klimaaußenpolitik. Denn die sozial-ökologische Transformation (*Just Transition*) bietet auch große Chancen für Resilienz und Sicherheit, für unseren zukünftigen Wohlstand und für eine global nachhaltige Entwicklung. Gesellschaftliche Akzeptanz ist unverzichtbar für den Erfolg internationaler Klima- und Umweltschutzbemühungen. Mit unserer Klimaaußenpolitik wollen wir auch dazu beitragen, Deutschland und Europa durch positive Wachstumsimpulse als Wirtschaftsstandorte der Zukunft zu stärken und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Der geopolitische Rahmen unserer Klimaaußenpolitik

Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie heizt Konflikte an und trägt zur Destabilisierung von Staaten bei. Bereits heute sehen wir, wie Entwicklungserfolge zunichtegemacht, bestehende Ungleichheiten und Verteilungskonflikte verschärft und Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen werden.

Klimaschutz fordert daher gemeinsames Engagement in einer Welt wachsender Spannungen und geoökonomischer Verschiebungen. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und eklatanter Bruch des Völkerrechts haben die Grundfesten der multilateralen Ordnung erschüttert und erhöhen eine Dynamik globaler Systemrivalität. Die daraus resultierenden Folgen für die europäische Sicherheitsordnung markieren eine Zeitenwende mit weitreichenden Folgen für Deutschland, Europa und darüber hinaus.

In diesem zunehmend multipolaren, fluiden und konflikt­haften Umfeld, nutzen einige Staaten fossile Energieabhängigkeiten bewusst aus, um ihre machtpolitischen Ziele zu verfolgen. Dies erschwert zum einen die notwendige Kooperation bei gemeinsamen Zielen. In einer multipolaren Welt bedeutet die Transformation Richtung Klimaneutralität zum anderen aber auch eine Neuvermessung ökonomischer Stärke.

Die Aufteilung in Industrie- und Entwicklungsländer der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) von 1992 entspricht nicht mehr der aktuellen Realität und darf nicht zur Barriere für schnellen und effektiven Klimaschutz werden. Die G20-Mitglieder zum Beispiel, die 80 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung erwirtschaften, auf die rund 80 Prozent der weltweiten Emissionen entfallen und von denen viele ihren Wohlstand in den letzten Jahren deutlich ausbauen konnten, tragen besondere Verantwortung dafür, eine ambitionierte Klimapolitik umzusetzen und einen angemessenen Beitrag zum internationalen Klimaschutz- und zur Klimafinanzierung zu leisten.

Klimaaußenpolitik lebt daher vom Dialog und Austausch weltweit. Klimazusammenarbeit kann gerade auch mit globalen Partnern, die nicht alle unsere Werte teilen, oft Teil einer Positivagenda sein und kann Brücken bauen. Aus diesem Engagement ergeben sich Chancen, unsere Beziehungen zu Staaten auch über den Klimabereich hinaus zu intensivieren und damit unsere globalen Partnerschaften insgesamt zu stärken. Deutschland und anderen Energieimporteuren bietet sich in der Transformation auch die Möglichkeit, resiliente, nachhaltige und diversifizierte Lieferketten für Zukunftstechnologien aufzubauen und Abhängigkeiten zu reduzieren.

Ziele unserer Klimaaußenpolitik-Strategie

Deutschland setzt sich mit seinen europäischen Partnern mit aller Kraft dafür ein, die Umsetzung des Übereinkommens von Paris voranzutreiben, um die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C in Reichweite zu halten und eine klimaresiliente Entwicklung und Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel weltweit zu stärken. Wir wirken gemeinsam mit unseren Partnern darauf hin, dass Investitionen und globale Finanzflüsse mit den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030, den Zielen der Klimaneutralität und Klimaresilienz wie auch den globalen Biodiversitätszielen in Einklang gebracht werden. Im Sinne der Klimagerechtigkeit legen wir besonderes Augenmerk auf die vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und Gemeinschaften, gerade in Afrika und den Kleinen Inselentwicklungsstaaten (SIDS).

Unsere Klimaaußenpolitik hat zum Ziel, Klimaschutz in allen relevanten Politikfeldern und internationalen Foren zu verankern und weiter voranzubringen, darunter die VN, G7 und G20, multilaterale Entwicklungsbanken, sowie internationale Organisationen wie die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) und die Internationale Energieagentur (IEA). Wir agieren dabei im Schulterschluss mit europäischen Partnern auf der Basis der EU-Klimaziele und des European Green Deal.

Der unter gemeinsamem Co-Vorsitz von Deutschland und Chile aufgebaute Klimaclub dient als pragmatische Umsetzungsallianz von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern und wird die internationale Kooperation im Bereich der Klimapolitik befördern. Mit einem Schwerpunkt auf der Dekarbonisierung der Industrie soll Schritt für Schritt der Rahmen für grüne Produkte und Leitmärkte geschaffen werden.

Zur Umsetzung unserer Klimaaußenpolitik bedienen wir uns eines umfassenden Instrumentenkastens, der bi- und multilaterale Klimadiplomatie und Aktivitäten im Rahmen der internationalen Klimafinanzierung ebenso umfasst wie Partnerschaftsansätze, auch im Schulterschluss mit anderen Ländern, unsere Beiträge im Rahmen von Vorreiterinitiativen wie zum Beispiel dem Klimaclub wie auch die Instrumente unserer Außenwirtschaftsförderung. Bis Ende 2024 wollen wir auswerten, welche Ergebnisse unsere bilateralen Partnerschaften erbracht haben und darauf aufbauend unser Partnerschaftskonzept strategisch weiterentwickeln.

Prinzipien unserer Klimaaußenpolitik

Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale und Geschlechtergerechtigkeit sowie Nachhaltigkeit, der Schutz unseres Landes, der EU und unserer Verbündeten und die Mehrung von Wohlstand und sozialem Zusammenhalt sind für uns ein unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Klimaaußenpolitik für Deutschland und Europa. Wir setzen uns für Klimagerechtigkeit im Sinne einer auf nationaler wie internationaler Ebene wirtschaftlich erfolgreichen sozial-gerechten Transformation hin zu Klimaneutralität und Resilienz gegenüber Klimafolgen ein. Unsere Klimaaußenpolitik ist wertegeleitet und in unserem wirtschaftlichen wie sicherheitspolitischen Interesse.

Unsere Klimaaußenpolitik ist partizipativ

Die Bundesregierung bekennt sich dazu, die aktive und gleichberechtigte Mitwirkung aller interessierten Gruppen an Klimaaußenpolitik zu unterstützen. Dazu bauen wir die Möglichkeiten zur gesamtgesellschaftlichen Beteiligung systematisch aus. Zu unserem Grundverständnis von Klimaaußenpolitik gehört, dass sie von der aktiven Mitwirkung und dem Wissen aller lebt: Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kultur,

Frauen, Jugend, Indigene Völker, marginalisierte Gruppen. Ebenso tragen subnationale Strukturen wie Städte und Gemeinden zum Erfolg unserer Klimaaußenpolitik bei. Nur mit starkem gesellschaftlichem Rückhalt können Transformationsprozesse zur Halbierung von Emissionen bis 2030 und zur Stärkung von Klimaresilienz in diesem Jahrzehnt gelingen.

Prioritäten unserer Klimaaußenpolitik

Die Klimaaußenpolitik der Bundesregierung konzentriert sich auf sechs Handlungsfelder:

1. Treibhausgasemissionen bis 2030 global drastisch senken, globale Energiewende beschleunigen

Wir werden alle Kräfte und Instrumente darauf verwenden, die globalen Emissionen drastisch zu mindern und bis 2030 im Vergleich zu 2019 annähernd zu halbieren. Wir wollen unsere Partner bestärken, ihre Klimaziele für 2030 zu schärfen und ihre künftigen Ziele so auszurichten, dass das 1,5°C-Limit in Reichweite bleibt. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, bis 2030 global die Kapazität von erneuerbaren Energien zu verdreifachen und die Energieeffizienz zu verdoppeln. Wir beschleunigen die globale Energiewende, um schrittweise aus den fossilen Energien ohne CO₂-Abscheidung im Einklang mit den 1,5°C-Pfaden auszusteigen. Wir werden unsere Partnerschaften ausbauen und weiter vertiefen. Zentrale Instrumente sind hier die *Just Energy Transition Partnerships* (JETPs) sowie die bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften. Das Instrument der CO₂-Bepreisung sehen wir als eines der effizientesten zur Senkung von Treibhausgasemissionen und zur gleichzeitigen Innovationsförderung. Wir setzen uns deshalb für ein globales Emissionshandelssystem ein, das mittelfristig zu einem möglichst einheitlichen und angemessenen CO₂-Preis führt.

2. Wirtschaft wettbewerbs- und zukunftsfähig sowie klimagerecht aufstellen

Aktiver Klimaschutz soll international zum Wettbewerbsvorteil für Unternehmen werden. Wir unterstützen eine aktivere und ambitioniertere Handelspolitik, mit der die EU ihren Partnern attraktive Angebote macht. Dabei setzen wir uns für ambitionierte Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung ein. Wir treten dafür ein, die WTO weiter am Übereinkommen von Paris sowie an den globalen Nachhaltigkeitszielen der VN auszurichten. Wir setzen uns auch für die Erleichterung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen ein. Insbesondere bei der Diversifizierung von Rohstofflieferketten unterstützen wir auch lokale Wertschöpfung unter Wahrung von Nachhaltigkeitsstandards. Wir setzen uns in relevanten internationalen Foren für ambitionierte Klimaziele und global verbindliche Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen des Luft- und Seeverkehrs ein. Zudem fördern wir den sparsamen Umgang mit Ressourcen und bauen die Kreislaufwirtschaft aus. Durch den offenen, kooperativen und inklusiven Klimaclub wollen wir dazu beitragen, Ambition ohne Wettbewerbsverzerrungen zu ermöglichen und die dekarbonisierte industrielle Produktion als weltweite Norm zu etablieren.

3. In Solidarität mit den Vulnerabelsten: Lebensgrundlagen bewahren und Gesundheit schützen

Wir sind solidarisch mit den Vulnerabelsten und bleiben ein guter und verlässlicher Partner in der internationalen Klimafinanzierung. Wir setzen uns dafür ein, den Zugang zu notwendigen finanziellen Mitteln für den Klimaschutz für jene Menschen und Staaten zu verbessern, die diese besonders brauchen. Wir beteiligen uns aktiv an der Operationalisierung von finanziellen Unterstützungsmechanismen einschließlich des neuen Fonds für die Bewältigung von Schäden und Verlusten infolge der Klimakrise (Loss and Damage) als zentralem Baustein in der Unterstützung der Vulnerabelsten und bauen den „Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken“ weiter aus. Ökosystembasierte und lokale Ansätze zur Klimaanpassung stärken wir. Die Klimakrise ist zugleich eine der größten Bedrohungen der Gesundheit, gerade für die Vulnerabelsten. Deshalb wollen wir Gesundheit als Transformationstreiber für Klimaschutz und Klimaanpassung nutzen.

4. Ökosysteme schützen, wiederherstellen und nachhaltig nutzen

Wir stärken unsere Kooperation insbesondere mit Regenwaldstaaten, um die Entwaldung bis 2030 zu stoppen und setzen uns für den Schutz, die nachhaltige Nutzung und die Wiederherstellung von allen Ökosystemen zu Land und im Meer im Einklang mit dem Globalen Rahmen für Biodiversität ein und berücksichtigen dabei die zentrale Rolle indigener Völker und lokaler Gemeinschaften. Wir priorisieren in unseren Ansätzen naturbasierte Lösungen, die gleichzeitig Vorteile für Klimaschutz und -anpassung, Klimaresilienz, Wassermanagement, Biodiversität und weitere Nachhaltigkeitsziele bieten.

5. Resilienz, Frieden und Sicherheit stärken

Wir denken bei unseren politischen Ansätzen den Nexus Klima-Sicherheit mit und richten Projekte der humanitären Hilfe, der Stabilisierung sowie der Entwicklungszusammenarbeit klimaresilient und klimasensibel aus. Wir setzen wir uns dafür ein, dass die Befassung mit Klima und Sicherheit in allen internationalen Organisationen, vor allem der VN, der EU, der OSZE und der NATO weiter gestärkt wird und integrieren Klimaaspekte in unsere geopolitischen Risikoanalysen. Außerdem stellen wir sicher, dass die Bundeswehr ihren Auftrag auch unter sich wandelnden klimatischen Bedingungen vollumfänglich erfüllen kann und ihre Einsatzbereitschaft gewährleistet ist. In die Debatte um die völkerrechtlichen Implikationen des Klimawandels bringt sich Deutschland engagiert ein.

6. Internationale Finanzflüsse in Einklang mit einem 1,5°C-kompatiblen Pfad und klimaresilienter Entwicklung bringen

Deutschland ist und bleibt ein verlässlicher Partner bei der internationalen Klimafinanzierung und gehört zu den größten Gebern in den multilateralen Klimafonds. Unsere bisherigen Klimafinanzierungszusagen haben wir eingehalten. Wir setzen uns dafür ein, die Finanzflüsse an unseren Klima- und Biodiversitätszielen auszurichten. International nachhaltige, Paris-konforme Investitionen und Projekte fördern wir und bauen ineffiziente klima- und biodiversitätsschädliche Subventionen ab. Die Diskussion um die Reform der internationalen Finanzinstitutionen gestalten wir aktiv mit und wir setzen uns dafür ein, den weltweiten Rahmen für die notwendige Mobilisierung von erheblichen privaten Finanzflüssen für den Klimaschutz zu verbessern, sowie eine Erweiterung der Geberbasis zu erreichen.

A. Klimakrise als Herausforderung und Chance

Die Bekämpfung der Klimakrise und der Umgang mit ihren Auswirkungen ist eine zentrale Menschheitsaufgabe dieses Jahrhunderts. Die Klimakrise gefährdet Menschenleben, bedroht Menschenrechte, unsere Natur und unsere Lebensgrundlagen und damit die Chancen für nachhaltige Entwicklung. Bereits heute sehen wir, wie der Klimawandel Entwicklungserfolge zunichtemacht, bestehende Ungleichheiten und Verteilungskonflikte verschärft und Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingt. Er heizt Konflikte an, destabilisiert Staaten und ist damit auch einer der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts.

Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist schnelles, ambitioniertes und kooperatives Handeln der Staatengemeinschaft unverzichtbar: Nur gemeinsam werden wir weltweit die notwendige Treibhausgasminde­rung erreichen können. Klimaschutz bedarf einer engeren internationalen Zusammenarbeit – mit den vielen Ländern, zu denen Deutschland gute diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen pflegt und auch mit Ländern, mit denen Rivalitäten und Gegensätze dies erschweren. Denn kein Staat kann sich alleine vor dem Klimawandel schützen oder ihn verhindern.

Dabei bietet die sozial-ökologische Transformation in eine klimaneutrale Zukunft auch große Chancen für eine Stärkung unserer Gesellschaft, Resilienz und Sicherheit, für unseren zukünftigen Wohlstand und für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Europa und weltweit. Investitionen in die Transformation hin zur klimaneutralen Wirtschaft sind aktuell um ein Vielfaches geringer als die zu erwartenden ökonomischen Schäden, falls die nötigen Investitionen ausbleiben. Eine klimaneutrale Wirtschaft muss nicht nur umweltschonender und ressourceneffizienter sein, sondern kann auch dazu beitragen, Konflikten vorzubeugen. Wenn wir es schaffen, unsere Klimaschutzanstrengungen gemeinsam effektiv und effizient zu verfolgen, wird sich das für alle kooperierenden Staaten in wirtschaftlichem Erfolg niederschlagen. Im Bereich der Nachhaltigkeit werden wichtige Wachstumsmärkte der Zukunft und neue Arbeitsplätze entstehen. Viele Staaten weltweit haben die enormen wirtschaftlichen Chancen ambitionierter und umsetzungsorientierter Klimapolitik erkannt und treiben die Energiewende, die Dekarbonisierung ihrer Volkswirtschaften und die Entwicklung klimafreundlicher Technologien voran. Gleichzeitig darf eine ambitionierte Klimapolitik kein Standortnachteil sein, der zu Abwanderung wichtiger Industrien führt. Sie muss so ausgestaltet werden, dass sie auch positive Wachstumsimpulse und Wohlstand im Inland sichert.

Den Wandel hin zu einem überwiegend erneuerbaren, nachhaltigem Energiezeitalter wollen wir aktiv mitgestalten und mit unserer Klimaaußenpolitik dazu beitragen, Deutschland und Europa als Wirtschaftsstandorte auszubauen und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Mit dem *European Green Deal* haben die Europäische Union (EU) und Deutschland den Weg zur klimaneutralen und kreislauforientierten Wirtschaft als eine langfristige Wohlstandsstrategie eingeschlagen, durch die positive Wachstumsimpulse generiert werden, Wohlstand gesichert wird und wichtige Wachstumsmärkte der Zukunft und Arbeitsplätze entstehen.

Wohlstand sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung bei der Bekämpfung der Klimakrise zusammenzubringen, bildet den Kern der deutschen Klimaaußenpolitik. Gerade deshalb legen wir auch in unserem internationalen Handeln den Fokus auf die sozialen und gesellschaftlichen Aspekte der Transformation. Gesellschaftliche Akzeptanz ist unverzichtbar für den Erfolg internationaler Klima- und Umweltschutzbemühungen. Dabei besteht eine besondere Verantwortung gegenüber den verletzlichsten Staaten und Bevölkerungsgruppen, die in besonderer Weise von Klimaauswirkungen betroffen sind. Wir wollen mit Ländern weltweit zusammenarbeiten, um den transformativen Prozess sozialverträglich zu gestalten. Denn eine sozial-gerechte Transformation (*Just Transition*) ist die Voraussetzung für Frieden, Stabilität und nachhaltigen Wohlstand. Mögliche gesellschaftliche Widerstände denken wir dabei konstruktiv mit. Wir sind dabei Vorreiter und Brückenbauer und wollen ein positives Beispiel setzen und die Transformation auch wirtschaftlich erfolgreich gestalten, um andere zu einer ambitionierten Klimapolitik zu motivieren. Unsere Klimaaußenpolitik sieht dabei die verzahnten Nachhaltigkeitsherausforderungen, vor denen wir als Weltgemeinschaft stehen: Um die Folgen des Klimawandels zu bewältigen, müssen wir zugleich gegen den Verlust globaler Biodiversität, Ressourcenübernutzung und die weltweite Umweltverschmutzung vorgehen.

Der geopolitische Rahmen unserer Klimaaußenpolitik

Die Klimakrise fordert gemeinsames Engagement in einer Welt wachsender Spannungen und geoökonomischer Verschiebungen. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und eklatanter Bruch des Völkerrechts haben die Grundfesten der multilateralen Ordnung erschüttert und erhöhen eine Dynamik globaler Systemrivalität. Die daraus resultierenden Folgen für die europäische Sicherheitsordnung markieren eine Zeitenwende mit weitreichenden Folgen für Deutschland, Europa und darüber hinaus. Zugleich wachsen die Gestaltungsansprüche nicht nur

der aufstrebenden Staaten zur gesamten Bandbreite globaler Fragen. In diesem zunehmend multipolaren, fluiden und konflikthaften Umfeld nutzen einige Staaten fossile Energieabhängigkeiten bewusst aus, um ihre machtpolitischen Ziele zu verfolgen. Dies erschwert zunehmend die notwendige Kooperation bei gemeinsamen Zielen. Klimaaußenpolitik lebt vom Dialog und Austausch weltweit. Klimazusammenarbeit kann gerade auch mit globalen Partnern, die nicht alle unsere Werte teilen, oft Teil einer Positivagenda sein und kann Brücken bauen. Aus diesem Engagement ergeben sich Chancen, unsere Beziehungen zu Staaten auch über den Klimabereich hinaus zu intensivieren und damit unsere globalen Partnerschaften insgesamt zu stärken. Durch den gezielten Ausbau von globalen Partnerschaften und in Umsetzung der Nationalen Sicherheitsstrategie können wir die geopolitische Stellung Deutschlands stärken und einen Beitrag zur Stabilisierung der internationalen Ordnung leisten. Zugleich ist eine enge transatlantische Partnerschaft mit den USA und Kanada entscheidend für die globale Sicherheit und Ordnung und umfasst auch das gemeinsame Engagement für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung.

In einer multipolaren Welt bedeutet die Transformation Richtung Klimaneutralität auch eine Neuvermessung ökonomischer Stärke. Staaten, die bislang keine Energieexporteure waren, haben jetzt die Chance, sich auf den Energiemärkten zu positionieren. Auf der anderen Seite drohen die heutigen Exporteure fossiler Energieträger an Wirtschaftskraft und damit auch an politischem Einfluss zu verlieren, wenn sie sich nicht wandeln. Energieimporteure wie Deutschland bieten sich in der Transformation die Möglichkeiten, resiliente, nachhaltige und diversifizierte Lieferketten und verlässliche Partnerschaften aufzubauen und Abhängigkeiten zu reduzieren.

Unser klimapolitisches Handeln kann nur gemeinsam mit der EU und ihren Mitgliedstaaten ihre volle Wirkung entfalten. Multilateral arbeiten wir mit allen Partnern zusammen und versuchen, gezielt Anreize zu setzen, um ambitionierte Klimaziele umzusetzen und die globale Energiewende voranzutreiben. Nur so können wir gemeinsam die großen Chancen dieser Transformation nutzen. Mit unserem diplomatischen Gewicht und im Verbund mit der EU werden wir im Dialog auch auf bislang weniger ambitionierte Staaten weiter einwirken, damit alle ihre internationalen Verpflichtungen im Klimaschutz erfüllen.

Die Weltklimakonferenzen der Vereinten Nationen bleiben für die internationale Klimapolitik zentral: Sie sind der Ort, an dem Vertragsparteien allgemeingültige Regeln zur Bekämpfung der Klimakrise beschließen können, wo wir eine Vergleichbarkeit von Zielen und Transparenz über Maßnahmen herstellen. Die Konferenzen bieten Aufmerksamkeit, um politischen Druck aufzubauen und die Ambitions- und Umsetzungslücke im internationalen Klimaschutz zu schließen. Die Klimakonferenzen sind auch der Ort, an dem sich auch nicht-staatliche Akteurinnen und Akteure – Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Jugend – treffen, um ihren Teil der Lösungen, aber auch Forderungen an Regierungen einzubringen. Dieses Wissen und die umfassende Beteiligung weiter zu stärken, ist uns ein Kernanliegen. Im Rahmen des Übereinkommens von Paris wird die besondere Vulnerabilität der Inselstaaten und am wenigsten entwickelten Länder anerkannt. Gleichzeitig spiegeln die Verhältnisse und Gruppierungen in den Klimaverhandlungen die geopolitischen und geoökonomischen Verschiebungen der vergangenen Jahrzehnte nicht mehr wider. Die G20, die 80 Prozent der globalen Wirtschaftskraft vereinen und auf die rund 80 Prozent der weltweiten Emissionen entfallen und von denen viele ihren Wohlstand in den letzten Jahren deutlich ausbauen konnten, tragen besondere Verantwortung, eine ambitionierte Klimapolitik umzusetzen und einen angemessenen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung zu leisten. Um ein Trittbrettfahrerproblem und ein daraus resultierendes zu geringes weltweites Ambitionsniveau zu verhindern, muss die Finanzierung des öffentlichen Gutes „Klima“ von allen fair getragen werden. Industrieländer haben zwar eine besondere historische Verantwortung, aber alle müssen einen finanziellen Beitrag leisten – insbesondere auch die sich entwickelnden Staaten, die mittlerweile zu den größten Emittenten gehören. Die Aufteilung in Industrie- und Entwicklungsländer, die noch in der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) von 1992 vorgenommen wurde, entspricht nicht mehr der aktuellen Realität und darf nicht zur Barriere für schnellen und effektiven Klimaschutz werden.

Im Sinne des Übereinkommens von Paris bedarf es gleichzeitig verstärkt pragmatischer Umsetzungsallianzen zur Förderung der internationalen Klimakooperation, insbesondere zur Beschleunigung der Minderungsanstrengungen. Deshalb hat die G7 unter deutscher Präsidentschaft Ende 2022 den Klimaclub gegründet, damit eine engere internationale Koordinierung der Dekarbonisierung des Industriesektors, u. a. durch marktwirtschaftliche Investitionsanreize und gemeinsame Standards für eine klimafreundliche Industrie, entwickelt werden kann. Gemeinsam mit Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern aus allen Weltregionen konnte die Aufbauphase des Klimaclubs Ende 2023 abgeschlossen werden. Weiterhin setzen wir uns international für einen Ausbau von CO₂-Bepreisungssystemen als effizientes und technologieoffenes Instrument und klare und harmonisierte Standards ein, sowie für global compatible Emissionshandels- und Bepreisungssysteme, die mittelfristig einen einheitlichen CO₂-Preis ermöglichen. Das sorgt für faire Wettbewerbsbedingungen und eine effiziente Allokation von Investitionen.

Ambitionierte Klimapolitik, die mit Forschung und Entwicklung für nachhaltige Technologien und dem Aufbau nachhaltiger und (klima-) resilienter Lieferketten einhergeht, muss so ausgestaltet werden, dass sie unserer Wettbewerbsfähigkeit hilft. Weltweit geraten faire Wettbewerbsbedingungen durch fragmentierte Standards und protektionistische Maßnahmen unter Druck. Im Rahmen der Europäischen Union setzen wir uns für ein regelbasiertes, konstruktives Miteinander und für starke Standards ein, damit der globale Wettbewerb um Rohstoffe und Technologien Klimaschutz voranbringt, ohne Wohlstand und andere Nachhaltigkeitsziele zu gefährden.

Wir setzen auch auf bilaterale Partnerschaften, die klima-, energie-, rohstoff-, sicherheits- und weitere außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Erfordernisse zusammendenken. Diese Partnerschaften sind ein wichtiges Instrument, um die sozial-ökologische Transformation weltweit zu gestalten, ambitionierte Standards für nachhaltige Technologien und fairen Wettbewerb zu setzen und Versorgungsrisiken bei wichtigen Rohstoffen und nachhaltigen Energieträgern abzumildern.

Die geostrategische Verortung der internationalen Klimaaußenpolitik bedeutet auch, dass wir die Klimakrise in den Kontext unserer sonstigen außenpolitischen Interessen setzen. Dazu gehören u. a. die Bewahrung von Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und der Erhalt der natürlichen Ökosysteme als unabdingbare Lebensgrundlagen, die Bewältigung von humanitären Notlagen wie Ernährungskrisen sowie der Einsatz für globale Gesundheit und Bildung sowie Geschlechtergerechtigkeit.

Welche Ziele verfolgen wir mit der Klimaaußenpolitik-Strategie?

Deutschland setzt sich mit seinen europäischen Partnern mit aller Kraft dafür ein, die Umsetzung des Übereinkommens von Paris voranzutreiben, um die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C in Reichweite zu halten und klimaresiliente Entwicklung und Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel weltweit zu stärken. Wir wirken darauf hin, dass Investitionen und globale Finanzflüsse mit den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 sowie den Zielen der Klimaneutralität und Klimaresilienz in Einklang stehen, setzen globale Biodiversitätsziele um, unterstützen eine sozial-gerechte Transformation (*Just Transition*) und stärken zugleich die Menschenrechte. Mit neuen und bestehenden Allianzen und Partnerschaften setzen wir Impulse für die gesamte Breite unserer bilateralen Beziehungen und die multilaterale Zusammenarbeit. Im Sinne der Klimagerechtigkeit legen wir besonderes Augenmerk auf die vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und Gemeinschaften, gerade in Afrika und den Kleinen Inselentwicklungsstaaten (SIDS).

Unsere Klimaaußenpolitik hat zum Ziel, Klimaschutz in allen relevanten Politikfeldern und internationalen Foren zu verankern, darunter die VN, G7 und G20. Wir bringen das Thema Klima, Frieden und Sicherheit aktiv in den VN-Sicherheitsrat ein und werden es erneut zu einem zentralen Element unserer Kandidatur für die Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat 2027/2028 machen.

Gleichzeitig stärken wir unsere europäische Handlungsfähigkeit. Dazu setzen wir uns für eine Stärkung der europäischen Klimaaußenpolitik ein und intensivieren die Zusammenarbeit, bilateral und im Rahmen der EU-Prozesse. Eine 2022 von Deutschland und Dänemark auf Ebene der EU-Außenministerinnen und Außenministern gegründete Freundesgruppe soll zum Schrittmacher für eine ambitionierte Klimadiplomatie der EU werden. Ziel ist es, Klimaaußenpolitik in allen relevanten EU-Politiken und -Prozessen als Querschnittsthema zu verankern.

Kasten 1 Foren unserer Klimaaußenpolitik

Multilaterale Foren umfassen u. a. UNFCCC, multilaterale Entwicklungsbanken, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie internationale Organisationen wie die NATO, die OSZE, die Internationale Energieagentur (IEA), die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA), die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) und die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO): Wir nutzen multilaterale Foren, um ambitionierten Klima- und Biodiversitätsschutz voranzubringen und mit globalen Partnern in der Klimapolitik zusammenzuarbeiten. Klima, Frieden und Sicherheit ist zentrales Element für die Bewerbung Deutschlands um die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat 2027/2028.

Klimaaußenpolitik der EU: Wir setzen uns ein für eine ambitionierte Klimaaußenpolitik der EU, u. a. im Rahmen der von Deutschland gemeinsam mit Dänemark gegründeten Freundesgruppe für eine ambitionierte EU-Klimadiplomatie.

Vorreiterallianzen: Wir sind Teil der internationalen *High Ambition Coalition* (HAC) im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen. Deutschland ist seit Jahren Vorreiter beim Thema Klima, Frieden und Sicherheit – gemeinsam mit dem Inselstaat Nauru leiten wir eine Freundesgruppe der VN (siehe Kapitel C5).

G7/G20: Wir engagieren uns in den G7 und G20, um gemeinsam mit Partnern ehrgeizige Ziele in der Klima-, Energie- und Umweltpolitik zu vereinbaren und diese sozial-gerecht zu gestalten.

Weitere plurilaterale Formate: In Foren wie dem *Major Economies Forum*, dem *Ministerial on Climate Action* (MOCA) und der *Coalition of Finance Ministers for Climate Action* (CFMCA) arbeiten wir mit globalen Partnern zusammen.

Diese Strategie ist eine ressortübergreifende Strategie der Bundesregierung zur Klimaaußenpolitik, die das internationale klimapolitische Handeln der Bundesregierung abbildet, jeweils federführend gesteuert und umgesetzt durch das jeweils zuständige Ressort. Sie ist konsistent mit den bestehenden Strategien, darunter die Nationale Sicherheitsstrategie, die Strategie zur globalen Gesundheit, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die Nationale Wasserstoffstrategie, die Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik und die China-Strategie. Mit unserer Klimaaußenpolitik wollen wir die strategische Ressortkohärenz innerhalb der Bundesregierung stärken. Dazu wird eine Staatssekretärinnen- und Staatssekretärsrunde eingerichtet, die die Koordinierung in zentralen ressortübergreifenden Angelegenheiten der Klimaaußenpolitik begleitet und eine strategische Vorausschau sicherstellt. Die europäische Dimension denken wir dabei stets mit. Den deutschen Auslandsvertretungen und Ständigen Vertretungen kommt dabei eine Schlüsselrolle für den Dialog mit den Partnerländern und internationalen Organisationen zu.

Mit gemeinsamen Prioritäten (siehe Kapitel C) stellen wir die Kohärenz unseres internationalen Handelns sicher. Unsere Aktivitäten umfassen die Themen Minderung, Anpassung, Schäden und Verluste, Katastrophenrisikomanagement, sowie Unterstützung bei deren Finanzierung ebenso wie der natürliche Klimaschutz mit seinen naturbasierten Lösungen inklusive Schutz und Wiederherstellung von Ökosystemen. Auch Maßnahmen in den Bereichen einer sozial-gerecht gestalteten Energiewende, der Dekarbonisierung, der Industrie, der Gesundheit, der Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Klima, Frieden und Sicherheit sind Teil dieser Strategie.

Kasten 2 Instrumentenkasten unserer Klimaaußenpolitik

Klimadiplomatie: Klima ist an allen deutschen Auslandsvertretungen Thema, aber insbesondere unsere Klimaschwerpunktbotschaften haben den Auftrag, im engen Schulterschluss mit europäischen Partnerländern für unsere Positionen im internationalen Klimaschutz zu werben sowie Dialoge und Kooperationsformate zu entwickeln bzw. zu stärken.

Deutsche Klimafinanzierung: Mit unserem Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung bringen wir weltweit Klimaschutz voran. Besondere Bedeutung kommt dabei der Entwicklungszusammenarbeit zu. Ein weiteres Instrument ist die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI), mit der wir Entwicklungs- und Schwellenländer u. a. bei der Umsetzung und Weiterentwicklung ihrer Klimaziele unterstützen.

Bilaterale Partnerschaften und Dialoge: Wir arbeiten mit Partnern weltweit im Rahmen von Partnerschafts- und Dialogformaten zu klima-, energie- und umweltaußenpolitischen Themen zusammen.

Multi-Geber-Partnerschaften: Wir bündeln unsere Kräfte und bringen gemeinsam mit anderen Gebern die Transformation Richtung Klimaneutralität in Partnerländern voran. Ein Beispiel sind die *Just Energy Transition Partnerships* (JETPs) mit Südafrika, Indonesien, Vietnam und Senegal, die den Ausbau erneuerbarer Energien und eine sozial-gerechte Energiewende beschleunigen (siehe Kapitel D).

Klimaklub und weitere Vorreiterinitiativen: Wir engagieren uns im Rahmen von Vorreiter-Allianzen für beschleunigte Umsetzung. Mit dem von Deutschland initiierten Klimaklub bringen wir die Dekarbonisierung der Industrie voran. Als Mitglieder von sektoralen Allianzen und Initiativen (z. B. *Forest Climate Leaders Partnership*, *Methan-Pledge*, *Powering Past Coal Alliance*, *ENACT Partnership*) arbeiten wir mit Partnern an der Umsetzung von ambitionierten Selbstverpflichtungen.

Außenwirtschaftsförderung: Wir nutzen die Instrumente unserer Außenwirtschaftsförderung gezielt, um die Transformation Richtung Klimaneutralität in Partnerländern zu unterstützen (siehe Kapitel C6). Dabei kommt den deutschen Auslandsvertretungen und den Auslandshandelskammern eine wichtige Rolle zu. Die Einbindung des Privatsektors in bilaterale Partnerschaften wie den JETPs oder den Team Europe Initiativen unter dem europäischem Global Gateway Infrastrukturinvestitionsprogramm unterstützen wir.

CO₂-Bepreisung und -handel: Im Rahmen unserer Klimaaußenpolitik unterstützen wir gezielt das Instrument der CO₂-Bepreisung als eines der effizientesten Instrumente zur Senkung der Treibhausgasemissionen und zur gleich-

zeitigen Innovationsförderung. Ferner streben wir ein globales Emissionshandelssystem an, das mittelfristig zu einem möglichst einheitlichen und angemessenen CO₂-Preis führt. Die soziale Flankierung von CO₂-Bepreisungsinstrumenten ist dabei eine wichtige Voraussetzung für deren Akzeptanz.

Klimaaußenpolitik knüpft an unser umfangreiches, ressortübergreifendes Engagement in der internationalen Klimapolitik an. Wir bauen auf dem daraus resultierenden Vertrauen unserer internationalen Partner auf, die in Deutschland einen verlässlichen klimapolitischen Akteur sehen. Klimaaußenpolitik geht aber darüber hinaus: Wir wollen alle Foren, Instrumente und Hebel der Außen-, Entwicklungs-, Sicherheits-, Außenwirtschafts-, Handels- und internationalen Finanz-, Umwelt-, Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits-, Land- und Forstwirtschafts- sowie Forschungs- und Bildungspolitik nutzen, um die sozial-ökologische Transformation in eine klimaneutrale Zukunft voranzubringen. Im Kontext der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik setzen wir uns auch im Rahmen unserer Klimaaußenpolitik für die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und marginalisierten Gruppen ein.

Internationale Klimapolitik kann aber nicht nur zwischen Staaten betrieben werden. Sie lebt vom aktiven Engagement der gesamten Gesellschaft, von Frauen, Jugend, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Kultur, Wissenschaft und subnationalen Akteuren wie Städten und Kommunen. Deutsche Klimaaußenpolitik setzt sich das Ziel, all diese Akteurinnen und Akteure in den politischen Dialog einzubeziehen (siehe Kapitel D).

B. Fundament und Prinzipien unserer Klimaaußenpolitik

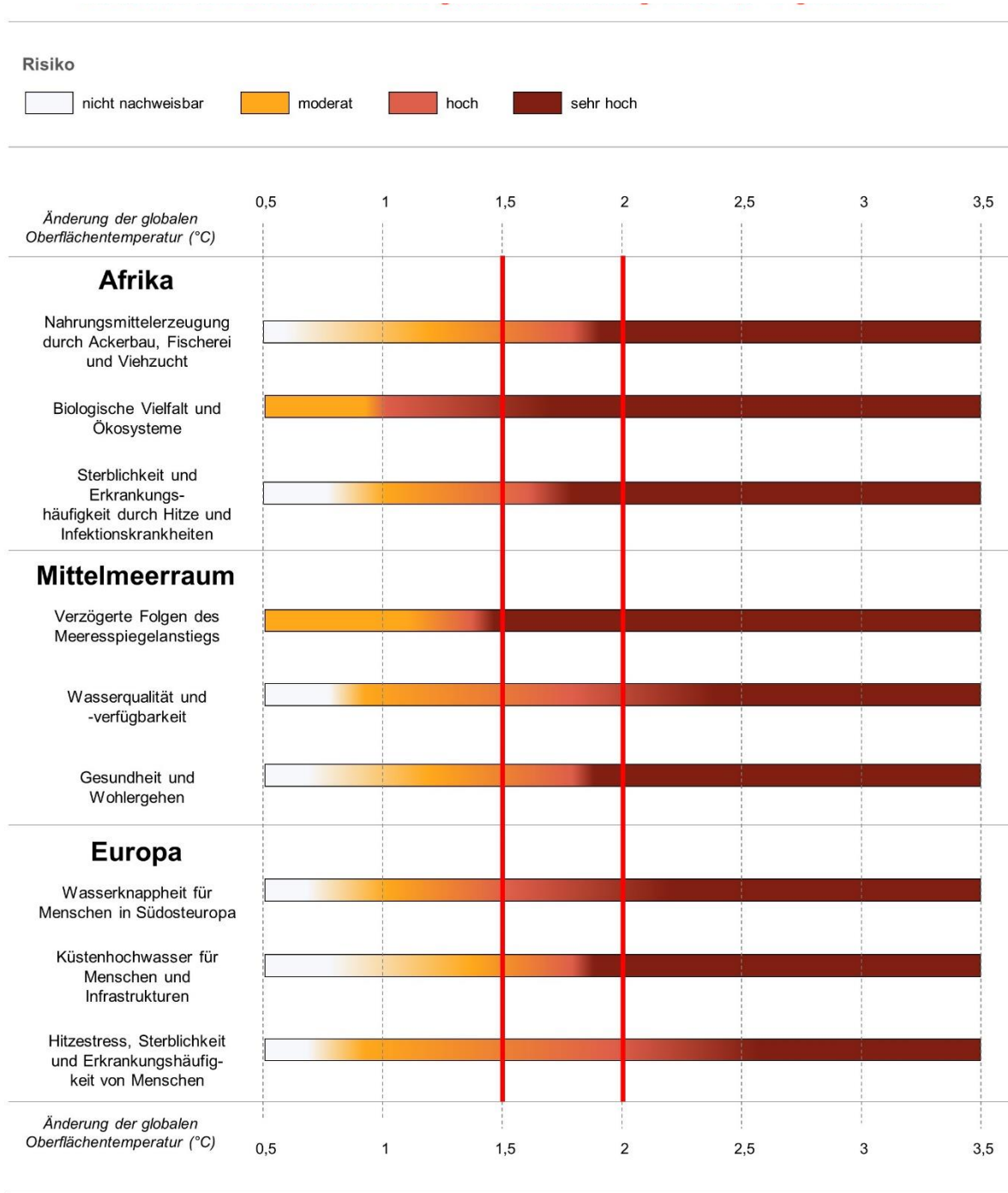
Wissenschaft als Basis

Die Erkenntnisse des Weltklimarats (IPCC) sind eindeutig: Aufgrund des menschengemachten Klimawandels hat sich die globale Durchschnittstemperatur bereits um 1,1°C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erhöht. Wenn die Weltgemeinschaft nicht sofort und in großem Umfang Treibhausgasemissionen reduziert, steigt die globale Erwärmung voraussichtlich bereits im Laufe der 2030er Jahre auf 1,5°C. Der IPCC geht davon aus, dass die globale Erwärmung bei gleichbleibenden Klimaanstrengungen der Staaten bis Ende des Jahrhunderts auf rund 3,2°C ansteigt. Unser Handeln in den nächsten fünf bis zehn Jahren hat laut IPCC somit entscheidende Auswirkungen auf die Entwicklung des Klimas für kommende Jahrtausende.

Der Klimawandel hat schon jetzt schwerwiegende und teils unumkehrbare Folgen. Mit steigender Erwärmung werden Extremwetterereignisse wie Starkniederschläge, Wirbelstürme, Hitzewellen und Dürren häufiger. In immer mehr Bereichen und Regionen sind selbst mit präventiven Maßnahmen die Auswirkungen des Klimawandels nicht mehr handhabbar. Laut IPCC leben heute schon 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen unter Bedingungen, die sehr stark von den negativen Folgen des Klimawandels betroffen sind. Bereits die Hälfte der Weltbevölkerung leidet zumindest für einen Teil des Jahres unter schwerer Wasserknappheit. Mit steigender Tendenz sind derzeit etwa 30 Prozent der Weltbevölkerung mindestens an 20 Tagen im Jahr extremer Hitze ausgesetzt, die über dem Temperaturgrenzwert liegt, der tödlich sein kann. Diese Verwundbarkeit wird vom Klimawandel und von der anhaltenden Zerstörung von Ökosystemen und dem Verlust der biologischen Vielfalt – etwa durch Entwaldung und Bodendegradierung – weiter erhöht. Klima- und Biodiversitätsschutz müssen daher integrativ zusammengedacht werden, denn beide sogenannte Zwillingsskrisen – der Verlust der biologischen Vielfalt und die Klimakrise – verstärken sich laut IPCC und Weltbiodiversitätsrat (IPBES) gegenseitig. Daher gilt es, Maßnahmen zu entwickeln, die positive Effekte sowohl für das Klima als auch die Ökosysteme erzeugen. Der IPBES fordert daher u. a. dazu auf, Wissen über die Zusammenhänge zwischen dem Verlust der biologischen Vielfalt und dem Klimawandel besser zu erforschen sowie konkrete Ansätze für die Zusammenarbeit von IPCC und IPBES zu entwickeln. Wo der Klimawandel den Menschen die Lebensgrundlage entzieht und ihre Gesundheit gefährdet, befeuert sie auch Krisen und Konflikte, die ganze Regionen destabilisieren können.

Der Unterschied der zu erwartenden Klimaauswirkungen bei einer durchschnittlichen globalen Erwärmung um 2°C gegenüber 1,5°C ist enorm. Jede zusätzliche Erderwärmung erhöht laut IPCC außerdem das Risiko abrupter und irreversibler Veränderungen im Klimasystem, auch durch das Überschreiten von Kipppunkten mit Auswirkungen für Millionen von Menschen. Zu diesen drohenden Kipppunkten gehören etwa der Verlust der Korallenriffe, des Amazonas-Regenwaldes, das Schmelzen des Grönländischen Eisschildes und das Auftauen der Permafrostböden.

Abbildung 1 Globale und regionale Risiken bieten Handlungsorientierung (Anpassung und minderung)
 ... Risiken reduzieren, indem die globale Erwärmung unter 1,5 °C gehalten wird



Quelle: Basierend auf Abbildung 3.3 des Syntheseberichts: IPCC, 2023: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Figure 3.3 (Daten). Hinweis: Die ergänzenden Angaben zu Risikoübergängen und Vertrauensniveau der ursprünglichen Grafik wurden hier nicht abgebildet.

PREVIEW

Die Abbildung verdeutlicht, dass eine globale Erwärmung von 1,5°C auch in Europa und Afrika eine Risikoschwelle darstellt. Bei einer Erwärmung unter 1,5°C sind viele Risiken noch moderat, zwischen 1,5° und 2°C steigen die Klimarisiken in einer Mehrzahl der Regionen und Auswirkungskategorien auf „hoch“ oder „sehr hoch“ an.

In den Szenarien, die laut IPCC mit einer globalen Erwärmung von 1,5°C kompatibel sind, müssten die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2030 im Mittel um 43 Prozent, bis 2035 um 60 Prozent und bis 2050 um 84 Prozent gesenkt werden, jeweils im Vergleich zu 2019. Schon ab spätestens 2025 müssen sie stetig fallen.

Damit dies gelingt, müssen wir die Emissionen global substanziell senken und unsere Wirtschafts- und Entwicklungsmodelle konsequent am 1,5°C-Pfad ausrichten. Der IPCC zeigt jedoch auch, dass schon heute in allen Sektoren – inkl. Energie, Wasser, Industrie, Mobilität, Bauen und Wohnen bis hin zur Land- und Forstwirtschaft und Landnutzung – Lösungen zu tragbaren Kosten verfügbar sind, um die Emissionen bis 2030 mindestens zu halbieren. Dabei kommt der Transformation unserer Energiesysteme eine entscheidende Rolle zu: Wind- und Solarenergie haben laut IPCC das größte Potenzial, die globalen Treibhausgasmissionen bis 2030 schnell und kostengünstig zu senken. Dabei ist es uns wichtig, auch in der eigenen Energiewende Zielkonflikte klar und ehrlich zu benennen und abzuwägen.

Neben tiefgreifenden, raschen und anhaltenden realen Minderungen von Treibhausgasen ist laut IPCC der Einsatz von Methoden zur Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre nötig, um schwer zu vermeidende Restemissionen auszugleichen, wenn netto null Treibhausgasemissionen erreicht werden sollen. Darüber hinaus können solche Negativemissionen global oder auf nationaler Ebene weitere zusätzliche Funktionen erfüllen: Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen in der nahen Zukunft sowie – wenn in einem Umfang eingesetzt, der die jährlichen Restemissionen übersteigt – langfristig netto negative Treibhausgasemissionen.

Zudem zeigt der IPCC auf, dass der Landnutzungssektor sowohl durch die Reduktion von Emissionen aus Ökosystemen als auch durch die Bindung von CO₂ in Ökosystemen signifikant zum Klimaschutz beitragen kann, insbesondere durch den Schutz von Wäldern (Stopp von Entwaldung), aber auch durch deren nachhaltige Bewirtschaftung und Wiederherstellung und die Wiedervernässung von Feuchtgebieten. Intakte Ökosysteme generieren Negativemissionen durch ihre CO₂-Einbindung und leisten damit einen Beitrag zur Erreichung von Treibhausgasneutralität und sogar von Netto-Negativemissionen. In seinem sechsten Klimabericht weist der IPCC außerdem deutlich stärker als zuvor auf das bedeutende Emissionsminderungspotential von ressourcenschonenden Maßnahmen wie Kreislaufwirtschaft und Materialeffizienz hin.

Der IPCC zeigt auch, dass klimaresiliente Entwicklung ermöglicht wird, wenn Regierungen, Zivilgesellschaft und der Privatsektor inklusive Entscheidungen treffen, die Risikominderung, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit in den Vordergrund stellen.

Kasten 3 Carbon Management-Strategie und Langfriststrategie Negativemissionen

Carbon Management Strategie

Das Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG) stellt den wesentlichen Rechtsrahmen für CO₂-Abscheidung und – Speicherung (CCS) in Deutschland. Aufbauend auf dem Evaluationsbericht zum KSpG (2022) wird aktuell eine Carbon Management-Strategie (CMS) erarbeitet, da die im Rahmen des Evaluationsberichts ausgewerteten Klimaneutralitätsstudien von der Notwendigkeit des Einsatzes von CO₂-Abscheidung und -Speicherung bzw. -Nutzung (CCU/S, Carbon Capture and Utilization / Storage) zur Erreichung der deutschen Klimaziele ausgehen. Die CMS soll geeignete Anwendungsgebiete für den Einsatz von CCU/S aufzeigen sowie notwendige rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen für den Hochlauf entwickeln. Sie wird sich mit der Schaffung des notwendigen Rechtsrahmens für die Anwendung von CCS sowie den sicheren Transport und die Speicherung von CO₂ in Deutschland beschäftigen.

Langfriststrategie Negativemissionen zum Umgang mit unvermeidbaren Restemissionen

Zudem wird eine Langfriststrategie Negativemissionen (LNe) zum Umgang mit unvermeidbaren Restemissionen erarbeitet. Ziel der LNe ist es, ein gemeinsames Verständnis der Rolle der CO₂-Entnahme für den Klimaschutz in Deutschland zu schaffen. Die LNe wird auf weitere Strategien der Bundesregierung abgestimmt (u. a. Nationale Biomassestrategie, Systementwicklungsstrategie, Nationale Bioökonomiestrategie, Carbon Management-Strategie, Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz und Nationale Moorschutzstrategie).

Prinzipien unserer Klimaaußenpolitik

Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale und Geschlechtergerechtigkeit sowie Nachhaltigkeit, der Schutz unseres Landes, der EU und unserer Verbündeten und die Mehrung von Wohlstand und sozialem Zusammenhalt sind für uns ein unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik für Deutschland und Europa. Wir setzen uns für Klimagerechtigkeit im Sinne einer auf nationaler wie internationaler Ebene wirtschaftlich erfolgreichen sozial-gerechten Transformation hin zu Klimaneutralität und Resilienz gegenüber Klimafolgen ein – im Einklang mit dem European Green Deal, des Übereinkommens von Paris, der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, dem Globalen Rahmen für biologische Vielfalt von Kunming-Montreal und des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge. Unsere Klimaaußenpolitik ist wertegeleitet und in unserem wirtschaftlichen wie sicherheitspolitischen Interesse und folgt in ihrer Umsetzung neun Prinzipien:

1. **Transformativ und wirkungsorientiert** – Wir priorisieren Maßnahmen und Instrumente, die effektiv wirken und effizient zu Minderung beitragen, eine sozial-gerechte Transformation voranbringen und bei Anpassung sowie Schäden und Verlusten insbesondere diejenigen unterstützen, die Unterstützung am meisten benötigen. Wir wollen dazu beitragen, weltweiten Frieden und Stabilität sowie Wohlstand auszubauen und sozial-gerecht zu gestalten.
2. **Nachhaltig** – Klimaschutz ist ein zentraler Baustein der Agenda 2030 und ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung, Wohlstand, Partizipation, Geschlechtergleichstellung, Umweltschutz und Biodiversitätserhalt.
3. **Gerechtigkeits- und menschenrechtsorientiert** – Wir unterstützen im Sinne der Klimagerechtigkeit Strukturen und Entwicklungsmodelle, die weltweit eine sozial und intergenerationell gerechte Transformation fördern und Menschenrechte schützen. Hierzu gehört auch Einsatz für die gleichberechtigte Teilhabe an Klimapolitik und Schutz der Rechte aller Geschlechter und marginalisierter Gruppen, das Menschenrecht auf Gesundheit sowie gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen. Unsere Klimaaußenpolitik ist feministisch und inklusiv.
4. **Friedensfördernd und sicherheitsgeleitet** – Unsere Klimaaußenpolitik soll auch Frieden und Sicherheit verstärken. Wir wollen klima-bedingter Konfliktverschärfung vorbeugen, uns an die sicherheitspolitischen Folgen anpassen, Allianzen mit klimapolitisch ambitionierten Ländern ausbauen und gemeinsames Klimainteresse nutzen, um eine internationale Ordnung, die auf verbindlichen Regeln und Normen basiert, auch in einer multipolaren Welt zu stärken.
5. **Europäisch verankert und kohärent** – Wir bauen auf das Übereinkommen von Paris und setzen uns aktiv für eine ambitionierte europäische Klimaaußenpolitik ein. Unsere Klimaaußenpolitik ist ressortübergreifend kohärent und eng mit europäischem Engagement verzahnt. Wir fordern in der Klimaaußenpolitik nur das, was wir auch selber in Europa und Deutschland tun, um glaubwürdig zu sein.
6. **Multilateral und partnerschaftlich** – Unsere Klimaaußenpolitik ist multilateral verwurzelt. Wir setzen uns ein für ein multilaterales System, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden kann. Wir begegnen unseren Partnern mit Respekt und setzen auf gleichberechtigte Partnerschaften.
7. **Wissenschaftsgeleitet und technologieoffen** – Unsere Klimaaußenpolitik baut auf den aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnissen auf. Wir prüfen kontinuierlich alle neuen Technologien und Lösungsansätze.
8. **Interessenbasiert** – Es liegt in unserem fundamentalen Interesse, Klimaschutz weltweit voranzubringen. Gleichzeitig bietet die ökologische, sozial-gerechte Transformation auch große Chancen für die deutsche und europäische Wirtschaft. Wir wollen diese Chancen ergreifen, Märkte für Zukunftstechnologien erschließen und Rahmenbedingungen für diversifizierte und nachhaltige Handelsbeziehungen und Lieferketten fördern. Damit wollen wir Innovation und Wohlstand vorantreiben und den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa zukunftsgerecht aufstellen.
9. **Kosteneffizient und auf marktbasierte Lösungen setzend** – Wir setzen uns für klare und harmonisierte internationale Standards und für global kompatible Emissionshandels- und Bepreisungssysteme ein.

Unsere Klimaaußenpolitik baut auf der glaubwürdigen Umsetzung ambitionierter deutscher und europäischer Klimaziele auf

Wir werden gegenüber Partnern weltweit nur dann eine glaubwürdige Klimaaußenpolitik vertreten, wenn wir in Deutschland und Europa ambitioniert vorangehen. Auch verfassungsrechtlich sind wir zu intergenerationellem Klimaschutz verpflichtet. Wir haben uns in Deutschland gesetzlich verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu werden und verbindliche Zwischenziele auf dem Weg dahin definiert. Wir werden unsere Emissionen bis 2030 um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990 senken. Für die gesamte EU wurde das verbindliche Ziel von mindestens 55 Prozent bis 2030 beschlossen. Bereits heute produziert Deutschland etwa 50 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien. Wir wollen diesen Anteil bis 2030 auf mindestens 80 Prozent steigern. Mit dem *European Green Deal* und seiner Umsetzung in konkreten Rechtstexten hat die EU den Weg in eine klimaneutrale Zukunft eingeschlagen. Mit dem *Fit for 55*-Paket haben wir konkrete Umsetzungsmaßnahmen beschlossen, die uns bei vollständiger Umsetzung in die Lage versetzen, das europäische Klimaziel für 2030 nicht nur einzuhalten, sondern sogar zu übertreffen.

Wir lassen Worten Taten folgen und zeigen dabei, wie sozial-gerechte Klimamaßnahmen helfen, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit zu sichern. Zu unserer Glaubwürdigkeit gehört auch anzuerkennen, dass die Transformation Richtung Klimaneutralität nicht immer geradlinig verläuft. Das hat uns der russische Angriffskrieg auf die Ukraine mit seinen Auswirkungen auf die deutsche und europäische Energieversorgung gelehrt. Gleichzeitig hat der Krieg gezeigt, wie gefährlich die kritische Abhängigkeit von fossilen Energien insbesondere in den Händen autokratischer Regime werden kann. Daher gehen wir umso entschlossener in der Energiewende voran und diversifizieren alle Energieimporte, auch die nachhaltigen.

Kasten 4 Die wichtigsten deutschen und europäischen Klimaziele

Deutsche Klimaziele:

bis 2030 mind. 65 Prozent Treibhausgasminderung*

bis 2040 mind. 88 Prozent Treibhausgasminderung*

bis 2045 Treibhausgasneutralität

EU Klimaziele:

bis 2030 mindestens 55 Prozent Treibhausgasminderung*

bis 2050 Treibhausgasneutralität

Bereits im Jahr 2008 hat die Bundesregierung die Deutsche Anpassungsstrategie (DAS) an den Klimawandel vorgelegt und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Sie bildet den strategischen Rahmen des Bundes für die nationale Politik der Klimaanpassung und wird durch periodische Aktionspläne umgesetzt. Wir entwickeln die DAS zu einer vorsorgenden Anpassungsstrategie mit konkreten, messbaren Zielen weiter und schaffen einen gesetzlichen Rahmen durch ein Klimaanpassungsgesetz.

Sustainable Finance ist ein wichtiger Baustein der deutschen Nachhaltigkeitspolitik. Ziel ist es, Deutschland zu einem führenden Sustainable Finance-Standort zu entwickeln. Wir werden daher eine Sustainable Finance-Strategie mit internationaler Reichweite implementieren.

Die deutschen Auslandsvertretungen sind ein wichtiges Sprachrohr für die Kommunikation der deutschen und europäischen Klimapolitik. Klimadiplomatie gepaart mit Kommunikation nach innen und nach außen, die die Ziele und Umsetzungsinstrumente unterschiedlichen Zielgruppen klar vermittelt, die Bezüge zwischen nationaler und internationaler Klimapolitik erklärt und nachvollziehbar macht, die für Kohärenz sorgt und Glaubwürdigkeit schafft, ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung unserer Klimaaußenpolitik.

Deshalb machen wir Klimaaußenpolitik zur Chef- und Cheffinnsache an unseren Auslandsvertretungen, die eng mit der EU und internationalen Partnern zusammenarbeiten. Das Netzwerk der Klimaschwerpunktbotschaften haben wir auf über 50 erweitert.

* gegenüber 1990

C. Prioritäre Handlungsfelder unserer Klimaaußenpolitik

Wir definieren im Rahmen dieser Strategie sechs prioritäre gemeinsame Handlungsfelder. Diese dienen auch der Umsetzung der drei Ziele des Übereinkommens von Paris: 1,5°C-kompatible Treibhausgasreduzierung, Stärkung der Klimaresilienz und Finanzströme, die hiermit in Einklang gebracht werden. Die Bundesregierung wird die in dieser Klimaaußenpolitikstrategie beschriebenen Vorhaben, sofern sie nicht bereits mit entsprechenden Haushaltsmitteln unterlegt sind, im Wege der Priorisierung innerhalb der jeweiligen bestehenden Einzelpläne und Plafonds finanzieren. Angesichts der erheblichen aktuellen Anforderungen an unsere öffentlichen Haushalte werden wir die Umsetzung der Aufgaben dieser Strategie im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten gestalten. Die Bundesregierung wird ihre internationale Zusammenarbeit kohärent gestalten und mit progressiven Partnern voranschreiten. Hierbei bauen wir auf ein breites Portfolio von existierender Klimakooperation und multilateralem Engagement. Zentral ist dabei, die Handlungsfelder transformativ und sozial- und gendergerecht umzusetzen:

1. Treibhausgasemissionen bis 2030 drastisch senken, globale Energiewende beschleunigen
2. Wirtschaft wettbewerbs- und zukunftsfähig sowie klimagerecht aufstellen
3. In Solidarität mit den Vulnerabelsten: Lebensgrundlagen bewahren und Gesundheit schützen
4. Ökosysteme schützen, wiederherstellen und nachhaltig nutzen
5. Resilienz, Frieden und Sicherheit stärken
6. Internationale Finanzflüsse in Einklang mit einem 1,5°C-kompatiblen Pfad und klimaresilienter Entwicklung bringen

In diesen Bereichen haben wir bereits vielfältige Partnerschaften (siehe Kapitel D).

C1. Treibhausgasemissionen bis 2030 drastisch senken, globale Energiewende beschleunigen

Die bislang unter dem Übereinkommen von Paris vorgelegten nationalen Klimaziele (*Nationally Determined Contributions*, NDCs) sind auch bei vollständiger Umsetzung nicht mit einem 1,5°C-Pfad kompatibel. Vielmehr würden sie nach Angaben des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) auf eine globale Erwärmung von 2,4-2,6°C bis 2100 hinauslaufen. Deshalb ist es zentral, dass alle Länder entsprechend des Übereinkommens von Paris ihre NDCs kontinuierlich, aber spätestens alle fünf Jahre mit steigender Ambition anpassen, um sie kompatibel mit den Zielen des Übereinkommens zu machen. Deutschland setzt sich neben der Formulierung ausreichend ambitionierter Klimaziele aller Länder auch für eine schnellere Implementierung dieser Ziele ein und unterstützt Umsetzungsmaßnahmen.

Wir treiben global die Energiewende massiv voran und beschleunigen den Ausbau und Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir stehen zu unserer Zusage im G7-Kreis, im globalen Kontext den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Energieträgern ohne CO₂-Abscheidung im Einklang mit den 1,5°C-Pfaden zu erreichen (siehe Annex 2).

Für die globale Energiewende im Einklang mit den Klimazielen muss bis zum Jahr 2030 der Anteil erneuerbaren Stroms an der globalen Stromproduktion zwei Drittel betragen. Dies ist erreichbar, wenn wir die Kapazität erneuerbarer Energiequellen weltweit deutlich ausbauen – laut IRENA und IEA von heute ca. 3 TW auf mehr als 11 TW bis 2030 – und zugleich die Energieeffizienz deutlich steigern. Dies eröffnet Marktchancen für viele Akteurinnen und Akteure, erfordert aber von einigen Staaten auch die Neuorientierung ihrer Wirtschaftspolitik. Weiterhin setzen wir uns deshalb auch – aufbauend auf den guten Erfahrungen mit dem Europäischen Emissionshandel – für eine effektive CO₂-Bepreisung -idealerweise mit sozialem Ausgleich- die Teilhabe und Resilienz fördert, und ein globales Emissionshandelssystem mit einem mittelfristig einheitlichen CO₂-Preis ein.

Die Energiewende führt zu disruptiven Veränderungen. Staaten, die bislang nicht über große Ressourcen verfügen, haben jetzt die Chance, sich bei den Technologien und Märkten der Zukunft aufzustellen. Und Länder, deren Wohlstand maßgeblich auf dem Export fossiler Energien gebaut war, müssen ihre Geschäftsmodelle anpassen. Diese Transformation wollen wir klimaaußenpolitisch begleiten und voranbringen – in einem kooperativen Rahmen durch Dialoge und neue Partnerschaften.

Priorität 1: Wir setzen uns für die 1,5°C-kompatible, ambitionierte, inklusive Anpassung der NDCs für 2030 und entsprechende Langfriststrategien zur Emissionsminderung bis 2050 ein.

Die EU hat mit dem *Fit for 55*-Paket ein umfassendes Bündel an klimapolitischen Maßnahmen beschlossen, das den Schätzungen der Kommission zufolge die EU und ihre Mitgliedstaaten in die Lage versetzen könnte, das Ziel der EU, die Treibhausgasemissionen innerhalb der EU bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken, noch zu übertreffen. Nach Abschluss der Globalen Bestandsaufnahme (*Global Stocktake*) unter dem Übereinkommen von Paris, die 2023 erstmals die Fortschritte der Länder bei der Umsetzung der Pariser Klimaziele überprüft, wird die Europäische Kommission zudem entsprechend dem EU-Klimaschutzgesetz ein EU-Klimaziel für 2040 vorlegen. Dieses soll Grundlage für ein NDC für 2035 bilden.

- **Wir weiten Unterstützungsangebote für Partnerländer, die ihre Klimaambition in Richtung 1,5°C erhöhen, aus.** Wir verstärken und fokussieren die bilaterale und plurilaterale Unterstützung unserer Partner für ambitioniertere Ziele basierend auf der Globalen Bestandsaufnahme, u. a. im Rahmen der NDC-Partnerschaft (siehe Kasten). Die NDCs sollen alle Treibhausgase und Sektoren umfassen.
- Wir setzen uns im partnerschaftlichen Dialog dafür ein, dass alle Länder geeignete Maßnahmen zur Umsetzung ihrer NDCs ergreifen und diese in ihren NDCs verankern. Diese Maßnahmen können Marktmechanismen wie Emissionshandelssysteme umfassen, ebenso wie Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien oder für andere Sektoren. Gleichzeitig ermutigen wir dazu, die wachsende Anzahl von sektoralen Umsetzungsinitiativen (Beispiele: *Industrial Decarbonization Alliance*, *Forest Climate Leaders Partnership*, *Breakthrough Agenda*) – auch die nicht-staatlicher Akteure – zu unterstützen und wo immer möglich bei der Umsetzung der NDCs zu nutzen und zu berücksichtigen.

Kasten 5 NDC-Partnerschaft stärken

Um Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Entwicklung, Umsetzung und Aktualisierung ihrer nationalen Klimaziele zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris (NDCs) zu unterstützen, wurde 2016 mit deutscher Unterstützung die NDC-Partnerschaft gegründet. Sie vermittelt und vereint Unterstützungsbedarfe von Schwellen- und Entwicklungsländern mit Angeboten unterschiedlicher Geber- und Durchführungsorganisationen. Regierungen legen in diesem Rahmen Prioritäten für die Umsetzung ihrer Klimaziele fest und bestimmen die Art der Unterstützung, die dafür erforderlich ist. Auf dieser Grundlage bieten die Mitglieder der Partnerschaft ein maßgeschneidertes Paket aus Fachwissen, technischer Hilfe und Finanzierung an.

Priorität 2: Wir treiben die globale Energiewende voran und beschleunigen den Ausbau und Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir wollen einen globalen Energiesektor überwiegend frei von fossilen Brennstoffen deutlich vor 2050 erreichen. Sozial-gerechte Klimapolitik bedeutet dabei unter anderem, den gleichberechtigten Energiezugang für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen.

- **Wir setzen uns in allen relevanten Foren – insbesondere bei UNFCCC, G7, G20 – für eine beschleunigte globale Energiewende, den globalen Ausbau von Erneuerbaren und den schrittweisen weltweiten Ausstieg aus fossilen Brennstoffen ohne CO₂-Abscheidung und -Speicherung ein und global für einen Höchststand beim Verbrauch dieser Brennstoffe bereits in diesem Jahrzehnt.** Hierbei wollen wir mit Partnern einen vollständig oder überwiegend dekarbonisierten weltweiten Stromsektor in den 2030er Jahren anstreben, was keinen Raum für neue Kohlekraftwerke übrig lässt, da in diesem Sektor kosteneffiziente CO₂-freie Technologien (insb. Erneuerbare) bereits breit verfügbar sind, die zahlreiche Vorteile unter anderem für die nachhaltige Entwicklung, die menschliche Gesundheit, die Luftqualität, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Energieversorgungssicherheit mit sich bringen. Wir wollen bereits erfolgte Zusagen für den Ausstieg aus Kohle und anderen fossilen Energieträgern ohne CO₂-Abscheidung nachhalten. Dies schließt Diplomatie im Rahmen internationaler Allianzen (u. a. *Powering Past Coal Alliance*) und Initiativen (u. a. *Global Methane Pledge*) ein.
- **Gemeinsam mit der EU und aufbauend auf dem Bekenntnis der G20, fordert Deutschland daher weltweite Maßnahmen zur Verdreifachung der installierten Kapazitäten für erneuerbare Energien auf mindestens 11 TW und zur Verdoppelung der Verbesserungsrate im Bereich Energieeffizienz bis 2030** und unterstützt das klare Bekenntnis der G7 zu einem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Senkung der Kosten durch konkrete gemeinsame Ausbauziele für Offshore-Wind (zusätzlich 150 GW) und der Photovoltaikkapazitäten (auf mindestens 1 TW) in den G7 bis 2030. Wir setzen uns zusammen mit der EU für die Verabschiedung und Umsetzung von entsprechenden kollektiven, ambitionierten Zielen für den Ausbau erneuerbarer Energie und Energieeffizienz ein. Diese müssen mit Energieeinsparungen und dem Ausstieg aus der Erzeugung und dem Verbrauch von Energie aus fossilen Brennstoffen einhergehen.
- **Wir arbeiten mit Partnerländern an der Beschleunigung einer nachhaltigen, sozial-gerechten Energiewende und verbessern dabei auch den Energiezugang für alle Bevölkerungsgruppen.** Konkret wollen wir z. B. den Energiezugang verbessern, den Ausbau von erneuerbaren Energien voranbringen und die Verbesserung der Energieeffizienz, Ausbau intelligenter Stromnetze, Entwicklung von Speicherkapazitäten ebenso wie die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Umschulungsmaßnahmen von Fachkräften für die Energiewende, insbesondere von Frauen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen unterstützen. Wir achten dabei darauf, dass Maßnahmen zur Erreichung einer schadstofffreien Umwelt und zum Schutz der Biodiversität beitragen. Wichtig ist uns, dass die Energiewende sozial-gerecht erfolgt und Bedarfe für den Erhalt und die Wiederherstellung von Ökosystemen und deren Funktion als natürliche Kohlenstoffsinken und zur Klimaanpassung systematisch berücksichtigt werden. Dabei sind die Europäische Kommission, multilaterale Entwicklungsbanken und VN-Organisationen zentrale Partner, um Synergien zu fördern und systemische Wirkung zu erzielen. Wir machen uns weiter für das G7-Ziel stark, den Anteil der Offiziellen Entwicklungsleistungen (ODA) für Beschäftigungsförderung in klima- und umweltrelevanten Wirtschaftssektoren bis 2025 anzuheben.
- **Wir intensivieren den Dialog mit Exporteuren fossiler Energien und stärken Kooperationsformate zum schrittweisen Übergang zu einem Energiesektor überwiegend frei von fossilen Brennstoffen:** Wir haben ein außen- und sicherheitspolitisches Interesse daran, dass sich diese Länder frühzeitig auf perspektivisch sinkende Nachfrage aus Deutschland, der EU und weltweit einstellen und den damit einhergehenden Wandel konstruktiv und proaktiv gestalten. Fossile Energien sollen perspektivisch nur noch dort genutzt

werden, wo keine angemessenen Alternativen zur Verfügung stehen und wenn die einhergehenden Treibhausgasemissionen soweit wie möglich reduziert werden. Solange fossile Energien noch genutzt werden, müssen die damit einhergehenden Methanemissionen drastisch reduziert werden. Deutschland setzt sich daher auch zusammen mit der EU für dieses Ziel ein.

- **Wir arbeiten mit Partnern an einem transparenten und verantwortungsvollen Einsatz von CO₂-Abscheidungs- und Speicherungs- sowie Negativemissionstechnologien:** Unsere internationalen Bemühungen werden geleitet durch die geplante Carbon Management Strategie und die Langfriststrategie Negative-emissionen. Position der EU ist, dass derartige Technologien, die der Umwelt nicht erheblich schaden, nur in begrenztem Umfang existieren und daher vor allem zur Verringerung der Emissionen aus anderweitig nicht dekarbonisierbaren Sektoren einzusetzen sind. Außerdem sollen Entnahmetechnologien weltweit zu negativen Emissionen beitragen. Hierbei ist uns wichtig, dass diese Technologien nicht zur Verzögerung von Klimaschutzmaßnahmen dienen sollten, wenn realisierbare, wirksame und kosteneffiziente Minderungsalternativen zur Verfügung stehen, insbesondere in diesem für die Klimakrise entscheidendem Jahrzehnt.
- **Wir werden uns noch enger mit anderen traditionellen und neuen Geberländern unter Beteiligung der Entwicklungsfinanzinstitutionen und des lokalen und internationalen Privatsektors abstimmen und kohärentere Unterstützungsangebote für eine beschleunigte Energiewende in Entwicklungs- und Schwellenländern machen.** Ein wichtiges Instrument sind dafür die *Just Energy Transition Partnerships* (siehe Kapitel D).

Kasten 6 Partnerschaften für eine gerechte Energiewende (*Just Energy Transition Partnerships*)

JETPs sind eine neue und innovative Form der internationalen Klimazusammenarbeit, die der Dringlichkeit der Klimakrise Rechnung tragen: Erstmals legen die G7 und weitere Geberländer ihre politischen und finanziellen Ressourcen zusammen, um ambitionierten Partnerländern – insb. großen Emittenten im globalen Süden – gemeinsame Unterstützungsangebote für eine umfassende und sozial-gerechte Energiewende zu machen. Die Partnerländer (Südafrika, Vietnam, Indonesien, Senegal) bekennen sich ihrerseits im Rahmen der JETPs zu einer klaren und messbaren klimapolitischen Ambitionssteigerung (z. B. mit Blick auf Emissionsreduktion, Erneuerbaren-Ausbau) und erarbeiten unter Einbeziehung der relevanten Stakeholder Investitions- und Reformpläne für eine umfassende und gerechte Energiewende. Diese umfassen auch Maßnahmen zur Abfederung von negativen sozioökonomischen Effekten auf vulnerable Bevölkerungsgruppen. Bei der Umsetzung der JETPs kooperieren nicht nur Staaten, sondern auch multilaterale Entwicklungsbanken und internationale Organisationen, private Banken und Investoren, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Akteure.

Priorität 3: Wir unterstützen den Aufbau und die Ausweitung effektiver CO₂-Bepreisung und Emissionshandelssysteme idealerweise mit sozialem Ausgleich.

- Um eine stärkere internationale Kohärenz herzustellen, setzen wir uns international für eine stärkere Akzeptanz und Ausweitung von CO₂-Bepreisung ein, auch im Rahmen des Klimaclubs, in der G7, G20 und der OECD und im engen Austausch mit internationalen Handelspartnern. Den Aufbau von CO₂-Bemessungs- und Bepreisungsinstrumenten in Entwicklungs- und Schwellenländern wollen wir unterstützen.
- Wir streben international compatible Emissionshandels- und Bepreisungssysteme an, die mittelfristig einen angemessenen und möglichst einheitlichen CO₂-Preis ermöglichen. Neben unserer bilateralen Zusammenarbeit setzen wir uns auch im Klimaclub, in der OECD und in der *Coalition of Finance Ministers for Climate Action* für ein schrittweises Angleichen der verschiedenen nationalen und regionalen Ansätze ein.
- **Wir unterstützen nachhaltige, sozial-gerecht aufgestellte Bepreisungssysteme.** Dabei bauen wir auf unseren eigenen Erfahrungen auf: Die EU nimmt mit dem europäischen Emissionshandel eine Vorreiterrolle ein. Die EU und ihre Mitgliedstaaten nutzen die als Auktionserlöse entstehenden Einnahmen für Klimaschutz und sozialen Ausgleich und damit zur Unterstützung der Transformation. Der Klima-Sozialfonds, der von 2026 bis 2032 europaweit die Einführung der CO₂-Bepreisung auf Kraft- und Heizstoffe im Jahr 2027 ergänzt, verpflichtet die Mitgliedstaaten, mindestens 62,5 Prozent der Mittel zielgruppenspezifisch für investive Maßnahmen einzusetzen, höchstens 37,5 Prozent dürfen befristet direkt ausgezahlt werden.

- Wir setzen uns auf EU-Ebene dafür ein, dass auch die Möglichkeiten für internationale Kooperation beim Klimaschutz nach Artikel 6 des Übereinkommens von Paris genutzt werden können, ohne dadurch eigene Klimaschutzanstrengungen zu vermindern. Dabei muss darauf geachtet werden, internationale Doppelanrechnungen zu verhindern.

C2. Wirtschaft wettbewerbs- und zukunftsfähig sowie klimagerecht aufstellen

Die Dekarbonisierung der Industrie ist eine der großen Systemtransformationen, die notwendig sind, um unsere Welt auf einen 1,5°C-kompatiblen Pfad zu bringen. Dafür bedarf es laut IPCC auch einer ressourcenschonenderen Wirtschaftsweise, z. B. durch mehr Kreislaufwirtschaft. Zugleich steht die Industrie noch mehr als andere Sektoren unter internationalem Wettbewerbsdruck. Mit dem *European Green Deal*, seinem Industrieplan und nationalen Initiativen zur Dekarbonisierung der Industrie sind wir gut aufgestellt, damit die Transformation in der EU und Deutschland gelingt und wir als Vorreiter auch Vorteile auf Märkten für klimafreundliche und ressourceneffiziente Produkte und Technologien erreichen. Durch klare und harmonisierte internationale Standardsetzung wollen wir fairen Wettbewerb beim Umstieg auf klimaneutrale und ressourceneffiziente Prozesse gewährleisten und grüne Leitmärkte aufbauen.

Gleichzeitig setzen wir auf offene, regelbasierte, diversifizierte und nachhaltigere Handelsbeziehungen, die einen fairen Zugang zu Rohstoffen gewährleisten, welche wir für die sozial-gerechte Transformation hin zu Klimaneutralität und Klimaresilienz brauchen. Wir wollen neue Partnerschaften aufbauen ohne neue Abhängigkeiten zu schaffen. Durch einen kohärenteren Einsatz unserer diplomatischen, Forschungs-, Außenwirtschafts- und Handelsbeziehungen wollen wir global die Zukunft der Industrie und des nachhaltigen Handels mitgestalten. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und die Internationale Klimaschutzinitiative leisten dabei einen aktiven Beitrag auch in unseren Partnerländern, einen sozial gerechten Übergang hin zu einer klimagerechten nachhaltigen Wirtschaft zu erreichen.

Priorität 1: Wir setzen uns mit dem offenen und kooperativen Klimaclub, flankierenden Foren und Forschungs- und Innovationszusammenarbeit für inklusive und sozial-gerechte Ansätze in der industriellen Dekarbonisierung ein.

- **Wir bauen den Klimaclub als Schlüsselformat für gemeinsame Industrietransformation aus:** Der unter deutscher G7-Präsidentschaft gegründete offene, kooperative und inklusive Klimaclub soll als zwischenstaatliches Forum zur ambitionierten Umsetzung des Übereinkommens von Paris beitragen. Er soll Klimaschutzmaßnahmen beschleunigen und insbesondere die Dekarbonisierung der Industrie vorantreiben. Hierbei sollen alle klimaschutzambitionierten Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zusammenarbeiten, die bereit sind, die Dekarbonisierung der Wirtschaftssektoren, insbesondere der Industrie, zu beschleunigen und global dekarbonisierte Produktion zum Standard-Business-Case für zukünftige Investitionen zu machen. Er bietet einen inklusiven Rahmen für zwischenstaatlichen Wissensaustausch und Abstimmung. Ein erster Schritt ist die gemeinsame Arbeit an der Angleichung von Methoden, Standards, sektoralen Strategien und Meilensteinen und der Ausbau der Märkte für klimafreundliche Industrieprodukte und Grundstoffe (z. B. Zement, Stahl). Damit verfolgen wir auch das Ziel, die Verlagerung von Emissionen in Drittstaaten zu vermeiden (sog. *Carbon Leakage*).
- **Wir treiben flankierend die industrielle Dekarbonisierung in anderen Foren voran:** Wir wollen unsere Bemühungen im Klimaclub in anderen relevanten Foren flankieren – mit der *Industrial Decarbonisation Agenda*, dem Austausch im Rahmen der G7 und G20, der IEA, der IRENA und der OECD, inkl. IFCMA, im Rahmen des *Clean Energy Ministerial* (CEM) und *Mission Innovation* (MI) sowie im Rahmen weiterer internationaler Initiativen und Prozesse.
- **Im Rahmen der Forschungs- und Innovationszusammenarbeit auf allen Ebenen fördern wir innovative Technologien und unterstützen deutsche Unternehmen bei der Weiterentwicklung und Verbreitung von Umwelttechnologien und -dienstleistungen „Made in Germany“.** Im Rahmen der internationalen Forschungsförderung unterstützen wir u. a. gemeinsame Projekte zur Entwicklung ressourcenschonender Technologien, die sowohl einen Beitrag zum Klimaschutz liefern als auch wirtschaftliche Wertschöpfung erzeugen. Ein Beispiel sind die Klimakompetenzzentren im westlichen und südlichen Afrika (WASCAL und SASSCAL).

Priorität 2: Wir arbeiten mit europäischen Partnern daran, die Industrie- und Handelspolitik der EU klimafreundlicher, fairer und nachhaltiger zu gestalten.

- **Wir stärken Europa als nachhaltigen Industriestandort** – in Einklang mit den Grundsätzen des offenen Handels und des fairen Wettbewerbs sowie dem Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO). Anstatt zunehmend protektionistischer Ansätze setzen wir uns für den Erhalt offener und regelbasierter Märkte sowie die Stärkung der WTO und ihrer Reform ein. Es ist wichtig, die WTO weiter am Übereinkommen von Paris

sowie an den globalen Nachhaltigkeitszielen der VN auszurichten. Wir setzen uns auch für die Erleichterung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen ein, wodurch die globale Verfügbarkeit von Umwelt- und Klimatechnologien erhöht und damit Anschaffungskosten gesenkt werden können. Auch dadurch kann der Freihandel einen Beitrag zum internationalen Klima- und Umweltschutz leisten. Wir unterstützen die EU-Initiative der *Coalition of Trade Ministers on Climate*.

- **Wir unterstützen eine aktivere und ambitioniertere Handelspolitik**, mit der die EU ihren Partnern attraktive Angebote macht und ihre Wirtschaftsbeziehungen weltweit vertieft. Wir setzen uns dafür ein, dass alle bilateralen Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten ambitionierte Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung enthalten. Mit dem Ziel, Handelsabkommen zügig umzusetzen, richten wir uns in der Handelspolitik nach den handelspolitischen Eckpunkten der Bundesregierung und begrüßen die Handelsstrategie der Europäischen Kommission sowie den Neuanfang zur Stärkung und effektiveren Durchsetzung von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutz, einschließlich Dialog-, Schlichtungs- sowie Reaktionsmechanismen. Partnerländern sollte die EU, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, Unterstützungs- und Anreizangebote zur wirksamen Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards machen.
- **Wir unterstützen die Ausgestaltung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der EU als WTO-konforme Lösung, um der Verlagerung von CO₂-Emissionen aufgrund von weltweit unterschiedlichen klimapolitisch induzierten Kostenbelastungen der im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie entgegenzuwirken** und klimapolitische Anreize in Europa und weltweit zu setzen (*Carbon Border Adjustment Mechanism*, CBAM): Im Rahmen des am 01.10.2023 gestarteten CBAM müssen zunächst Berichtspflichten erfüllt werden. Ab 2026 gibt es dann eine Pflicht zur Abgabe von Emissionszertifikaten. Dann müssen internationale Unternehmen beim Export bestimmter CO₂-intensiver Produkte aus dem Stromsektor sowie aus den Industriesektoren Eisen und Stahl, Zement, Aluminium, Düngemittel und Wasserstoff in die EU nachweisen, dass sie in ihrem Produktionsland einer ähnlichen CO₂-Bepreisung wie der des europäischen Emissionshandelssystems unterliegen – oder CBAM-Zertifikate erwerben. Um sicherzustellen, dass Unternehmen aus Entwicklungsländern nicht benachteiligt oder vom EU-Markt ausgeschlossen werden, unterstützen wir sie gemeinsam mit der EU-Kommission und anderen EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der CBAM-Auflagen sowie bei der Dekarbonisierung ihrer Produktion, der Ausweitung erneuerbarer Energien und dem Ausbau klimaneutraler Produktionsstätten, u. a. durch Ausbildungsinitiativen für Fachkräfte, Forschungskooperation und Technologie-Transfer.

Priorität 3: Wir fördern diversifizierte nachhaltige Lieferketten für Zukunftstechnologien und bauen Rohstoffpartnerschaften aus.

- **Wir unterstützen die Diversifizierung von Rohstofflieferketten und bringen Partnerschaften voran:** Die Energiewende braucht eine verlässliche Versorgung mit verantwortlich geförderten und sicheren Rohstoffen. Als Teil dieses Ansatzes fördern wir ehrgeizige Handelsabkommen sowie faire Rohstoffpartnerschaften zum gegenseitigen Vorteil. Dabei setzen wir uns auch für die Stärkung lokaler Wertschöpfungsketten unter Wahrung von Nachhaltigkeitsstandards ein. Ebenso fördern wir die gleichberechtigte Beteiligung aller relevanten Akteurinnen und Akteure einschließlich Indigener Völker und Frauen, die von der mangelnden Einhaltung nachhaltiger Standards oft am stärksten betroffen sind.
- **Wir treiben den Markthochlauf von grünem und kohlenstoffarmem Wasserstoff und Wasserstoffderivaten als Schlüsseltechnologie für Dekarbonisierung von Industrie und Verkehr voran:** Wasserstoff ist für viele CO₂-intensive Produktionsprozesse z. B. in der Stahl- und Chemieindustrie oder im Verkehr zur Nutzung in der Brennstoffzelle oder als erneuerbarer Kraftstoff eine geeignete Alternative zu fossilen Energien. Im globalen See- und Luftverkehr sind synthetische Kraftstoffe auf Basis von grünem Wasserstoff und erneuerbaren Energien die geeignetste Alternative zu fossilen Treibstoffen. Ziel der Bundesregierung ist es, eine zuverlässige Versorgung Deutschlands mit grünem, auf Dauer nachhaltigem Wasserstoff zu erreichen. Wir fördern international die Produktion und auch lokale Nutzung von Wasserstoff – durch den H2Global Fördermechanismus, Wasserstoffdiplomatiebüros sowie durch Energiepartnerschaften. Eine direkte finanzielle Förderung der Wasserstoffherzeugung begrenzen wir dabei auf die Erzeugung von grünem Wasserstoff. Um einen schnellen Aufbau und Hochlauf des Wasserstoffmarktes sicherzustellen und die erwarteten Bedarfe, insbesondere in der Transformationsphase, zu decken und so die technologische Umstellung auf Wasserstoff zu ermöglichen, werden, zumindest bis ausreichend grüner Wasserstoff zur Verfügung steht, auch andere Farben von Wasserstoff genutzt, insbesondere kohlenstoffarmer Wasserstoff aus Abfällen (orange) oder Erdgas in Verbindung mit CCS (blau). Die Nutzung von grünem und, soweit in der Markthochlaufphase notwendig, kohlenstoffarmen blauen, türkisen und orangen Wasserstoff wollen wir auf der Anwendungsseite

in begrenztem Umfang unter Berücksichtigung von ambitionierten Treibhausgas-Grenzwerten, einschließlich der Emissionen der Vorkette sowie der Erhaltung des gesetzlichen Ziels der Klimaneutralität, auch fördern. Wesentlich ist, dass diese Projekte auch im Einklang mit internationalen Menschenrechts-, Arbeits- und Umweltstandards und Standards zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten stehen. Essentiell ist u. a. die Vermeidung von Wasserknappheit und Verschmutzung. Für die Produktion müssen Anforderungen, Anwendungsvorschriften und Bewertungsverfahren auch in Bezug auf Wasser erarbeitet werden. Hierzu sind teilweise noch weitere Forschungsarbeiten notwendig. Es geht darum, Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und die Gewässerökologie einzuschätzen und zu minimieren sowie Konkurrenzsituationen mit anderen Wassernutzungen zu vermeiden.

- **Wir etablieren oder stärken lokale PtX-Wertschöpfungsketten (PtX = Power-to-X):** Wir unterstützen maßgeblich den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft über den PtX-Entwicklungsfonds (270 Mio. Euro). Investitionen in PtX-Vorhaben im industriellen Maßstab werden mit einer Mischung aus Zuschüssen und weiteren Finanzierungsinstrumenten der KfW Bankengruppe gefördert. Voraussetzung ist die Hebelung von mindestens 1 Mrd. Euro privatem Kapital.
- **Wir bündeln Know-how beim Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft:** Wir fördern Projekte im europäischen und internationalen Kontext – etwa strategische Partnerschaften mit Australien, Namibia und Brasilien – um Grundlagen für den Aufbau internationaler Wasserstoff-Lieferketten zu legen. Dies wird flankiert durch die Strategische Forschungs- und Innovationsagenda (SRIA) zur europäischen Wasserstoffwirtschaft im Rahmen des Europäischen Forschungsraums (EFR).
- Wir fördern die regionale Produktion von Stickstoffdünger mit nachhaltiger Wasserstofftechnologie und deren Ausbringung im Rahmen eines integrierten Boden- und Nährstoffmanagements in Afrika und Südamerika und leisten so einen Beitrag zu nachhaltiger Ernährungssicherheit. Der Ausbau von Wasserstoffproduktionskapazitäten in unseren Partnerländern ist bisher überwiegend auf Export ausgerichtet. Indem wir die regionale Produktion von grünem Wasserstoff im Einklang mit nachhaltigem Wasserressourcenmanagement für die Produktion von Stickstoffdünger sowie den Wissenstransfer für eine nachhaltige Landwirtschaft einschließlich eines nachhaltigen Bodenmanagements fördern, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur industriellen Entwicklung und Minderung von Treibhausgas-Emissionen aus dem Landwirtschaftssektor, zur nachhaltigen Transformation von Agrar- und Ernährungssystemen und zur Resilienz unserer Partner gegenüber Preisvolatilität und Lieferkettenunterbrechungen.
- **Wir gehen sparsam mit Ressourcen um und bauen die Kreislaufwirtschaft aus:** Eine effektive Kreislaufwirtschaft trägt erheblich zum Klimaschutz bei. Hierbei kommt auch der Methanminderung aus dem Abfallsektor eine zentrale Rolle zu. Auf europäischer Ebene unterstützen wir den Kreislaufwirtschafts-Aktionsplan der EU-Kommission und die EU-Methanstrategie und den EU- Aktionsplan Methan und treiben im Rahmen der G7 die Umsetzung der 2022 unter deutscher G7-Präsidentschaft beschlossenen *Berlin Roadmap* für Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft voran. Wir unterstützen die von den USA und der EU initiierte *Global Methane Pledge* und kooperieren auch mit der von Indien gegründeten *Lifestyle for Environment* Initiative (LiFE). Zusammen mit internationalen Partnern bauen wir ein Netzwerk von Staaten und Institutionen auf, das sich der verstärkten Nutzung des Emissionsminderungspotentials der Ressourcenschonung widmet.

Priorität 4: Wir setzen uns international für Rahmenbedingungen ein, die es Unternehmen erleichtern, ihre Klimaziele zu erfüllen.

- **Wir stärken verlässliche Rahmenbedingungen für Planung und Investitionen:** Wir setzen uns sowohl in den Klimaverhandlungen, in der G7 und G20 als auch in unserer bi- und multilateralen Zusammenarbeit für eine klimaneutrale und klimaresiliente Infrastruktur ein, die das Erreichen von Klimazielen deutscher Unternehmen auch im Ausland unterstützt.
- **Wir stärken den Rahmen für glaubwürdige Klimaziele von Unternehmen:** Wir unterstützen Unternehmen, die sich glaubwürdige wissenschaftsbasierte Ziele für ihr Unternehmen und ihre Wertschöpfungsketten setzen und diese umsetzen. Hierfür setzen wir uns auf internationaler Ebene ein. Dabei achten wir auch darauf, dass kleine und mittelständische Unternehmen nicht überlastet werden. Neben unseren Bemühungen im Rahmen der *Sustainable-Finance-Strategie* (siehe Kapitel C6) unterstützen wir Transparenz bei unternehmerischen Klimazielen. Die Umsetzung der Vorschläge des VN-Expertengremiums für Klimaversprechen nicht-staatlicher Akteure ist unsere Leitschnur. Deutschland unterstützt zugleich internationale Prozesse, damit Unternehmen in ihren Lieferketten menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten

in angemessener Weise beachten – wie die gerade überarbeiteten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln sowie der Richtlinienentwurf der EU zu menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten von Unternehmen (*Corporate Sustainability Due Diligence Directive*). Deutschland setzt sich auch auf EU-Ebene für ein wirksames Lieferkettengesetz ein, das gleichzeitig kleine und mittlere Unternehmen nicht überfordert.

Priorität 5: Wir setzen uns auf internationaler Ebene für ambitionierte Maßnahmen im Luft- und Seeverkehr ein, um Treibhausgasemissionen zu verringern.

- **Wir wollen Treibhausgasneutralität in der internationalen Schifffahrt erreichen:** Wir unterstützen die 2023 beschlossene Strategie zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen von Schiffen der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO), wonach der Sektor entsprechend eines mit Zwischenzielen für 2030 und 2040 unterlegten Emissionsminderungspfades spätestens gegen 2050 Klimaneutralität erreichen soll. Deutschland setzt sich aktiv dafür ein, dass in der IMO bis 2025 global verbindliche Maßnahmen verabschiedet werden, die eine Umsetzung dieser Klimaziele sicherstellen. Diese Maßnahmen sollen neben einem technischen Element zur Regulierung der Treibhausgasintensität von Schiffskraftstoffen auch einen Mechanismus zur Bepreisung von Treibhausgasemissionen beinhalten und eine sozial-gerechte Transformation unterstützen.
- **Ebenso bringen wir Treibhausgasneutralität im internationalen Luftverkehr voran:** Um nachhaltige Lösungen zum Klimaschutz zu ermöglichen, bedarf es aufgrund der Internationalität des Luftverkehrs abgestimmter weltweiter Maßnahmen im Rahmen der ICAO. Diese hat für den Umwelt- und Klimaschutzbereich ein Maßnahmenpaket erarbeitet sowie vier internationale Standards zur Regulierung und Reduzierung von Lärm und Emissionen des internationalen Luftverkehrs, welche in nationales bzw. europäisches Recht umgesetzt werden soll. Zudem hat die ICAO ein Klima-Langfristziel von Netto-Null-CO₂-Emissionen bis 2050 beschlossen. Maßnahmen umfassen neben marktbasierter (ICAO Kompensationssystem CORSIA), operationellen und mittel- bis langfristigen technologischen Lösungen (im Bereich der Kurz- und Mittelstrecke elektrisches und hybrid-elektrisches Fliegen, Brennstoffzelle, Wasserstoff) insbesondere die Verwendung nachhaltiger erneuerbarer Kraftstoffe. Die Bundesregierung ist im Umweltkomitee der ICAO sehr aktiv und setzt sich innerhalb der ICAO für ambitionierte Maßnahmen zur Erreichung des Klima-Langfristziels ein, um einen klimafreundlichen Wandel des internationalen Luftverkehrs zu fördern. Dabei sollen alle Treibhausgasemissionen des Sektors adressiert werden, u. a. durch die Erhöhung des Ambitionsniveaus bei der Treibhausgasreduktion der CORSIA *Eligible Fuels* sowie insbesondere durch globale Rahmenbedingungen für die Nutzung nachhaltiger Flugkraftstoffe und entsprechende Berücksichtigung von PtL-Kerosin (PtL = *Power-to-Liquid*) und dessen Nachhaltigkeitspotenzial.

C3. In Solidarität mit den Vulnerabelsten: Lebensgrundlagen bewahren und Gesundheit schützen

Der globale Temperaturanstieg und die Folgen des Klimawandels manifestieren sich weltweit bereits seit Jahren u. a. in der Degradierung von Frischwasserressourcen, Versalzung von Böden, der Versauerung der Ozeane, dem Meeresspiegelanstieg, in langanhaltenden Dürren sowie dem Verlust von biologischer Vielfalt. Häufigere und stärkere Extremwetterereignisse wie Hitzewellen und Überflutungen bedrohen die Verwirklichung der Menschenrechte und somit die menschliche Gesundheit sowie unsere Lebensgrundlagen. Besonders betroffen sind viele kleine Inselstaaten und die am wenigsten entwickelten Länder. Der IPCC hebt hervor, dass teilweise die „Grenzen der Anpassung“ bereits erreicht sind und schon heute ein großer Anteil der Weltbevölkerung unter Bedingungen lebt, die sie vulnerabel gegenüber dem Klimawandel machen, insbesondere bereits marginalisierte Bevölkerungsgruppen, deren Menschenrechte durch die Folgen des Klimawandels stark gefährdet sind.

Die für die Klimakrise am wenigsten verantwortlichen Länder und Bevölkerungsgruppen werden oft am härtesten durch Schäden und Verluste (*Loss and Damage*) getroffen. Ziel ist es, vorrangig diese Länder und Gruppen bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen, aber auch bei ihren Bemühungen, Treibhausgase einzusparen. Deutschland trägt als größter Geber im Bereich Klimarisikofinanzierung und als zweitgrößter humanitärer Geber substantiell dazu bei, Not zu lindern. Der Beschluss, neuer Finanzierungsarrangements, einschließlich eines Fonds, zur Bewältigung von Schäden und Verlusten zu etablieren, ist ein Meilenstein. Wir setzen uns für eine breite Geberbasis, die Nutzung innovativer Finanzierungsquellen und einen programmatischen Ansatz ein, um die steigenden Bedarfe zur Unterstützung der besonders vulnerablen Entwicklungsländer zu adressieren. Wir wollen auch in Zukunft ein verlässlicher Partner bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten sein und Partnerländer weiterhin umfassend unterstützen. Auch für die Umsetzung des auf der COP26 in Glasgow beschlossenen Ziels, die internationale Anpassungsfinanzierung bis 2025 mindestens zu verdoppeln, setzen wir uns ein.

Der Schutz der Gesundheit ist ein starkes Argument für einen ambitionierteren Klimaschutz und stärkere Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, gerade auf internationaler Ebene. Deshalb wollen wir Gesundheit als Transformationstreiber für Klimaschutz und Klimaanpassung etablieren. Zugleich trägt das Gesundheitswesen selbst zur Klimaerwärmung bei. Aus diesem Grund beabsichtigen wir den Aufbau ökologisch nachhaltiger und klimaneutraler Gesundheitssysteme bis spätestens 2050 und wollen andere Länder bei diesen Bemühungen unterstützen. Wir verstehen Gesundheit im Sinne des *One Health*-Konzepts. Die Folgen des Klimawandels bedrohen nicht nur die menschliche Gesundheit und belasten die Menschen bei der Arbeit, einhergehend mit ökonomischen und sozialen Folgen, sondern sie beeinflussen auch negativ die Gesundheit von Tieren, Pflanzen und den verschiedenen Ökosystemen.

Priorität 1: Wir unterstützen Partnerländer bei der Stärkung von Anpassungskapazitäten, der Erhöhung der Resilienz gegenüber den Klimawandelfolgen und in ihren Bemühungen beim Klimaschutz.

- **Wir stärken Strukturen und Kapazitäten zur systematischen, vorsorgenden Anpassungsplanung:** Wir fördern die Erarbeitung und Umsetzung geschlechtergerechter nationaler Anpassungspläne (*National Adaptation Plans*, NAP) und die Einbettung von Risikomanagement in nationalen und regionalen Entwicklungsstrategien und relevanter Sektorpolitiken. Dabei stärken wir die Strukturen für Monitoring, Evaluierung und das Teilen von Best Practices – im Rahmen von UNFCCC, anderen multilateralen Prozessen und in den multilateralen Entwicklungsbanken sowie in unserer bilateralen Zusammenarbeit.
- **Wir fördern Mainstreaming von Klimaanpassung:** Mit ressortübergreifenden Ansätzen setzen wir uns dafür ein, dass Klimaanpassung in allen relevanten Politikbereichen und auf allen Entscheidungsebenen systematisch mitgedacht wird. Dazu gehören etwa die Schnittstellen Klima und nachhaltige Ressourcennutzung (s.u.), Klima und Wasser, Klima und Sicherheit (siehe Kapitel C5), Klima und Migration, Klima und Gesundheit, Klima und Bildung und Klima und soziale Sicherung. Beispielsweise sollen in von der Bundesregierung geförderten Anpassungsprojekten in Schwellen- und Entwicklungsländern auch die Gesundheitsrisiken vulnerabler Gruppen berücksichtigt werden. Darüber hinaus kann Deutschland aufgrund seines Know-Hows und Erfahrungswissens im Agrar- und Ernährungsbereich substantiell bei der Entwicklung und Umsetzung angepasster und klimaresilienter Agrar- und Ernährungssysteme unterstützen. Dazu zählt auch die Förderung entsprechender Ausbildungsmaßnahmen.
- Wir setzen uns dafür ein, durch gezielte ressourcenschonende und einkommensschaffende Anpassungsmaßnahmen zu mehr nachhaltiger Entwicklung beizutragen: Unsere Aktivitäten folgen dem Grundsatz, Fehlanpassung zu vermeiden. Fehlanpassung findet dann statt, wenn Anpassungsmaßnahmen Vulnerabilität verstärken, negative Auswirkungen auf Lebensgrundlagen und Gesundheit haben oder nachhaltige Entwicklung

behindern. Stattdessen muss Anpassung transformativ wirken und zum Ziel haben, zu mehr Resilienz, wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe, Lebensqualität und Nachhaltigkeit beizutragen. Hier spielen Bildung sowie berufliche und Hochschulbildung eine Schlüsselrolle. Zudem tragen wir durch die Förderung von Wissensaustausch und gegenseitigem Lernen dazu bei, Anpassung effektiver zu gestalten. Im Sinne eines umfassenden Risikomanagements beachten wir bei der Umsetzung von Maßnahmen die Auswirkungen auf sämtliche Politikbereiche (z. B. Sicherheit, Gesundheit, Wasser, Land- und Forstwirtschaft, Biodiversität) und die verschiedenen Akteurinnen und Akteure in der Gesellschaft einschließlich marginalisierter Gruppen.

- **Wir unterstützen auch die vulnerabelsten Länder dabei, ihre eigenen Emissionen zu senken und durch klimafreundliches Wachstum ihre wirtschaftliche Resilienz zu stärken.** Beispielsweise unterstützt die Bundesregierung die von afrikanischen Staats- und Regierungschefs ins Leben gerufene *Accelerated Partnership for Renewables in Africa*, sowie die beim EU-AU-Gipfel 2022 gegründete *Africa-Europe Green Energy Initiative (AEGEI)*. Auch unterstützen wir pazifische Inselstaaten dabei, die Dekarbonisierung ihrer Energiesysteme voranzutreiben.

Priorität 2: Wir stärken ökosystembasierte und lokale Ansätze zur Klimaanpassung u. a. auch im Rahmen einer nachhaltigen Land- und Wassernutzung.

- **Wir stärken Ansätze für klimaresiliente und nachhaltige Anpassung der Landwirtschaft und verbessern die Ernährungssicherheit:** Wir unterstützen unsere Partner bei der Entwicklung nachhaltiger, moderner und klimaresilienter Agrar- und Ernährungssysteme mit einem Schwerpunkt in der Beibehaltung und Stärkung kleinbäuerlicher Strukturen. Im Bündnis für globale Ernährungssicherheit, das 2022 im Rahmen der deutschen G7 Präsidentschaft ins Leben gerufen wurde, führen wir daher Klimaschutz, -anpassung und Ernährungssicherheit zusammen.
- **Wir nutzen Synergien von Anpassung, Klimaschutz und Biodiversität und fördern ökosystembasierte Anpassung:** Gesunde Ökosysteme sind widerstandsfähiger gegenüber Klimafolgen und haben eine unmittelbare Schutzfunktion, beispielsweise Mangroven im Küstenschutz, Bergwälder im Erosionsschutz und Feuchtgebiete als Wasserspeicher. Wir unterstützen ökosystembasierte Anpassungsmaßnahmen als Teil der naturbasierten Lösungen, die häufig am kostengünstigsten sowie klima- und naturfreundlichsten sind und mit Klimawandelanpassung und Ökosystemschutz zwei Anliegen der Bundesregierung miteinander verknüpfen.
- **Wir fördern integriertes Wasserressourcenmanagement und verbessern grenzüberschreitende Wasserkooperation:** Wir unterstützen unsere Partner bei der Umsetzung sektorübergreifender Ansätze und zur Verbesserung der Datenlage und Frühwarnsysteme, um Katastrophen vorzubeugen und Wasserressourcen zu schützen. Wir setzen uns für grenzüberschreitende Wasserkooperation, die weltweite Ratifizierung des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen sowie für die Etablierung eines zwischenstaatlichen VN-Prozesses zu Wasser ein. Die Bundesregierung hat im März 2023 die Nationale Wasserstrategie verabschiedet, deren internationaler Teil die Umsetzung von nachhaltigem Wasserressourcenmanagement über alle Sektoren vorsieht, um global langfristig Wasserversicherheit zu erreichen.
- **Lokale Ansätze stärken:** Klimaanpassung ist nur erfolgreich, wenn sie die Bedürfnisse der Betroffenen vor Ort aufgreift und auf allen relevanten Politikebenen von allen mitgetragen wird. Am meisten leiden Frauen, Kinder und marginalisierte Gruppen unter den Klimawandelauswirkungen. Wir fördern deswegen die gleichberechtigte Teilhabe aller relevanten Gruppen und stärken damit zugleich marginalisierte Gruppen und Gemeinschaften.
- **Mehr Sozialschutz weltweit erreichen:** Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 haben wir den Wert des Sozialschutzes betont, insbesondere in Krisenzeiten und Zeiten des Klimawandels und der Umweltzerstörung. Die ausgegrenzten und am stärksten gefährdeten Menschen einer Gesellschaft sind von den Folgen des Klimawandels überdurchschnittlich stark betroffen, was Armut sowie wirtschaftliche, geschlechtsspezifische und andere soziale Ungleichheiten noch verschärft. Um diesen Auswirkungen zu begegnen, setzen sich die G7-Staats- und Regierungschefs dafür ein, inklusive soziale Sicherung für alle Menschen bis 2030 voranzutreiben, und zwar im Einklang mit der Initiative des VN-Generalsekretärs für Arbeitsplätze und Sozialschutz (*Global Accelerator on Jobs and Social Protection for a Just Transition*), mit der Sozialschutz ausgeweitet werden soll.

Priorität 3: Wir unterstützen Partner in der Vorbereitung auf klimawandelbedingte Katastrophen und beim Wiederaufbau.

- **Wir bauen Frühwarnsysteme aus und stellen primäre und aufbereitete Klimadaten (*Climate Services*) in Partnerländern bereit:** Wir leisten unseren Beitrag zur Initiative des VN-Generalsekretärs, bis 2027 alle Menschen durch Frühwarnsysteme vor extremen Wetterereignissen zu schützen. Auch im Rahmen unserer Forschungskoooperation unterstützen wir Länder, Regionen und Gemeinden beim Aufbau von Planungs- und Analysekapazitäten zur Erhebung, Aufbereitung und Bereitstellung von Wetter- und Klimadaten, deren Verknüpfung mit sektoralen Daten sowie der Erstellung von Klimarisikoanalysen für Maßnahmen der Klimaanpassung und der Katastrophenvorsorge. Wir erkennen die Rolle der Raumfahrt und der Nutzung von Erdbeobachtungssatelliten als wichtigen Beitrag für eine solide Datenbasis zur Erfassung von Klimarisiken und Monitoring für Biomasse an und wollen die Vergleichbarkeit von Daten und die Digitalisierung weiter vorantreiben.
- Wir wollen Krisenprävention, vorausschauende humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie langfristige Kooperation zusammendenken und im Sinne des Nexus humanitäre Hilfe-EZ-Friedensförderung (*HDP-Nexus*) Silodenken überwinden. Dazu stärken wir Organisationen der Krisennothilfe darin, Klimaschutz und Klimaanpassung in ihre Arbeit zu integrieren. Wir stellen unsere Krisenprävention klimaresilient auf – mit besseren Risikovorhersagen, Klimadaten und Vulnerabilitätsanalysen, die humanitäre, sicherheitsrelevante und Klimadaten integrieren. Wir unterstützen die Weiterentwicklung von nationalen Systemen zur Reaktion auf Klimaereignisse, insbesondere durch adaptive, soziale Sicherungssysteme. Bestehende Instrumente und Informationen wollen wir dabei je nach Kontext mit Partnerländern teilen und den internationalen Wissensaustausch fördern.
- **Wir treten für einen kohärenten Ansatz für den Umgang mit Schäden und Verlusten ein:** Wir beteiligen uns aktiv an der Operationalisierung von finanziellen Unterstützungsmechanismen einschließlich eines Fonds für den Umgang mit *Loss and Damage*. Dabei und darüber hinaus wollen wir den von der Gruppe besonders vulnerabler Länder in enger Partnerschaft mit der G7 und anderen Geberländern und den von den V20 initiierten Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken erfolgreich umsetzen und weiter ausbauen (siehe Kasten). Wir setzen uns bei den anderen großen Treibhausgas-Emittenten und allen, die dazu in der Lage sind, für eine solidarische Unterstützung von besonders vulnerablen Ländern ein. Unser Ziel ist es, dass neben den traditionellen Gebern auch andere große Emittenten wie China und die Golfstaaten zur Unterstützung der Verletzlichsten beim Umgang mit Schäden und Verlusten auch finanziell beitragen (siehe Kapitel C6).

Kasten 7 Der Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken

Der Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken wurde gemeinsam von den V20, der Gruppe der verletzlichsten Entwicklungsländer (*Vulnerable 20*, aktuell 58 Länder) und der G7 unter deutscher Präsidentschaft 2022 sowie weiteren Geberländern initiiert und auf der COP27 vorgestellt. Er dient der finanziellen Absicherung von Menschen in Armut und vulnerablen Situationen, marginalisierter und besonders vulnerabler Länder gegen Klimawandelbedingte Verluste und Schäden. Er nutzt dafür eine breite Palette an Absicherungsinstrumenten und soll systematische, kohärente und dauerhafte Absicherung ermöglichen. Der Schutzschirm mobilisiert dafür eine Vielzahl von Partnern aus Regierungen, internationalen Organisationen, multilateralen Entwicklungsbanken, Privatwirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Dabei wird durch die gemeinsame Erarbeitung von Länderschutzpaketen die Umstellung vom reaktiven Ad-hoc-Krisenmanagement zur Ex-ante-Planung unterstützt. Ziel ist es, Vorkehrungen für die zügige Auszahlung von Mitteln direkt nach einem Katastrophenfall zu treffen, beispielsweise über adaptive soziale Sicherung. Wir werden uns für die erfolgreiche Umsetzung von Länderschutzpaketen und länderübergreifenden Ansätzen sowie für die Mobilisierung weiterer Finanzmittel einsetzen, um dem wachsenden Bedarf an Unterstützung gerecht zu werden.

- **Wir bauen unsere Unterstützung für eine vorausschauende humanitäre Hilfe als wichtiges Instrument aus,** um die humanitären Folgen des Klimawandels abzumildern und Hilfe für die betroffenen Gemeinden effizienter zu gestalten. Wir planen, jedes Jahr mindestens 5 Prozent der für humanitäre Hilfe vorgesehenen Mittel für vorausschauende humanitäre Hilfe einzusetzen, bei der wir Klimaresilienz immer mitdenken. Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir diesen Ansatz weiter stärken. Hierzu hat sich 2022 auch die G7

unter deutscher Präsidentschaft verpflichtet. Außerdem haben wir die Charta der Humanitären Organisationen zu Klima und Umwelt sowie die entsprechende Gebererklärung unterzeichnet und arbeiten mit unseren Partnern und anderen Gebern an der Verringerung des CO₂-Fußabdrucks der humanitären Hilfe. Ein Beispiel ist unsere Unterstützung des Einsatzes von Solarenergie in Flüchtlingscamps, die bislang überwiegend durch Dieselgeneratoren versorgt werden.

- **Wir fördern in der entwicklungsorientierten Übergangshilfe gezielt Vorhaben zur Steigerung der Klimaresilienz**, um vulnerablen Gruppen die Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen und, wo nötig, die Transformation ihres Lebensunterhalts zu fördern. Der Klimawandel verschärft vielerorts bestehende, multidimensionale Krisen. Deshalb integrieren wir klimasensibles Handeln in den multisektoralen Ansatz der strukturbildenden Übergangshilfe, um die Nachhaltigkeit von Investitionen zur Krisenbewältigung zu gewährleisten und künftige humanitäre Kosten zu reduzieren, denn: Die Weltbank hat vorgerechnet, dass ein in Resilienz investierter Dollar zukünftige humanitäre Kosten von mindestens vier Dollar einspart. Dabei setzen wir den Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und Katastrophenrisikomanagement, um mögliche klima- und wetterbedingte Schäden und Verluste zu reduzieren.

Kasten 8 Vorausschauende humanitäre Hilfe zahlt sich aus

Nach verschiedenen Berechnungen bewirkt vorausschauende humanitäre Hilfe zwei bis sieben Mal mehr, als wenn Geldmittel in gleicher Höhe erst nach der Katastrophe eingesetzt würden. Ungefähr 20 Prozent aller Katastrophen können präzise vorausgesagt werden. Das bedeutet, vorausschauende humanitäre Hilfe birgt großes Potential, das Geld von Gebern wirksamer einzusetzen und mehr Menschen zu unterstützen. So hat die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) errechnet, dass durch vorausschauende Maßnahmen im Vorfeld eines strengen Winters in der Mongolei (*Dzud*), z. B. Bargeldhilfe, für jeden ausgegebenen Euro über 7 Euro eingespart werden konnte (FAO, 2018). Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) errechnete, dass vorausschauende Maßnahmen in Vorbereitung auf vorhergesagte Überschwemmungen in Bangladesch und Nepal 2022 die Kosten der nötigen humanitären Hilfe um 50 Prozent reduziert haben (WFP, April 2023).

Priorität 4: Wir entwickeln ein gemeinsames Verständnis dafür, dass Gesundheit im Sinne von *One Health* ein starkes Argument für einen ambitionierteren Klimaschutz und die Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel ist, und etablieren Gesundheit als Transformationstreiber für Klimaschutz und Klimaanpassung.

- **Wir etablieren den Nexus „Gesundheit und Klimakrise“ in der Klimaaußenpolitik und der internationalen Zusammenarbeit.** Denn es gilt: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Wir stärken die Einbeziehung und Vernetzung des Themenbereichs Gesundheit mit den anderen Bereichen der Klimapolitik im Sinne des *One Health*-Ansatzes. Hierdurch reduzieren wir auch die Verbreitung von Krankheitserregern, z. B. über verunreinigtes Wasser, und das Risiko für künftige Pandemien. Neben Pandemieprävention setzen wir uns zugleich auch für eine bessere Koordinierung der globalen Pandemievorsorge und -reaktion ein.
- Wir begreifen Gesundheitsschutz als Katalysator für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen und stärken den Schutz der menschlichen Gesundheit vor den Folgen des Klimawandels. Dies gilt gleichermaßen für übertragbare wie nicht übertragbare Krankheiten. Umweltbedingte Risiken für die menschliche Gesundheit müssen auch bei der Prävention stärker in den Blick genommen werden. Für die steigenden Belastungen am Arbeitsplatz werden Schutz- und Anpassungskonzepte, vor allem für besonders vulnerable Gruppen, entwickelt. In diesem Sinne einigten sich die G7 während der deutschen G7-Präsidentschaft auf eine *Roadmap towards Safe and Healthy Work in a Green Economy*. Und bei Klimaschutzmaßnahmen werden wir gezielt positive Gesundheitswirkungen in den Blick nehmen (*spending money smarter*).
- **Wir verstärken unsere Anstrengungen, dass Gesundheitssysteme klimaresilient gestaltet und klimaneutral umgebaut werden.** Hierzu arbeiten wir mit anderen Ländern zusammen, indem wir den internationalen Dialog ausweiten und dazu ermutigen, in der Forschung und beim Kapazitätsaufbau zur Förderung der Anpassung an den Klimawandel zusammenzuarbeiten. Dabei sind die erstmals zur COP26 formulierten Ziele und Vorgehensweisen im Rahmen von ATACH (siehe Kasten unten) für uns handlungsleitend. Wir setzen uns dafür ein, weitere internationale Partnerländer zu gewinnen. Wir werden uns aktiv für ambitionierte Zielsetzungen im ATACH-Prozess einsetzen, z. B. in Bezug auf das Monitoring der Treibhausgasmissionen unserer Gesundheitssysteme.

- **Im Sinne des One Health-Ansatzes bauen wir unsere Bemühungen zur Sicherung der Lebensgrundlagen aus.** Damit tragen wir dazu bei, Migrationsbewegungen und Konflikte zu verringern, was auch die hiermit assoziierten Krankheiten, Verletzungen und Todesfälle reduziert.

Kasten 9 Die Allianz für transformative Maßnahmen zu Klimawandel und Gesundheit (ATACH)

Die Allianz für transformative Maßnahmen zu Klimawandel und Gesundheit (ATACH) ist bestrebt, die auf der COP26 festgelegten Ziele für Klimawandel und Gesundheit zu verwirklichen, indem sie die kollektive Kraft der WHO-Mitgliedstaaten und anderer Stakeholder nutzt, um diese Ziele zügig sowie angemessen voranzutreiben, und die In-tegration des Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Gesundheit in entsprechenden nationalen, regionalen und globalen Plänen fördert.

Die Arbeit der Allianz baut auf den politischen Verpflichtungen auf, die über 70 Gesundheitsministerien auf der COP26 eingegangen sind, wo sie sich zur Entwicklung klimaresistenter und kohlenstoffarmer nachhaltiger Gesundheitssysteme verpflichtet haben. Die ATACH ist die Fortsetzung dieser Initiative, die darauf abzielt, diese Verpflichtungen in die Tat umzusetzen.

C4. Ökosysteme schützen, wiederherstellen und nachhaltig nutzen

Biologische Vielfalt ist die Grundlage für die Funktionsfähigkeit von Ökosystemen, deren Leistungen für unsere Existenz, das Funktionieren unserer Gesellschaften und unsere Volkswirtschaften überlebenswichtig sind. Besonders Frauen und Indigene Völker sind häufig direkt vom Zugang zu natürlichen Ressourcen abhängig und daher in besonderem Maße vom Verlust an Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen betroffen. Der Klimawandel ist einer der wichtigsten Treiber des Biodiversitätsverlustes. Gleichzeitig treiben der Verlust der biologischen Vielfalt sowie die Zerstörung von Ökosystemen den Klimawandel weiter voran. Die fortschreitende Entwaldung und Degradierung von Wäldern, insbesondere in den drei globalen Tropenwaldregionen Amazonas, Kongobecken und Südostasien ist besorgniserregend. Ohne einen Stopp der Entwaldung und eine substanzielle Wiederherstellung degradierter Wälder können wir die 1,5°C-Grenze nicht halten. Zudem werden teils unaufhaltsame Degradierungsprozesse in Gang gesetzt, die zum Verlust wertvoller Ökosysteme wie bspw. Feuchtgebieten und Gewässern führen und Zukunftsoptionen der betroffenen Länder beeinträchtigen. In der Folge sind insbesondere ländliche Gebiete von wachsender Armut und Migrationsbewegungen betroffen.

Auch bei der Anpassung an den Klimawandel spielen Ökosysteme eine wichtige Rolle. Intakte Ökosysteme sind beispielsweise entscheidend für Wassersicherheit und damit verknüpften Zielen wie Trinkwasserversorgung, Ernährungssicherheit und Energieversorgung. Die nachhaltige Nutzung sowie der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen an Land, im Wasser und im Meer stärken natürliche Kohlenstoffspeicher wie Wälder, Böden, Moore und Seegrasswiesen und reduzieren Emissionen aus degradierten Ökosystemen.

Deutschland denkt deswegen Klima- und Biodiversitätsschutz konsequent zusammen – auch in Anlehnung an die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs). Wir setzen uns international für die Förderung und Umsetzung von naturbasierten Lösungen (*Nature-based Solutions*, NbS) zur Bekämpfung von Land- und Ökosystemdegradierung und Biodiversitätsverlust ein. Damit tragen wir durch die Verringerung von Emissionen aus degradierten Ökosystemen und die Einbindung von CO₂ in intakten Ökosystemen zum Klimaschutz sowie zur Anpassung an den Klimawandel bei. Wir treiben die Umsetzung des 2022 unter der VN-Biodiversitätskonvention verabschiedeten Globalen Rahmens für biologische Vielfalt von Kunming-Montreal (GBF) voran. Die darin enthaltenen 23 Ziele gehen die Treiber des globalen Biodiversitätsverlusts an, um eine Trendwende gegen das Artenaussterben und die Zerstörung natürlicher Ökosysteme bis 2030 einzuleiten. Mehrere Handlungsziele des GBF enthalten zudem einen direkten und indirekten Bezug zum Klimawandel. Handlungsziel 8 ist ein explizites Klimaziel, das verschiedene Zusammenhänge zwischen Biodiversität und Klimawandel reflektiert. Weitere Ziele des GBF sind, 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresflächen effektiv und im Einklang mit den Rechten Indigener und lokaler Gemeinschaften zu schützen (sog. 30x30 Ziel) und 30 Prozent der degradierten Ökosysteme wiederherzustellen.

Priorität 1: Wir treiben die Umsetzung der Ziele des Globalen Rahmens für biologische Vielfalt von Kunming-Montreal voran und unterstützen Initiativen zur Umsetzung der Klima- und Biodiversitätsziele.

- **Wir setzen uns dafür ein, mindestens 30 Prozent der weltweiten Land-, Küsten- und Meeresfläche unter Schutz zu stellen** sowie 30 Prozent der degradierten Ökosysteme wiederherzustellen. Wir wollen die weltweite Zerstörung von Ökosystemen beenden, diese wiederherstellen und ihren Erhalt sicherstellen. Deutschland ist seit 2021 Mitglied der *High Ambition Coalition for Nature and People* (HAC), einer zwischenstaatlichen Gruppe von inzwischen mehr als 100 Staaten, die sich dafür einsetzt, bis 2030 mindestens 30 Prozent der globalen Land- und Meeresflächen zu schützen.
- **Wir unterstützen Partnerländer dabei, ihre nationalen Biodiversitätsstrategien und -aktionspläne (NBSAPs) an die Ziele des Globalen Rahmens für Biodiversität anzupassen.** Die internationalen Ziele des GBF müssen angemessen und praktikabel auf die nationale Ebene heruntergebrochen werden, damit sie auch effektiv umgesetzt werden können. Dazu brauchen wir ein gutes Monitoring- und Überprüfungssystem, das u. a. durch globale und nationale Indikatoren anzeigt, wie es um die Zielerreichung steht. Die NBSAPs sollen darüber hinaus auch stark mit nationalen Klimazielen (NDCs) und Anpassungsplänen (NAPs) oder -strategien vernetzt werden. Zur Unterstützung unserer Partner haben wir daher mit Kolumbien die internationale *NBSAP Accelerator Partnership* ins Leben gerufen und wir unterstützen Partnerländer auch auf der bilateralen Ebene.
- **Wir setzen uns dafür ein, die Biodiversitätsfinanzierung aus allen Quellen zu erhöhen und Finanzströme an den Zielen des Globalen Rahmens für Biodiversität auszurichten.** Bis spätestens 2025 plant die Bundesregierung, die internationale Biodiversitätsfinanzierung als Anteil der Klimafinanzierung auf 1,5 Mrd. Euro pro Jahr zu erhöhen. Wir unterstützen die Operationalisierung des neuen *Global Biodiversity Framework Fund* bei der Globalen Umweltfazilität (GEF).

- **Wir fördern den Schutz der Meere als zentrales Ökosystem:** Deutschland wird eine nationale Meeresstrategie vorlegen. Die Förderung von Klimaschutz durch Meeresschutz wird ein wichtiges Handlungsfeld der nationalen Meeresstrategie sein. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung des neuen globalen Abkommens zum Schutz und für eine nachhaltige Nutzung der Meeresbiodiversität auf Hoher See (BBNJ-Abkommen) ein sowie für die Ausweisung neuer Meeresschutzgebiete – auch im Rahmen des Antarktisvertragssystems. Der Schutz der noch weitgehend unerforschten Ökosysteme der Tiefsee ist uns wichtig.
- **Wir erforschen verantwortungsvoll die Rolle der Meere inklusive des Meeresbodens für die CO₂-Aufnahme** und möchten robuste Regeln und wissenschaftliche Standards für Umweltverträglichkeitsprüfungen im Zusammenhang mit potentieller technologischer Speicherung von CO₂ im Meer oder unter dem Meeresboden setzen.
- **Wir bringen den natürlichen Klimaschutz international voran:** Auf bi- und multilateraler Ebene sowie in allen relevanten EU-Prozessen werden wir den natürlichen Klimaschutz weiter vorantreiben und uns für eine ambitionierte Ausgestaltung stark machen. Insbesondere wollen wir den natürlichen Klimaschutz als verbindendes Element zwischen den drei Rio-Konventionen (UNFCCC, UN CBD, UNCCD) weiter stärken.

Kasten 10 Naturbasierte Lösungen (*Nature-based Solutions, NbS*)

Naturbasierte Lösungen sind Maßnahmen zum Schutz, zur Wiederherstellung und zur nachhaltigen Nutzung und zur Bewirtschaftung natürlicher oder veränderter Land-, Süßwasser-, Küsten- und Meeresökosysteme, mit denen soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen wirksam und anpassungsfähig angegangen werden können und die gleichzeitig dem menschlichen Wohlbefinden, den Ökosystemleistungen und der Resilienz sowie der biologischen Vielfalt zugutekommen (siehe UNEA Resolution 5/5). Beispiele sind die Agroforstwirtschaft, die Wiedervernässung von Mooren oder die Wiederherstellung von Wäldern.

Wir wollen Aktivitäten im Bereich naturbasierter Lösungen besser bündeln und die globale Umsetzung stärken. Dazu werden wir die 2022 von Deutschland gemeinsam mit der ägyptischen COP-Präsidentschaft und der Weltnaturschutzorganisation IUCN gestartete *Enhancing Nature-based Solutions for an Accelerated Climate Transformation*-Initiative (ENACT) mit deutschem Co-Vorsitz voranbringen. Diese Initiative zielt darauf ab, mindestens eine Milliarde schutzbedürftige Menschen, darunter mindestens 500 Millionen Frauen und Mädchen, vor den Folgen des Klimawandels zu schützen und ihre Resilienz zu stärken, bis zu 2,4 Milliarden Hektar gesunder, natürlicher und nachhaltiger landwirtschaftlicher Ökosysteme zu sichern und die weltweiten Minderungsanstrengungen signifikant zu erhöhen.

Priorität 2: Wir stärken Partnerschaften, Initiativen und Regelwerke, um den globalen Waldverlust bis 2030 zu stoppen, Wälder zu schützen, nachhaltige Waldbewirtschaftung voranzubringen und Waldlandschaften wiederherzustellen. Wir setzen uns dafür ein, die Wiederherstellung insbesondere von Wäldern voranzutreiben. Deshalb unterstützen wir die VN-Dekade für die Wiederherstellung von Ökosystemen 2021-2030 sowohl mit Programmen auf nationaler Ebene (z. B. Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz) als auch international sowie die von Deutschland initiierte *Bonn Challenge*, die das Ziel hat, bis 2030 mindestens 350 Mio. Hektar Wald auf entwaldeter und degradiertem Landfläche wiederherzustellen. Ziel ist es dabei, Ökosystemleistungen, Resilienz und die biologische Vielfalt zu verbessern, das Wissen und die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften zu respektieren und sie gleichberechtigt einzubeziehen und eine breite Beteiligung und Kooperation von nicht-staatlichen Akteurinnen und Akteuren, Wissenschaft und Privatwirtschaft zu ermöglichen.

- **Wir stärken die Zusammenarbeit mit Tropenwaldländern:** Wir initiieren und unterstützen Waldschutzvorhaben in allen großen Tropenwaldregionen. Wir setzen uns auch dafür ein, die Landrechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften als Hüter des Waldes und die Aus- und Fortbildung lokaler Farmerinnen und Farmer in Methoden der nachhaltigen Landnutzung zu stärken. Wir werden unser Engagement durch bilaterale und plurilaterale Wald- und Klimapartnerschaften intensivieren. Ziel ist die Beendigung der Entwaldung, der Schutz, die naturnahe Wiederherstellung und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder zur Bewahrung aller Ökosystemleistungen unter gleichberechtigter Mitbestimmung marginalisierter Bevölkerungsgruppen, insbesondere indigener Völker.

- **Wir bringen die Umsetzung von waldbezogenen internationalen Zielen und internationaler Waldschutzinitiativen voran:** Über die *Forest Climate Leadership Partnerschaft* (FCLP), das *UN Forum on Forests* (UNFF), die UN Abteilung für nachhaltige Entwicklung (DESA) und die *Collaborative Partnership on Forests* (CPF) setzen wir uns für verstärkte und synergetische Maßnahmen zur Umsetzung der Globalen Waldziele des Strategischen Plans für Wälder sowie der waldbezogenen Nachhaltigkeitsziele, der waldbezogenen Beschlüsse des Globalen Rahmens für Biodiversität sowie der Umsetzung des Übereinkommens von Paris ein. Flankiert wird dies durch den von Deutschland unterstützten *Global Forest Finance Pledge* mit dem kollektiven Versprechen, bis zu 12 Mrd. US-Dollar zwischen 2021 und 2025 für Waldschutz bereitzustellen. Den deutschen Beitrag wollen wir von 1 Mrd. auf 2 Mrd. Euro (2021-2025) erhöhen. Es bedarf neben effektiverer und pragmatischer Ordnungspolitik und Einbindung von Stakeholdern auch der Einbindung des Privatsektors. Dazu sind politische und ökonomische Anreize für den Erhalt des Waldes und für klimafreundliche und die Biodiversität schützende Landnutzung zu schaffen.
- **Wir stärken die Nachhaltigkeit globaler Wertschöpfungsketten und entwaldungsfreie Agrarlieferketten:** Mit der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte gehen wir den entscheidenden Treiber der globalen Entwaldung an. Wir bringen die weltweite Umsetzung der Verordnung voran, in dem wir Akteurinnen und Akteure entlang der gesamten Lieferkette, insbesondere Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, beim Aufbau nachhaltiger und entwaldungsfreier Lieferketten unterstützen. Dafür nutzen wir bilaterale aber auch plurilaterale Formate wie die Team Europe-Initiativen der EU oder die Amsterdam-Partnerschaft. Mit anderen wichtigen Konsumentenländern treten wir in Dialog, um ein gleich gerichtetes Vorgehen zu erreichen und Verlagerungseffekte zu vermeiden. Im Rahmen unserer multilateralen Zusammenarbeit und in internationalen Organisationen wie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) werben wir für eine Politik der Entkoppelung der landwirtschaftlichen Landnutzung von Entwaldung. Wir fördern außerdem die Umsetzung und (Weiter-)Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards und Transparenzsystemen in Drittländern (insb. OECD-FAO-Leitfaden zu Sorgfaltspflichten für entwaldungsfreie Lieferketten). Mit Wald- und Klimapartnerschaften unterstützen wir Partner dabei, klimafreundliche Agrar-, Finanz-, und Rohstoffpolitiken zu entwickeln. Mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz haben wir bereits einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Menschenrechten und der Umwelt geleistet.

C5. Frieden, Sicherheit und Resilienz stärken

Die Klimakrise hat als eine der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts zunehmend sicherheitspolitische Implikationen. Sie bedroht die menschliche Sicherheit und gefährdet die nationale und internationale Sicherheit. Einerseits treten auch in Deutschland in größerer Intensität und Häufung klimabedingte Extremwetterereignisse mit verheerenden Folgen auf. Andererseits verschärfen die Auswirkungen des Klimawandels existierende Ungleichheiten in vielen Regionen der Welt und wirken als Konflikttreiber um die Verteilung knapper werdender Ressourcen, häufig begleitet von Wasserknappheit, Hunger und anderen humanitären Notlagen. Fragile Staaten, die ohnehin nur eingeschränkt in der Lage sind, Daseinsvorsorge zu leisten und Konflikte zu lösen, sind in besonderer Weise betroffen. Der klimawandelbedingte Meeresspiegelanstieg bedroht zudem dicht bevölkerte Küstenregionen und die Existenz kleiner Inselstaaten.

Die Folgen des Klimawandels werden unser Sicherheitsumfeld verändern und neue geopolitische Konfliktfelder eröffnen. Wir richten daher unser klimaaußenpolitisches Handeln aufbauend auf einer Politik der integrierten Sicherheit darauf aus, Menschenleben zu retten, Konfliktrisiken zu minimieren und zu Frieden und Sicherheit beizutragen. Gemeinsam mit unseren Partnern müssen wir daher neben unserer Außen- auch unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik entsprechend anpassen, um auf aktuelle und künftige Auswirkungen auf unsere Sicherheit besser vorbereitet zu sein. Dabei geht es sowohl um das Antizipieren von verstärkten oder neu aufkommenden Sicherheitsrisiken, aber auch die Anpassung von Streitkräften und Fähigkeiten an den Klimawandel. Wir stellen – auch auf Grundlage entsprechender konzeptioneller Dokumente – sicher, dass die Bundeswehr ihren Auftrag auch unter sich wandelnden klimatischen Bedingungen vollumfänglich erfüllen kann und ihre Einsatzbereitschaft gewährleistet ist.

Die Nationale Sicherheitsstrategie greift die sicherheitspolitische Bedeutung des Klimawandels auf. Der Bekämpfung der Klima-, Biodiversitäts- und Ökoraumkrise beziehungsweise der Sicherheit unserer Lebensgrundlagen wie Trinkwasser und Ernährung widmet sie ein ganzes Kapitel. Neben den Zielen der „Wehrhaftigkeit“ und der „Resilienz“ gilt erstmals explizit die „Nachhaltigkeit“ als Richtziel für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Demnach wird die Bundesregierung aufgefordert, sicherheitspolitische Maßnahmen klimasensibel auszurichten und den Schutz des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Frauen, Kindern und verletzlichen Bevölkerungsgruppen, die von den Auswirkungen des Klimawandels oft besonders stark betroffen sind, gilt dabei besondere Aufmerksamkeit.

Priorität 1: Wir bauen Kapazitäten und Expertise für die Prävention, Eindämmung und Bewältigung von klimabedingten Konflikten auf und aus.

- **Gemeinsam mit dem Inselstaat Nauru treiben wir als Co-Vorsitzende der Freundesgruppe der Vereinten Nationen zu Klima und Sicherheit die Agenda voran und gewinnen immer mehr Länder als Unterstützer.** In unserer kommenden Kandidatur für die Mitgliedschaft Deutschlands im VN-Sicherheitsrat 2027/2028 machen wir Klima, Frieden und Sicherheit erneut zur Priorität.
- **Wir fördern den Klima- und Sicherheitsmechanismus (*Climate and Security Mechanism, CSM*) der Vereinten Nationen**, der die institutionelle Kooperation verschiedener VN-Organisationen stärkt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zusammenhang von Klima und Sicherheit in allen relevanten VN-Institutionen berücksichtigt wird. Wir arbeiten mit VN-Fonds zusammen, um Investitionen in Krisenkontexten klimasensibel und Klimaprojekte friedensfördernd zu gestalten. Mit der Etablierung von Klima- und Sicherheitsberaterinnen und -beratern in VN-Missionen unter anderem in Somalia und am Horn von Afrika leisten wir zudem einen Beitrag zur gemeinsamen Bewältigung von konflikt- und klimawandelbedingten Krisen.
- Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Befassung mit Klima und Sicherheit in allen internationalen Organisationen, vor allem der VN, der EU, der OSZE und der NATO weiter gestärkt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Fragen von Klima und Sicherheit in allen relevanten Sicherheitsorganisationen als Querschnittsherausforderung stärker berücksichtigt und operationalisiert wird. Zur Stärkung von Personal in Friedensmissionen unterstützen wir zudem Trainingsinitiativen: Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze bietet Module im Bereich Klima und Sicherheit an, ebenso wie das *European Defense College* und das EU-Exzellenzzentrum für ziviles Krisenmanagement in Berlin. Solche Module gilt es in alle relevanten sicherheitspolitischen und militärischen Fortbildungen zu integrieren.
- **Aufbauend auf der Erklärung der G7-Außenministerinnen und Außenminister zu Klima, Umwelt, Frieden und Sicherheit in der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 haben wir gemeinsam mit Partnerländern die *Climate for Peace Initiative* gegründet**, in der 28 engagierte Länder ihre Erfahrungen und

Bedarfe zu Projekten mit Klima-, Friedens- und Sicherheitsbezug teilen und Herausforderungen multilateral angehen.

- **Wir stärken unser Engagement in der Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung im Hinblick auf Klimarisiken, um konfliktverschärfende Folgen des Klimawandels abzumildern**, u. a. durch Pilotprojekte im Golf von Bengalen, Irak, Jemen, Nigeria und Somalia. Die Pilotprojekte bauen auf der von Deutschland initiierten *Weathering Risk*-Initiative auf, die Daten für Klimamodellierung und Konfliktanalysen aufbereitet. Wir wollen, dass Friedensmediationen verstärkt im Kontext einer Zusammenarbeit bei den Themen Wasser, Umwelt und Klima durchgeführt werden.
- **Wir unterstützen im Rahmen der Freundesgruppe der Vereinten Nationen zu Umweltmanagement in VN-Friedensmissionen den Einsatz von erneuerbaren Energien und Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks**. Innerhalb des Peacekeeping-Reformprozesses setzen wir uns weiter für eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels und die Stärkung der Einsatzbereitschaft und operativen Resilienz von VN-Friedensmissionen und Truppenstellern ein. Deutschland spielt eine entscheidende Rolle, um das Thema politisch und fachlich innerhalb der Vereinten Nationen weiter voranzubringen.

Kasten 11 **Wie hängen Klimawandel und Konflikt zusammen? Beispiel Südirak**

Klimawandelfolgen wie extreme Hitze, Dürren und die zunehmende Versalzung des Schatt al-Arab durch den steigenden Meeresspiegel bedrohen das einzigartige Ökosystem der Marschen im Südirak. Abwässer, Missmanagement und mangelnde grenzüberschreitende Wasserkooperation gefährden diese „paradiesischen Sümpfe“ zusätzlich. Viele Familien, die hauptsächlich von Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei leben, verlieren ihre Lebensgrundlagen und sind gezwungen ihre Heimat zu verlassen. Oft ziehen sie in urbane Zentren der Region Basra, wo lokale Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Traditionen und Bräuchen aufeinandertreffen und es wenige bzw. prekäre Arbeitsplätze gibt. Es entsteht die Gefahr, dass Ressourcenknappheit, klimawandelbedingte Migration, fehlende Perspektiven und unzureichende staatliche Dienstleistungen zu Konflikten vor Ort sowie zwischen den aufnehmenden Gemeinschaften und Binnenvertriebenen führen. Der Klimawandel kann somit bestehende Spannungen und Konflikte verstärken..

Priorität 2: Wir stellen uns besser auf die geopolitischen und sicherheitsrelevanten Risiken ein, die mit der Klimakrise verbunden sind.

- Die Bundesregierung hat eine Untersuchung führender wissenschaftlicher Institutionen zusammen mit dem Bundesnachrichtendienst in Auftrag gegeben, um die Auswirkungen der Klimakrise auf unsere nationale Sicherheit besser bewerten und informierte Handlungsentscheidungen ableiten zu können.
- **Wir engagieren uns in der Debatte um die völkerrechtlichen Implikationen des Meeresspiegelanstiegs** und unterstützen die VN-Völkerrechtskommission (ILC) durch Stellungnahmen zur Erfassung und Bewältigung dieser Implikationen, insbesondere durch die zeitgemäße Auslegung bereits existierenden Völkerrechts (z. B. UNCLOS). Wir unterstützen auch den von der VN-Generalversammlung auf Initiative Vanuatus beschlossenen Prüfauftrag an den Internationalen Gerichtshof (IGH) und haben uns gemeinsam mit der EU und ihren Mitgliedstaaten vor dem Internationalen Seegerichtshof (ISGH) am Gutachtenverfahren zum Meeresschutz auf Initiative einer Gruppe von Inselstaaten beteiligt. Beide Gerichte werden prüfen, welche völkerrechtlichen Verpflichtungen Staaten mit Blick auf den Klimawandel haben. Im IGH-Gutachtenverfahren wird sich Deutschland gemeinsam mit der EU und weiteren Mitgliedstaaten dafür einsetzen, dass das Übereinkommen von Paris als zentrales Referenzsystem für den globalen Klimaschutz gestärkt wird. Mit Blick auf die Zukunft plädieren wir für eine Konkretisierung des diesbezüglichen rechtlichen Rahmens. Deutschland hat außerdem gemeinsam mit dem Inselstaat Tuvalu den Co-Vorsitz der Koalition zur Bewältigung des Meeresspiegelanstiegs und existentieller Bedrohungen (C-SET) inne.
- **Wir setzen uns für eine stärkere Berücksichtigung von Klimaaspekten im Sicherheits- und Verteidigungssektor ein**. Mit unserem Beitrag für das neue NATO-Exzellenzzentrum für Klima und Sicherheit (CCASCOE) in Montreal unterstützen wir die Umsetzung des NATO-Aktionsplans für Klima und Sicherheit und stärken die Fähigkeiten der NATO, auf die Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Verteidigung zu reagieren. Das Zentrum wird das Verständnis für die sicherheits- und verteidigungs-

relevanten Auswirkungen des Klimawandels fördern und die nötige strategische Ausrichtung unterstützen. Zudem tragen wir durch die Entsendung von Expertinnen und Experten dazu bei, die Klima-Sicherheits-Expertise in zivilen Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) zu stärken.

- Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten, Implikationen und Risiken kommt *Solar Radiation Management* (SRM) für die Bundesregierung derzeit als klimapolitische Option nicht in Betracht. Mit Blick auf die internationale Regulierung von SRM bekennt sich die Bundesregierung daher zur Entscheidung X/33 vom 29. Oktober 2010 unter der Biodiversitätskonvention CBD. Die Bundesregierung plant derzeit nicht, Entwicklungs- und Forschungsarbeiten zu SRM zu unterstützen, die auf die Entwicklung und einen möglichen großskaligen Einsatz der Technologien abzielen. Gleichwohl analysieren und bewerten wir weiterhin im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip die umfangreichen naturwissenschaftlichen, technischen, politischen, gesellschaftlichen und ethischen Risiken und Implikationen von SRM im Sinne einer technologieoffenen Grundlagenforschung in klarer Abgrenzung zur Technologieentwicklung für den großskaligen Einsatz.

Priorität 3: Wir tragen dazu bei, die Sicherheit von Menschen zu schützen, deren Lebensräume und Lebensgrundlagen akut bedroht sind und ihre Resilienz weiter zu stärken.

- **Wir setzen uns für ein kohärentes Schutzregime für klimawandel- und katastrophenbedingte Vertreibung ein.** Hierfür treiben wir einen Dialog auf VN-Ebene voran, um bestehende völkerrechtliche Abkommen durch komplementäre Schutzmechanismen zu ergänzen, wo Lücken existieren. U. a. engagieren wir uns als Mitglied der Steuerungsgruppe der *Platform on Disaster Displacement*.
- **Wir lindern akute Not und retten Menschenleben als einer der größten Geber für humanitäre Hilfe.** Dabei ist die Unterstützung von Frauen, Kindern und anderen marginalisierten Gruppen in Vertreibungssituationen – auch im Kontext des Klimawandels – ein Schwerpunkt.
- Wir setzen uns dafür ein, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Betroffene die Möglichkeit haben, an ihrem Herkunftsort bleiben oder leichter dorthin zurückkehren zu können. Dafür unterstützen wir z. B. betroffene Regionen und Regierungen dabei, ihre Klimaresilienz weiter auszubauen und dadurch Perspektiven für die Menschen vor Ort zu erhalten (siehe Kapitel C3).
- Wir unterstützen betroffene Partnerländer u. a. durch Projekte zum nachhaltigen Umgang mit menschlicher Mobilität im Kontext des Klimawandels, durch Begleitung regionaler Dialoge sowie durch Stärkung der Arbeit regionaler Organisationen wie z. B. die *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) in Ostafrika. Wir beteiligen uns sehr aktiv am Khartoum-Prozess, einer politischen Kooperationsplattform zwischen Europa und ost- sowie nordafrikanischen Ländern zu Flucht- und Migrationsfragen. Als größter Geber von *Education Can Not Wait* (ECW) unterstützen wir Programme, die auf klimabedingte Migration von Familien reagieren und Kindern weiter Zugang zu Bildung ermöglichen.

C6. Finanzflüsse in Einklang mit einem 1,5°C-kompatiblen Pfad und klimaresilienter Entwicklung bringen

Maßnahmen zur Erreichung nationaler Minderungsziele und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels erfordern noch in diesem Jahrzehnt weltweit finanzielle Mittel in Höhe mehrerer Billionen Euro (lt. *Independent High Level Expert Group*). Die Bereitstellung von öffentlicher internationaler Klimafinanzierung allein kann diesen Finanzbedarf nicht decken, sie ist jedoch als direkte Unterstützung und für die Hebelung privater Mittel notwendig. Gleichzeitig weisen Studien darauf hin, dass weltweit private sowie öffentliche Mittel weiterhin viele Aktivitäten finanzieren, die mit den Pariser Zielen nicht vereinbar sind.

Viele Niedrigeinkommensländer weisen ein hohes Verschuldungsrisiko auf oder sind bereits überschuldet. Hierdurch gerät – insbesondere angesichts sozialer und wirtschaftlicher Folgen möglicher staatlicher Zahlungsausfälle – neben anderen Ausgaben zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele auch die Finanzierung der Minderungs- und Anpassungsinvestitionen in den betroffenen Staaten möglicherweise in den Hintergrund. Ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Solvenzproblemen (auch wenn durch Klimarisiken mitverursacht) im Rahmen multilateral koordinierter Schuldenbehandlungen auf Grundlage eines IWF-Programms ist für Niedrigeinkommensländer das *G20 Common Framework for Debt Treatments*. Da die Prozesse in diesem Rahmenwerk noch zu viel Zeit in Anspruch nehmen, setzt sich die Bundesregierung in den G20 für eine effektivere Implementierung, Verbesserung und Erweiterung des *G20 Common Framework for Debt Treatments* ein.

Im Übereinkommen von Paris wurde in Artikel 2.1.c vereinbart, die Finanzflüsse in Einklang mit einem 1,5°C-kompatiblen Pfad und klimaresilienter Entwicklung zu bringen. Hierbei ist es der Bundesregierung wichtig, Staaten, Unternehmen oder einzelne Aktivitäten, die die Transformation angehen, aber noch nicht klimaneutral oder klimaresilient sind, zu unterstützen und zu begleiten – im Einklang mit der 1,5°C-Grenze und ohne Lock-in-Effekte. Deswegen unterstützt die Bundesregierung z. B. das *G20 Transition Finance Framework*. Zudem gilt es auch, wo möglich, naturbasierte Lösungen zu stärken.

Die Industriestaaten haben sich 2009 kollektiv dazu verpflichtet, bis 2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar aus verschiedenen Quellen (öffentliche und private, bilaterale und multilaterale) für die Unterstützung von Klimaschutz in Entwicklungsländern zu mobilisieren – diese Verpflichtung wurde 2015 bis 2025 verlängert. Deutschland setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass dieses Versprechen so bald wie möglich in vollem Umfang umgesetzt wird (laut Schätzungen der OECD wurden 2020 lediglich gut 83 Mrd. US-Dollar mobilisiert). Die Gebergemeinschaft ist zuversichtlich, dass die Zielmarke von 100 Mrd. US-Dollar im Jahr 2023 erreicht wird (siehe *Climate Finance Delivery Plan*, 2021).

Neben der direkt von der Bundesregierung unterstützten Finanzierung über Haushaltsmittel, multilaterale Entwicklungsbanken, der KfW Bankengruppe und Gewährleistungen im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung ist es zentral, dass entsprechend den Zusagen im G7/G20-Kontext auch in den nationalen Haushalten klimaschädliche Subventionen schrittweise abgebaut werden und weltweit der Rahmen verbessert wird, um private Investitionen in den Klimaschutz auch ohne direkte staatliche Beteiligung zu erhöhen und zu finanzieren. Denn private Investitionen und Finanzierungen sind – schon alleine vom Volumen her – entscheidend. Somit wird sich die Bundesregierung weiterhin in der global abgestimmten internationalen Finanzmarktpolitik für die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten einsetzen (*Sustainable Finance*).

Kasten 12 Inselstaat Dominica

Am 18. September 2017 traf der tropische Wirbelsturm Maria auf Dominica. Zu dieser Zeit versucht der Staat noch, sich von den Verwüstungen des Tropensturms Erika im Jahr 2015 zu erholen. Maria war die bislang schlimmste Naturkatastrophe auf Dominica und verursachte Schäden in Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar (226 Prozent des Bruttoinlandsprodukts). In Folge der Verwüstung sinkende Staatseinnahmen und hohe Kosten für den Wiederaufbau führten zu einer signifikanten Verschlechterung der öffentlichen Finanzen und einem starken Anstieg der öffentlichen Verschuldung. Durch diesen Teufelskreis engt sich der finanzielle Spielraum in Dominica ein, um sich aus eigener Kraft auf den nächsten Sturm vorzubereiten oder in eine klimaneutrale Zukunft zu investieren..

Priorität 1: Wir bleiben ein guter und verlässlicher Partner in der internationalen Klimafinanzierung.

- Deutschland steht zu seinem Versprechen, die Mittel für die internationale Klimafinanzierung bis 2025 auf 6 Mrd. Euro aus Haushaltsmitteln und öffentlichen Mitteln zu erhöhen. Dieses Ziel wurde bereits 2022 und damit drei Jahre früher als zugesagt erreicht (siehe Kasten). Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, das Niveau von 6 Mrd. Euro auch zu halten, um Entwicklungs- und Schwellenländer weiterhin ambitioniert beim Klimaschutz sowie beim Umgang mit dem Klimawandel zu unterstützen, inklusive der Erhöhung des deutschen Engagements für den internationalen Biodiversitätsschutz auf 1,5 Mrd. Euro pro Jahr bis 2025. Außerdem werden wir zu der auf der COP26 beschlossenen kollektiven Verdopplung der internationalen Finanzierung für Anpassung beitragen (kollektiver Aufwuchs von 20 Mrd. US-Dollar 2019 auf 40 Mrd. US-Dollar bis spätestens 2025). Wir bemühen uns dabei, die mit dem Einsatz öffentlicher Mittel erreichte Mobilisierung privater Klimafinanzierung deutlich zu verbessern (s.u.).
- Wir stärken die zentralen multilateralen Klimafonds – Grüner Klimafonds (*Green Climate Fund, GCF*), Globale Umweltfazilität (*Global Environment Facility, GEF*), *Least Developed Countries Fund (LDCF)* und Anpassungsfonds: Wir setzen uns dafür ein, dass diese Fonds eine 1,5°C-kompatible, klimaresiliente Transformation in Entwicklungsländern unterstützen und Entscheidungsgremien paritätisch besetzt werden. Wir wollen erreichen, dass alle internationalen Fonds vereinfachte Zugänge zu Klimamitteln für die Ärmsten und Verletzlichsten, d.h. insbesondere *Least Developed Countries (LDCs)* und *Small Island Developing States (SIDS)*, einrichten. *Good governance* ist ein Leitmotiv für uns, auch bei multilateralen Fonds. Wir werden unsere Mittelzusagen auch dafür nutzen, andere Geberländer zu motivieren, ebenfalls angemessene Beiträge zu leisten.
- **Wir steigern die Mobilisierung privater Mittel in der Klima- und Biodiversitätsfinanzierung:** Wir werden Haushaltsmittel für die internationale Klimafinanzierung strategischer zur Mobilisierung privater Mittel mit transformativer Wirkung einsetzen. Dabei sollen Rahmenbedingungen für private Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern verbessert und Instrumente zur Mobilisierung von aus- und inländischem Privatkapital stärker genutzt werden, z. B. im Sinne von *Blended Finance* und innovativen Finanzinstrumenten. Hierfür werden wir uns auch in den multilateralen Entwicklungsbanken einsetzen. Wir setzen uns dazu ebenfalls in der weiteren Umsetzung des 100-Milliarden-Ziels in der Gebergemeinschaft ein, auch auf Grundlage der Erkenntnisse aus bisherigen Erfahrungen. Wir werden im Ressortkreis Initiativen voranbringen und unterstützen, um wirksame Ansätze zu skalieren und zu beschleunigen. Das betrifft insbesondere die Nutzung Internationaler Garantie- und Absicherungsinstrumente (bessere Nutzung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur, Währungsrisiko-Absicherung, Investitions-garantie-instrumente und weitere Garantieinstrumente der Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) und der KfW, Nutzung der Instrumente die den Klimafonds zur Verfügung stehen) und die Unterstützung nationaler Ansätze und Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern.
- **Neue Geber für die Bereitstellung der Klimafinanzierung gewinnen:** Im Zusammenhang mit der Klimafinanzierung nach 2025 (*New Collective Quantified Goal, NCQG*) setzen wir uns für einen neuen, effektiveren Ansatz der künftigen Klimafinanzierung ein und werben dafür, dass neben den klassischen Geberstaaten auch Länder, die ihren nationalen Wohlstand in den letzten Jahren stark ausbauen konnten, entsprechend ihrer Möglichkeiten künftig stärker, transparent und verlässlich zur multilateralen Finanzierung beitragen, insbesondere durch Beiträge zu multilateralen Fonds. Eine zukünftig breite Basis an beitragenden Ländern ist eine wesentliche Voraussetzung für ein ambitioniertes Ziel nach 2025, das Solidarität und geteilte Verantwortlichkeiten reflektieren und in einer dynamischen Weise die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Länder widerspiegeln könnte. Jeder Staat sollte einen fairen Anteil beitragen.

Kasten 13 Deutsche Klimafinanzierung im Überblick

Deutschland steht zu seinem Versprechen, die Mittel für die internationale Klimafinanzierung bis 2025 auf 6 Mrd. Euro zu erhöhen. Dieses Ziel wurde bereits 2022 und damit drei Jahre früher als zugesagt erreicht. Bis spätestens 2025 plant die Bundesregierung die internationale Biodiversitätsfinanzierung als Anteil der Klimafinanzierung auf 1,5 Mrd. EUR pro Jahr zu erhöhen.

2022 betrug die deutsche Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln (inklusive Schenkungsäquivalenten aus KfW-Entwicklungskrediten) 6,39 Mrd. Euro. Insgesamt betrug die deutsche internationale Klimafinanzierung 2022 aus allen Quellen (d.h. inkl. 3,09 Mrd. Euro über KfW und DEG öffentlich mobilisierte Marktmittel sowie 0,48 Milliarden Euro mobilisierte private Mittel) 9,96 Mrd. Euro.

Gemeinsam mit unseren EU-Partnern sind wir die größten Geber in der Klimafinanzierung weltweit. Deutschland leistet zudem die zweithöchsten Beiträge in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Auch in Zukunft streben wir eine Balance zwischen Anpassungs- und Minderungsfinanzierung an (2022 46 Prozent Anpassung, 54 Prozent Minderung). Zusätzlich hat die Bundesregierung 2022 Klimaprojekte in Höhe von ca. 226 Mio. Euro im Rahmen der Exportkredite in Entwicklungs- und Schwellenländern abgesichert.

Deutschland ist aktuell größter Geber des Green Climate Fund – einem der größten multilateralen Klimafonds – mit 1,5 Mrd. Euro für den Zeitraum 2020-2023 sowie 2 Mrd. Euro im Rahmen der aktuellen Wiederauffüllung, größter Geber in der Globalen Umweltfazilität (GEF), dem Least Developed Countries Fund (LDCF) und größter Geber für den Anpassungsfonds

Priorität 2: Wir fördern und finanzieren international nachhaltige, Paris-konforme Investitionen und Projekte.

- Wir werden der Zusage im Rahmen des COP26 Statement zu *Public Support for the Clean Energy Transition* in Glasgow im Einklang mit den Beschlüssen der G7 (siehe Annex 2) gerecht, öffentliche internationale Finanzierung fossiler Energieträger ohne Kohlenstoffabscheidung und -speicherung ab Anfang 2023 – mit begrenzten, klar definierten Ausnahmen im Einklang mit der 1,5°C-Grenze zu beenden. Unsere Vereinbarung im Rahmen der G7 ermöglicht dabei begrenzte Ausnahmen im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris und der 1,5°C-Grenze. Die Bundesregierung stimmt hierzu laufend ab, wie genau Ausnahmen unter Berücksichtigung der energiepolitischen Herausforderungen auch aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und bei Einhaltung des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Pfades zu definieren sind.
- **Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund Klimastrategien für die Garantieinstrumente der Außenwirtschaftsförderung entwickelt.** Diese Strategien werden laufend überprüft und angepasst. Ziel der Klimastrategien ist es, die Emissionen von durch Bundesgarantien gedeckten Geschäften im Ausland bis spätestens 2050 auf Netto-Null zu bringen (2045 für Deckungen in Industrieländern), indem die Deckungspraxis unter der Klimastrategie auf einen 1,5°C-kompatiblen Dekarbonisierungspfad anhand von Sektorleitlinien ausgerichtet wird. Sektorleitlinien wurden für Schlüsselsektoren der Instrumente entwickelt. Dabei werden in den Klimastrategien Deckungserleichterungen für besonders klimafreundliche Projekte und Deckungsausschlüsse für klimaschädliche Projekte, insbesondere Kohle und Erdöl, vorgesehen. Diese Sektorleitlinien werden bzgl. CCS/CCU im Einklang mit der Carbon Management Strategie angepasst. Für Projekte im Sektor Fossile Energieträger Erdgas gelten ergänzende Ausnahmeregelungen für besondere Einzelfälle, wenn diese für die nationale Sicherheit oder geostrategische Versorgungssicherheitsinteressen notwendig sind, unter Einhaltung der 1,5°C-Grenze und unter Vermeidung von Lock-in-Effekten. Damit wird die Bundesregierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit für zukunftssträchtige klimafreundliche Technologien aus Deutschland stärken.
- **Wir verfolgen das Ziel, unsere im Rahmen der G7 getätigte Zusage zum Abbau ineffizienter (klimaschädlicher) Subventionen bis 2025 umzusetzen** und werden dafür eintreten, dass der Abbau ineffizienter klimaschädlicher Subventionen insgesamt, wie auf der COP27 zugesagt, weltweit vorangebracht wird. Laut mehrerer Schätzungen (Weltbank, IEA) werden jährlich über 1 Billion US-Dollar an direkten klimaschädlichen Subventionen ausgezahlt. Wir setzen uns auch für den Abbau biodiversitätsschädlicher Subventionen bis 2030 gemäß dem globalen Biodiversitätsrahmen und der G7-Zusage ein.

Priorität 3: In enger Zusammenarbeit mit europäischen und G20-Partnern unterstützen wir die nachhaltige Aufstellung der Finanzindustrie (*Sustainable Finance*) in Europa und in Drittländern.

- **Wir fördern kohärente Sustainable Finance-Politiken innerhalb der G20 und weltweit:** Die Bundesregierung unterstützt daher die Implementierung der G20 *Sustainable Finance Roadmap*, des G20 *Transition Finance Framework* sowie einer Deutschen Sustainable Finance Strategie. Wir setzen uns im Rahmen der G20-Aktivitäten zu Sustainable Finance für international kohärente Standards und Politiken ein. Wir wollen international die Nachfrage als auch die Glaubwürdigkeit für *Sustainability Bonds* oder *Green Bonds* stärken. Die Erfolgsgeschichte der grünen Bundeswertpapiere setzen wir fort. Auch das *Network for Greening the Financial System* (NGFS) der Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, welches zur Entwicklung des Umwelt- und Klimarisikomanagements im Finanzsektor beiträgt und die Mobilisierung von Finanzmitteln den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft unterstützt, ist hierfür ein zentrales Format.

- **Wir bringen internationale Nachhaltigkeitsstandards in der Unternehmensberichterstattung voran:** In allen relevanten Gremien treiben wir die internationalen Nachhaltigkeitsberichts-Standards des *International Sustainability Standards Board* (ISSB) für Klima und künftig auch für Biodiversität in der Unternehmensberichterstattung voran.
- **Wir stärken internationale Kooperation im Kampf gegen Umweltkriminalität und Geldwäsche:** Aufbauend auf Beschlüssen der G7, G20 und der COP26 wollen wir das Bewusstsein für die Rolle von Geldwäsche im Zusammenhang mit Umweltstraftaten steigern und die internationale Kooperation in diesem Bereich stärken.

Priorität 4: Wir bauen und stärken Allianzen zur Reform der internationalen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen, um Klima- und Biodiversitätsschutz und Klimaresilienz stärker zu verankern und umzusetzen.

- **Wir stärken die Ausrichtung der multilateralen Entwicklungsbanken an den Zielen des Pariser Abkommens, des Globalen Rahmens für Biodiversität und der Agenda 2030.** Die konsequente Ausgestaltung und Implementierung des sog. *Paris Alignments*, das heißt die Ausrichtung der gesamten Aktivitäten an der 1,5°C-Grenze, aber auch die Ausrichtung anhand der Ziele des GBF und der Agenda 2030 werden wir bei allen multilateralen Entwicklungsbanken weiterhin mit unseren Partnern vorantreiben. Ebenso treten wir für die entsprechende Ausrichtung von regionalen und nationalen Entwicklungsbanken ein.
- **Wir wollen eine effiziente Nutzung verfügbarer Mittel zur Mobilisierung zusätzlicher Klima- und Biodiversitätsfinanzierung erreichen:** Wir setzen uns dafür ein, dass die multilateralen Entwicklungsbanken schon jetzt (ohne Kapitalerhöhung) ihren Finanzierungsspielraum u. a. durch die Umsetzung der Empfehlungen der G20-Expertengruppen zur Überprüfung der *Capital Adequacy Frameworks (CAF-Review)* erweitern können und sich u. a. stärker auf klima- und biodiversitätsrelevante Investitionen ausrichten. Wir fordern deshalb, verstärkt transformative Finanzierungsinstrumente wie reformbasierte Kredite einzusetzen, auch um die Rahmenbedingungen für Investitionen des Privatsektors zu verbessern. Auch die Qualität der Klimafinanzierung durch multilaterale Entwicklungsbanken möchten wir steigern. Wir setzen uns dabei für den gleichberechtigten Zugang zu Investitionsmitteln insbesondere für Frauen in all ihrer Diversität und marginalisierten Gruppen ein.
- **Wir gestalten die Reform der internationalen Finanzarchitektur mit:** Wir wollen in den Debatten über die Reform der internationalen Finanzarchitektur (bspw. Weltbank-Reform, *G20 CAF-Review* (s.o.), *Bridgetown Initiative*, *Paris Pact for the People and the Planet*) Brückenbauer und Vorreiter für eine bessere Bewältigung der multiplen Krisen wie u. a. Armut, Hunger, Biodiversitätsverlust, Klimakrise und globale Pandemien sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die multilateralen Entwicklungsbanken und Finanzinstitutionen ihre Finanzkraft stärker nutzen, um Klimainvestitionen zu ermöglichen und um stärker private Mittel zu mobilisieren. Die Beschlüsse bei der Weltbank-Jahrestagung in Marrakesch im Oktober 2023 waren ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Wir setzen uns für direkte Finanzierungsinstrumente zur Stärkung von Indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften ein. Wir wollen Wege finden, dass durch Klimawandel verstärkte Extremwetterereignisse in den am stärksten betroffenen Staaten nicht zu Überschuldung führen. Wir stellen uns ressortübergreifend kohärenter auf, um uns engagiert in allen einschlägigen internationalen Prozessen und Foren einzubringen.

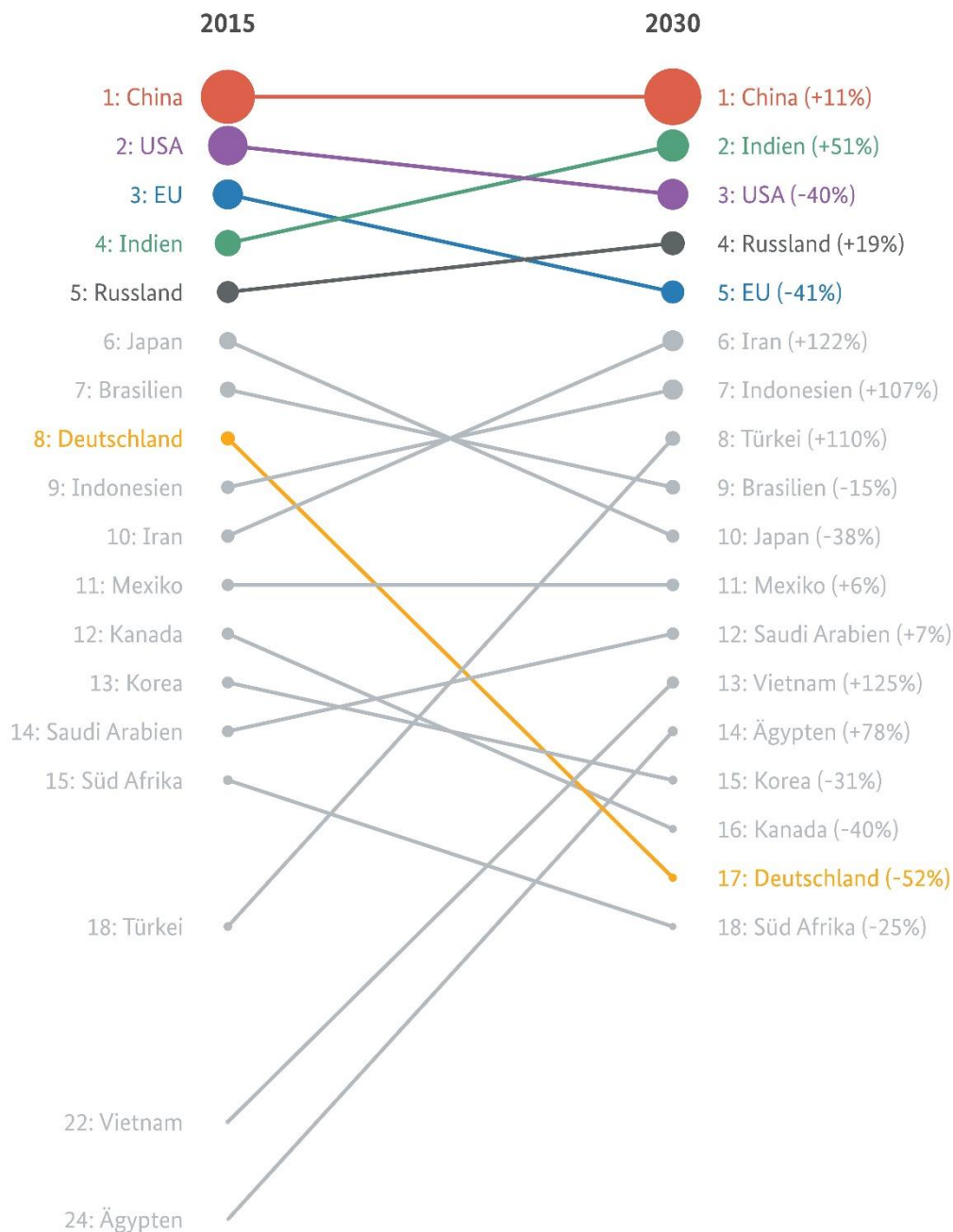
D. Global denken – differenziert strategisch handeln

Wir wollen mit Industriestaaten, Schwellenländern und den großen Emittenten der Zukunft ambitionierte Minderungsanstrengungen in allen Sektoren und eine sozial-gerechte Transformation der Wirtschaft vorantreiben (siehe Kapitel C1, C2, C4). Entwicklungsländer, deren Emissionen stark ansteigen, wollen wir darin unterstützen, statt auf fossile Energien auf den Ausbau erneuerbarer Energien zu setzen und dadurch zugleich einen Entwicklungssprung zu erreichen (*leapfrogging*). Hierfür sind unsere Partnerschaftsansätze, unsere Entwicklungszusammenarbeit, die Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative, die gezielt Partnerländer bei ambitionierten Klimamaßnahmen und -politiken unterstützt, sowie unser Einsatz in multilateralen Foren und Institutionen wie dem Klimaclub und der G7 und G20 und den multilateralen Entwicklungsbanken von zentraler Bedeutung. Mit historisch und künftig großen Treibhausgasemittenten wollen wir uns zu verbindlicheren Minderungsmaßnahmen bekennen.

Gemeinsam mit anderen Ländern können wir schnellere Fortschritte im Kampf gegen die Klimakrise erreichen, wir können Innovationen, die sich anderswo bewährt haben, nutzen, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft fit zu machen für eine klimaneutrale gerechtere Zukunft. Wir suchen gezielt die enge Zusammenarbeit mit Ländern, die in internationalen Debatten sowie bei der Umsetzung ihrer eigenen sozial-gerechten ökologischen Transformation in Richtung Treibhausgasneutralität besondere Ambition zeigen. Im Schulterschluss mit diesen Ländern wollen wir Ambitionsallianzen wie dem Klimaclub schmieden, stärken und fördern. Damit wollen wir die globale Transformation beschleunigen, sei es durch progressive Allianzen im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen, durch Forschungskooperation, durch eine enge Zusammenarbeit mit den multilateralen Entwicklungsbanken/internationalen Finanzinstitutionen oder gemeinsames Eintreten für ambitionierte Klimastandards wie auch durch nachhaltige Rohstoffpartnerschaften und Kooperationen im Bereich grüner und kohlenstoffarmer Wasserstoff.

Zugleich ist uns bewusst, dass auch Klimapolitik von geopolitischem Interesse geprägt ist.

Abbildung 3 Veränderung der Rangfolge der weltgrößten CO₂-Emittenten
Größe und Punkte entsprechen den absoluten Emissionen,
Wert in Klammern entspricht der relativen Veränderungen von 2015 auf 2030



Quelle: Climate Action Tracker (CAT), PRIMAP-hist (bereitgestellt durch PIK), NDC
Bei fehlenden Daten für 2021 im CAT wurden die Daten aus PRIMAP-hist ergänzt. Die Zahlen für 2030 beruhen auf der Quantifizierung der Ziele aus den NDCs. Haben Länder mehrere Ziele im NDC angegeben, wird der Durchschnitt genommen. Der Landnutzungssektor (LULUCF) wird nicht berücksichtigt, da keine Daten vorliegen.

PREVIEW

Die Abbildung veranschaulicht, wie sich die Rangfolge der weltweit größten CO₂-Emittenten im Zeitraum von 2015 bis 2030 verändert: Der Anteil der EU und Deutschlands an den weltweiten CO₂-Emissionen verringert sich in diesem Zeitraum, während andere Staaten deutliche Zuwächse bei den CO₂-Emissionen zu verzeichnen haben.

Wir wollen unsere Klimazusammenarbeit – und entsprechend unsere Klimapartnerschaften – insbesondere mit folgenden Ländern und Regionen weiter ausbauen:

1. die ein großes Treibhausgas-Minderungspotenzial haben und mögliche zukünftige Bereitsteller internationaler Klimafinanzierung sind. Um die globale Erwärmung noch auf 1,5°C begrenzen zu können, müssen insbesondere die großen Emittenten ihre Anstrengungen beim Klimaschutz massiv und schnell verstärken.
2. wo Klimagerechtigkeit und die Agenda 2030 im Sinne eines *leave no one behind*-Prinzips dafür sprechen, die historisch am wenigsten für den Klimawandel verantwortlichen und am meisten von Klimaauswirkungen betroffenen Menschen zu unterstützen.
3. wo wir Multiplikator-Effekte für die gesamte Breite unserer bilateralen Beziehungen erzielen können. Ein Beispiel dafür ist unser stärkeres Engagement in der Pazifik-Region, wo unsere neue Auslandsvertretung in Fidschi mit dem Sonderbotschafter für die pazifischen Inseln regionales Engagement und Vernetzung von deutschen Klima-Kapazitäten und Projekten in der Region unterstützen wird. Außerdem wollen wir Regionen von überragendem strategischen Interesse für Deutschland und die EU in ihrer Transformation besonders unterstützen.

Kein Land der Erde bleibt von den Auswirkungen des Klimawandels verschont. Gerade die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlichen Länder haben jedoch am wenigsten Kapazität, um mit den verheerenden Folgen umzugehen. Für die wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Länder und die Länder, die besonders von Klimafolgen betroffen sind, wie insbesondere die kleinen Inselstaaten, ist die Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Entwicklung, Resilienz, Nachhaltigkeit, Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit die zentrale Herausforderung. Wir werden daher künftig Klimaschutz und -anpassung, humanitäre Hilfe, Klimarisikomanagement und die Entwicklungszusammenarbeit konsequent zusammendenken (siehe auch Kapitel C2, C4, C5 und C6).

Kohärentere und ambitionierte Partnerschaften

Wir bauen in den nächsten Jahren ein kohärentes, dichteres und stärkeres Partnernetzwerk auf. Unsere Klimaaußenpolitik ist in der Umsetzung passgenau entsprechend der Bedarfe und Prioritäten der Partnerländer: Deshalb gibt es nicht nur das *eine* Modell einer Klimapartnerschaft. Allen gemein ist das Ziel, gemeinsam die Anstrengungen zur Erreichung der Pariser Klimaziele und der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erhöhen. Wir berücksichtigen die Bedürfnisse, Interessen und Potenziale unserer Partner ebenso wie auch unsere eigenen Interessen und Bedürfnisse. Zielgerichtet und themenbezogen wollen wir aber auch mit Staaten zusammenarbeiten, die unsere Prinzipien und Ziele nicht in vollem Umfang teilen. Klimaaußenpolitische Aktivitäten von Drittstaaten und spezifische geopolitische Rahmenbedingungen denken wir mit (siehe Annex 1).

Unsere Klimapartnerschaften passen wir an die Umstände in den Partnerländern und an ihre Bedürfnisse an, um so schneller Ergebnisse in allen Handlungsfeldern zu erreichen und in den internationalen Klimaverhandlungen gemeinsam für ambitionierte Ergebnisse einzutreten. Klimapartnerschaften wollen wir vor allem mit Ländern schließen, in denen Emissionen in großem Umfang eingespart werden können und die bereit sind, die Transformation zur Klimaneutralität im Einklang mit 1,5°C zu beschleunigen. Mit passgenauen Angeboten (seien es bilaterale oder Multi-Geber-Partnerschaften z. B. nach dem Modell der *Just Energy Transition Partnerships*, JETPs) wollen wir ambitionierte Länder über die Projektebene hinaus bei Transformationsprozessen zielgerichteter unterstützen. JETPs sind Leuchttürme der internationalen klima-, energie- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, mit einem hohen Niveau an Ambitionen und internationaler (finanzieller und technischer) Unterstützung. Sie verpflichten sich den Zielen einer sozial-gerechten Energiewende und folgen dem Grundsatz, keine fossilen Brennstoffe zu fördern und die Dekarbonisierung des Energiesektors voranzutreiben.

Gleichzeitig unterstützen wir kleinere Staaten, die den Auswirkungen des Klimawandels besonders ausgesetzt sind, insbesondere auch bei der Stärkung ihrer Resilienz, auch im Rahmen bereits bestehender Partnerschaftsmodelle (siehe Annex 1) – von Entwicklungspartnerschaften zu Rohstoffpartnerschaften – in denen Klima eine immer wichtigere Rolle einnimmt. Unsere ressortübergreifenden außenpolitischen Partnerschaftsformate wie bi-nationale Kommissionen und strategische Partnerschaften mit Regierungskonsultationen werden wir gezielt nutzen, um die Zusammenarbeit beim Klimaschutz zentral zu verankern und mit anderen geopolitisch wichtigen und strategischen Themen zu verzahnen.

Wir wollen für unsere Partner auf Regierungsebene, aber auch für weitere wichtige Stakeholder wie Privatsektor und Zivilgesellschaft, zukünftig mehr Transparenz hinsichtlich der Kriterien und Modalitäten für Partnerschaften sicherstellen. Eine deutlich verbesserte Kohärenz im Gesamtauftritt ist dabei zentral. Dazu gehört neben einer

aktiven und kohärenten Außenkommunikation für alle Partnerschaften auch eine starke Rolle unserer Auslandsvertretungen als Anlaufpunkt in Partnerländern.

Neben unseren bilateralen Partnerschaften setzen wir auch auf plurilaterale Kooperationen unter Einbeziehung der EU oder anderer Partnerländer (z. B. andere Geberländer), mit denen wir u. a. die Energiewende in Drittländern (z. B. JETPs, siehe Kasten) und den Schutz von Wäldern (z. B. im Rahmen von Partnerschaften unter der *Forest Climate Leaders Partnerschaft* – siehe Kapitel C4) voranbringen.

Komplementär zu bilateralen Partnerschaften wollen wir breitere regionale Ansätze und die Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen (z. B. mit der OSZE, ASEAN, dem *Pacific Island Forum*, ECOWAS, CARICOM) stärken, um regionale Kooperation und regionalen Kapazitätsaufbau zu unterstützen. Wir haben sowohl energiepolitisch als auch sicherheitspolitisch ein besonderes strategisches Interesse daran, Klimatransformationen in der Östlichen Partnerschaft, dem Westbalkan, dem östlichen Mittelmeer und der MENA-Region voranzubringen. Denn hier schließen unsere eigenen Energiesysteme an – und gerade in der EU-Nachbarschaft wollen wir Beitrittskandidaten dabei unterstützen, sich dem europäischen Klimaneutralitätspfad anzuschließen.

Wir setzen uns dafür ein, den Zugang zu günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten durch regionale und multilaterale Entwicklungs- und Investitionsbanken zu verbessern (siehe Kapitel C6). Gleichzeitig wollen wir Instrumente wie *Global Gateway* und die G7- Partnerschaft für Infrastruktur und Investitionen noch stärker auf Klimaschutz ausrichten, um nachhaltige (Energie-)Infrastruktur zu realisieren.

Wir wollen Ende 2024 auswerten, welche Ergebnisse unsere bilateralen Partnerschaften erbracht haben und darauf aufbauend unser Partnerschaftskonzept strategisch weiterentwickeln. Wir streben an, die Partnerschaften im Kontext unserer bilateralen Beziehungen noch stärker strategisch auszurichten und die Weiterentwicklung unseres Partnernetzwerks auf politischer Ebene zu koordinieren. Dabei achten wir auf Synergieeffekte mit Partnerschaften der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Diesen Ansatz wollen wir daher in möglichst enger europäischer Abstimmung verfolgen.

Beispiele: Keine *One-Size-fits-all*-Klimaaußenpolitik

USA – Zentraler Akteur in der grünen Industriepolitik

Die USA spielen als größte Volkswirtschaft und zweitgrößter Treibhausgas-Emittent eine zentrale Rolle in der internationalen Klimapolitik. Mit dem Inflation Reduction Act haben die USA das größte Klimainvestitionsprogramm ihrer Geschichte auf den Weg gebracht und ein deutliches Signal gesendet, dass die Märkte der Zukunft nachhaltig sind. Unter Führung der Europäischen Kommission wollen wir – auch im Rahmen dieser Strategie – eng mit unseren US-Partnern zusammenarbeiten, um auf die Stärken des jeweils anderen aufzubauen, Protektionismus zu vermeiden und gemeinsam zu einer neuen Ära der nachhaltigen und zirkulären Produktion beizutragen. Unsere bilaterale klimapolitische Zusammenarbeit haben wir 2022 durch die Gründung einer Klima- und Energiepartnerschaft vertieft – mit dem Ziel, die Anstrengungen zur Erreichung der Klimaneutralität in den USA, in Deutschland und weltweit zu beschleunigen. Um unsere Klimazusammenarbeit auf eine breite Basis zu stellen, unterstützen wir darüber hinaus im Rahmen der Transatlantischen Klimabrücke die Vernetzung von klimapolitisch aktiven Kräften jenseits der nationalen Regierungsebene (z. B. Bundesstaaten, Wirtschaft, Jugend).

Brasilien – Potenzial zum *Global Player* in der klimaneutralen Wirtschaft

Brasilien hat eine Schlüsselfunktion für den globalen Klima-, Biodiversitäts- und Umweltschutz und das Potenzial, zu einem *Global Player* der Green Economy zu werden. Durch die Entwaldung und durch weitere Vegetationsänderungen im Amazonas-Biom besteht die Gefahr der Überschreitung irreversibler Kippunkte, mit potentiell massiven globalen Auswirkungen auf Klima und Ernährungssicherheit. Im Rahmen unserer Klimaaußenpolitik möchten wir mit Brasilien als Partner für die globale nachhaltige Transformation eng zusammenarbeiten. Für die Kooperation hin zu einer sozial-gerechten ökologischen Transformation stehen u. a. drei große Themenbereiche im Vordergrund: der Erhalt des Amazonas-Regenwalds, die Förderung nachhaltiger Agrar- und Ernährungssysteme und der Ausbau der erneuerbaren Energien. Dabei setzen wir uns außerdem für verstärkte regionale und multilaterale Zusammenarbeit mit Brasilien ein und wollen gemeinsam auch die indigenen Gemeinschaften vor Ort noch stärker einbeziehen.

China – Der größte Emittent und größte Produzent erneuerbarer Energien zugleich

Ohne China wird die Klimakrise nicht zu bewältigen sein. Gleichzeitig ist China der größte Produzent erneuerbarer Energien. Die Bundesregierung ermutigt China dazu, seiner globalen Verantwortung gerecht zu werden, denn Chinas klima- und umweltpolitische Entscheidungen wirken sich auf die ganze Welt aus. Als zwei leistungsfähige Volkswirtschaften tragen Deutschland und China Verantwortung dafür, weltweit maßgebliche Beiträge für Klimaschutz zu leisten.

Mit rund 25 bis 30 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen steht China im besonderen Maße in der globalen Verantwortung. Die Bundesregierung will mit China dort, wo es im beidseitigen Interesse liegt und zu konkreten Ergebnissen führt, auch auf der Ebene gemeinsamer Projekte weiter zusammenzuarbeiten. Deutschland sucht den Austausch mit China zu ambitionierteren Zielen bei der Senkung von Treibhausgasen. Deutschlands klimarelevantes Engagement mit China ist aber auch immer stärker vom Wettbewerb um nachhaltige Märkte sowie Ressourcen geprägt. Wir wollen in der Klimaaußenpolitik – eingebettet in den breiteren Kontext der deutschen China-Strategie und der EU-Chinapolitik – noch aktiver mit China in den Austausch treten. Zu diesem Zweck ist ein Klima- und Transformationsdialog vereinbart worden. Die Bundesregierung setzt sich auch für gesteigerte Beiträge zur multilateralen Klimafinanzierung und einen fairen Wettbewerb im Bereich der klimafreundlichen Technologien ein.

Kenia – afrikanischer Champion für erneuerbare Energien

Ein Ziel unserer Klimaaußenpolitik ist es, die Energiewende global voranzubringen und Partner beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Überwindung von Energiearmut zu unterstützen. Ein Beispiel ist unsere Zusammenarbeit mit Kenia: Kenia gilt als afrikanischer Champion für erneuerbare Energien. Der größte Teil des Stroms wird schon heute aus erneuerbaren Energien erzeugt (> 90 Prozent), Ziel bis 2030 sind 100 Prozent. Gleichzeitig hatte 2021 ein Viertel der Bevölkerung noch keinen Zugang zu Strom und die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits deutlich spürbar – eine Konstellation, die auf viele Länder auf dem afrikanischen Kontinent zutrifft. Gemeinsam mit Kenia können wir zeigen, dass Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung sich gegenseitig positiv verstärken. Wir haben unsere langjährige Zusammenarbeit zuletzt durch den Abschluss einer Klima- und Entwicklungspartnerschaft mit Schwerpunkt auf erneuerbare Energien, nachhaltigem Wasserstoff und Anpassung im Landwirtschaftssektor weiter vertieft. Kenia nimmt zudem eine immer aktivere Rolle bei internationalen Klimaverhandlungen ein und ist als erstes afrikanisches Land dem Klimacub beigetreten. Wir wollen Kenia dabei unterstützen, auch in Zukunft die Rolle einer klimapolitischen Vorreiterin auf dem afrikanischen Kontinent einzunehmen.

Indonesien – gemeinsam eine gerechte Energiewende beschleunigen

Indonesien – die drittgrößte Demokratie der Welt – zählt bereits heute zu den großen Emittenten des globalen Südens, dessen Energiebedarf zukünftig noch weiter steigen wird. Derzeit wird mehr als die Hälfte des Strombedarfs aus Kohle produziert. Ohne eine beschleunigte Energiewende in Ländern wie Indonesien werden wir die Pariser Klimaziele nicht erreichen. Das Momentum der parallelen indonesischen G20- und deutschen G7-Präsidentschaft 2022 haben wir daher genutzt, um gemeinsam mit Indonesien, anderen G7-Partnern sowie Norwegen und Dänemark eine Multi-Geber-Partnerschaft für eine gerechte Energiewende (*Just Energy Transition Partnership*; JETPs, siehe Kasten oben) zu vereinbaren: Im Rahmen der Partnerschaft hat sich Indonesien dazu bekannt, u. a. bis 2050 Netto-Null-Emissionen im Stromsektor zu erreichen – zehn Jahre früher als ohne JETP – sowie bis 2030 einen Anteil von mindestens 34 Prozent Erneuerbaren am Strommix zu erreichen – was in etwa einer Verdopplung des Erneuerbaren-Ausbaus in dieser Dekade im Vergleich zu bisherigen Plänen entspricht. Im Gegenzug haben die Geber zugesagt, 20 Mrd. USD für die Umsetzung dieser Ziele zu mobilisieren, davon 10 Mrd. USD aus dem Privatsektor. Derzeit erarbeitet Indonesien einen umfassenden Investitions- und Reformplan (*Comprehensive Investment and Policy Plan, CIPP*) für die beschleunigte Energiewende, der konkrete Aktivitäten für die nächsten 3-5 Jahre ausbuchstabiert.

Kleine Inselstaaten – vom Klimawandel existentiell bedroht

Im Rahmen dieser Strategie wird die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit kleinen vulnerablen Inselstaaten intensivieren. Sie sind zentrale Partner im internationalen Klimaschutz. Bei den kleinen Inselstaaten geht es neben der Anpassung an den Klimawandel auch um den Umgang mit unvermeidbaren Verlusten und Schäden. Sie sind einerseits besonders gefährdet durch Extremwetterereignisse, die häufiger und stärker auftreten; der steigende Meeresspiegel bedroht zudem für viele den Zugang zu Ressourcen, aber auch ihr kulturelles Erbe und

langfristig ihre schiere Existenz. Die Bundesregierung unterstützt Inselstaaten daher in bi- und multilateralen sowie in regionalen Projekten beispielsweise beim Wiederaufbau nach Extremwetterereignissen durch den Ausbau erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten und Bedarfe. Damit leisten wir auch einen Beitrag, um die Unabhängigkeit und Resilienz kleiner Inselstaaten zu stärken.

E. Partizipative Klimaaußenpolitik

Die deutsche Klimaaußenpolitik ist partizipativ. Daher bauen wir die Möglichkeiten zur gesamtgesellschaftlichen Beteiligung an Klimaaußenpolitik systematisch aus. Zu unserem Grundverständnis von Klimaaußenpolitik gehört, dass sie von der aktiven Mitwirkung und dem Wissen aller lebt: Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kultur, Frauen, Jugend, Indigene Völker, marginalisierte Gruppen. Ebenso tragen subnationale Strukturen wie Städte und Gemeinden zum Erfolg unserer Klimaaußenpolitik bei. Auch steht die Bundesregierung in regelmäßigem Austausch mit dem Deutschen Bundestag zu Fragen der Klimaaußenpolitik. Nur mit starkem gesellschaftlichem Rückhalt können Transformationsprozesse zur Halbierung von Emissionen bis 2030 und zur Stärkung von Klimaresilienz in diesem Jahrzehnt gelingen. Die Bundesregierung bekennt sich dazu, die aktive und gleichberechtigte Mitwirkung aller interessierten Gruppen zu unterstützen.

- Wir stehen in engem Austausch mit der Zivilgesellschaft und ermöglichen in allen Partnerschaftsmodellen die Integration von Zivilgesellschaftsdialogen.
- Wir suchen aktiv den Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden, um Transformationsprozesse mit fairem internationalem Wettbewerb in Einklang zu bringen und Deutschland als Partner für ambitionierten Klimaschutz und eine Dekarbonisierung der Industrie zu positionieren. Gewerkschaften leisten als Interessenvertretungen der Arbeitnehmerschaft einen wichtigen Beitrag dazu, Transformationsprozesse sozial gerecht zu gestalten. Im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung und Klimadiplomatie unterstützen wir Unternehmen dabei, Chancen für klimafreundliche Technologien und Märkte im Ausland zu erschließen.
- Ebenso stehen wir in regelmäßigem Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, um sicherzustellen, dass unsere klimaaußenpolitischen Ansätze auf den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen. Auch im Rahmen von Projekten arbeiten wir eng mit der Wissenschaft zusammen, u. a. bei der quantitativen Analyse von Klima-Konflikt-Risiken.
- Alle deutschen Klimaschwerpunktbotschaften bieten regelmäßig Bühnen für den Austausch mit nationalen und internationale Expertinnen und Experten, auch im Rahmen eines an Vertretungen neu etablierten *Climate Talks*-Formats.
- Mit den Instrumenten der *Science Diplomacy* – wie etwa Stipendien, Hochschulkooperationen oder Forschungszentren – befähigen wir Forschende, Lehrende und Studierende dazu, wichtige Beiträge für die Klima(folgen)forschung und zur Forschung an Lösungen zur Bewältigung des Klimawandels zu leisten.
- Wir engagieren uns weiter nachdrücklich für eine ambitionierte Umsetzung des *Gender Action Plans* der Klimarahmenkonvention sowie für eine genderresponsive Klimafinanzierung. Unsere Projekte und Initiativen gestalten wir genderresponsiv, und, wo möglich, gendertransformativ. Wir ergänzen die Genderstrategie der Internationalen Klimaschutzinitiative mit einem Gender-Aktionsplan. Auch im entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter, der Ende 2023 erscheinen soll, soll *Just Transition* ein Themenschwerpunkt sein – mit konkreten Maßnahmen zur Stärkung von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen als Akteurinnen des Wandels.
- Über unser Partnerschulnetzwerk erreichen wir weltweit etwa 2.000 Schulen. Mehr als 15 Millionen Menschen lernen in unseren Netzwerken Deutsch. Sie entwickeln dadurch auch ein Verständnis für Themen, die Deutschland bewegen. Dies ist ein idealer Anknüpfungspunkt, um Partner für eine gesellschaftswirksame Klimaaußenpolitik zu gewinnen.
- Als Mitglied der *Greening Education Partnership* der UNESCO (GEP) setzen wir uns weltweit für die Verankerung von Klimabildung in der Ausbildung von Lehrkräften ein.
- Mit Goethe-Instituten und Kulturarbeit binden wir Menschen aus allen Teilen der Gesellschaften in die Klimaaußenpolitik ein. Mit beidem schaffen wir Räume, die das gegenseitige Verständnis der Perspektiven auf den Klimawandel und seine Auswirkungen fördern. Hierauf können tiefgehende gesellschaftliche Klimapartnerschaften aufbauen.
- Wir setzen uns weiterhin konsequent für den Zugang von Beobachter-Gruppen (Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft, Jugendvertreterinnen und Jugendvertretern, Frauen und Mädchen, Indigenen Völker etc.) in den VN und multilateralen Formaten ein.

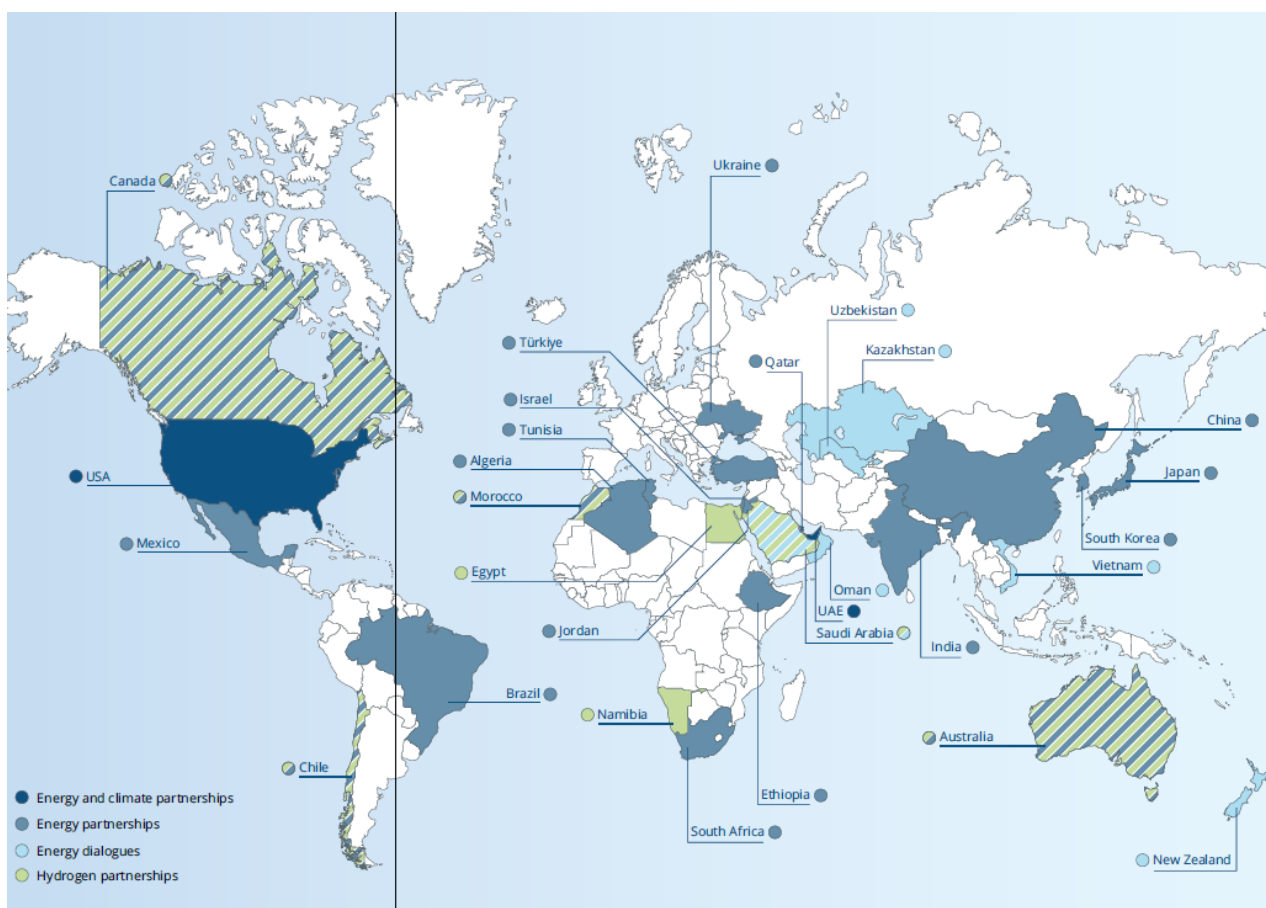
Annex 1: Aktuelle Partnerschaftsansätze im Überblick

Klima- und Energiepartnerschaften und -dialoge, Wasserstoffpartnerschaften

Mit mehr als 30 Partnerländern sind die bilateralen Energie- und Klimapartnerschaften und -dialoge – letztere als Vorstufe zu einer Partnerschaft – seit vielen Jahren zentrale Instrumente der Klima- und Energieaußenpolitik der Bundesregierung. Die Partnerschaften ermöglichen den strukturierten energie- und klimapolitischen Austausch auf Regierungsebene mit Ländern, die einen Transformationsprozess ihrer Energiesysteme anstreben. Zudem setzen sie Impulse für wirtschaftliche Kooperation und Innovationen auf dem Weg zu einer globalen Energiewende.

Deutschland kooperiert darüber hinaus im Rahmen von Wasserstoffpartnerschaften, teils als Bestandteil bestehender Energie- und Klimapartnerschaften, mit einer wachsenden Zahl von Ländern, um die Produktion und den Markthochlauf von grünem und kohlenstoffarmem Wasserstoff zu beschleunigen.

Abbildung 4 Bilateral energy and climate partnerships, energy dialogues and hydrogen partnerships



Quelle: Jahresbericht der Energie- und Klimapartnerschaften 2022, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Ausrichtung: Bilateral

Relevant für: Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer, die einen Transformationsprozess ihrer Energiesysteme anstreben.

Fokus: Energiesektor

Zielsetzung: Vertiefter energiepolitischer Austausch auf Regierungsebene (z. B. zu Netz- und Systemregeln, Strommarktdesign, Wasserstoffstrategien); Erarbeitung gemeinsamer und landesspezifischer Lösungsansätze.

Instrumente: Arbeitsgruppen, Workshops, hochrangige Steuerungsgruppentreffen, bilaterale Gespräche, Delegationsreisen, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, Marktstudien, Pilotprojekte.

Beispiel bilaterale Energiepartnerschaft mit der Ukraine: Förderung auch des nachhaltigen und klimafreundlichen Umbaus des Energiesektors im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau; Beispiel Energiedialoge in Zentralasien: Beratung noch fossil geprägter Staaten wie Kasachstan oder Usbekistan bei der Energiewende.

Klima- und Entwicklungspartnerschaften

Bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften zielen darauf ab, Entwicklungs- und Schwellenländer, die ihre Ambitionen bei der Erreichung der Pariser Klimaziele erhöhen und gleichzeitig bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 voranschreiten wollen, verstärkt zu unterstützen. Bilaterale Klimapartnerschaften verbinden den sektor- und reformpolitischen Dialog mit entwicklungspolitischen Förderansätzen wie Beratung, Investitionen und Budgetfinanzierungen. Im Hinblick auf ihren bilateralen Charakter sind sie wesentlich kleiner als die plurilateralen JETPs (s.u.), auch haben sie keinen Fokus auf den Energiesektor, sondern umfassen Klimaschutz und Anpassung in verschiedenen Sektoren und verbinden diese mit der Agenda 2030. In den letzten beiden Jahren wurden Partnerschaften mit Pakistan, Serbien, Ruanda, Indien, Peru, Kenia und Kolumbien sowie eine regionale Partnerschaft mit dem Westbalkan abgeschlossen; weitere sind in Vorbereitung, u. a. mit Marokko und Côte d'Ivoire.

Ausrichtung:	Bilateral
Relevant für:	Entwicklungs- und Schwellenländer, die sich zu einer erhöhten Ambition bei der Erreichung der Pariser Klimaziele, im Einklang mit der Agenda 2030 bereit erklären.
Fokus:	Klimaschutz und Anpassung in verschiedenen Sektoren (z. B. Energiewende, nachhaltige Infrastruktur, Stadtentwicklung, Verkehr, Abfallwirtschaft und Landwirtschaft, Schutz von natürlichen Senken wie Wäldern und Mooren, Resilienz-Stärkung, makroökonomische Transformation).
Zielsetzung:	Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern, ihre Ambitionen bei der Erreichung der Pariser Klimaziele zu erhöhen; Einbindung von Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatsektor, sowie verschiedene Regierungsebenen (lokal-national).
Instrumente:	Hochrangiger klima- und entwicklungspolitischer Dialog, verstärkte Unterstützung im Rahmen der entwicklungs- und klimapolitischen Zusammenarbeit und Kooperation mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Just Energy Transition Partnerships

Eine innovative Form von Klimapartnerschaften sind die plurilateralen *Just Energy Transition Partnerships* (JETPs) die wir im Rahmen unserer G7-Präsidentschaft vorangetrieben haben. Idee der JETPs ist, dass verschiedene Geberländer (G7+) ihre politischen und finanziellen Ressourcen zusammenlegen und gemeinsam mit einem ambitionierten Partnerland im globalen Süden in den Dialog treten – v. a. große Emittenten, die den sozial-gerechten Kohleausstieg und den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen wollen.

Ambitionierte Partnerländer bekommen ein umfangreiches Unterstützungsangebot für eine beschleunigte Energiewende und bekennen sich zu klaren und messbaren klimapolitischen Ambitionssteigerungen. Bislang bestehen JETPs mit Südafrika, Indonesien, Vietnam und Senegal.

Ausrichtung:	Plurilateral (mehrere Geber-Staaten mit einem Partnerland)
Relevant für:	Entwicklungs- und Schwellenländer, insbesondere große Emittenten, die sich zu einer Beschleunigung einer gerechten Energiewende in Richtung 1,5°C bekennen.
Fokus:	Energiewende im Partnerland, insb. Stromsektor
Zielsetzung:	Unterstützung einer sozial- und umweltgerechten Transformation des Energiesektors, unter besonderer Berücksichtigung von Frauen, Jugendlichen und marginalisierten Gruppen, die mit konkreten und quantifizierbaren Zielen sowohl aufseiten der Geber (finanzielle und technische Unterstützung) als auch aufseiten des Partnerlandes (z. B. Emissionsobergrenze im Stromsektor in 2030, Erneuerbaren-Anteil 2030) hinterlegt ist.
Instrumente:	Internationale Partnergruppe (starke Geberkoordinierung); Sekretariat als Schnittstelle zwischen Gebern und Partnerland; umfassender Investitions- und Reformplan und Umsetzungsplan für beschleunigte Energiewende, in deren Rahmen gezielte Umsetzungsprojekte identifiziert und unterstützt werden.

Waldpartnerschaften

- Ausrichtung: Bi- oder plurilateral
- Relevant für: Tropenwaldländer (Entwicklungs- und Schwellenländer), die ambitionierte Ziele zum Stopp der Entwaldung und Wiederherstellung von Ökosystemen verfolgen.
- Fokus: Wald- und Landnutzungssektor
- Zielsetzung: Unterstützung der Umsetzung landesspezifischer Strategien und Maßnahmen mit definierten Zielen zum Walderhalt und zur Transformation des Landnutzungssektors. Koordinierung von (erhöhter) Klimafinanzierung entlang ambitionierter nationaler Ziele.
- Instrumente: Verstärkte Geberkoordinierung im Rahmen der Partnerschaft mit Norwegen, Großbritannien, aktives Mitgestalten der country packages im Rahmen der Forest and Climate Leaders Partnership (FCLP), hochrangiger klima- und entwicklungspolitischer Dialog und Kooperation mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Im GN2U-Rahmen (Zusammenarbeit im Waldbereich zwischen Deutschland, Norwegen, Großbritannien und USA) angestrebte Waldpartnerschaften mit Vietnam und Ecuador befinden sich noch in einem frühen Stadium, werden aber aktiv verfolgt.

Rohstoffpartnerschaften

- Ausrichtung: Bilateral oder regional
- Relevant für: Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer, die über Rohstoffe für die Energiewende verfügen.
- Fokus: Rohstoffe für die Energiewende, v. a. Seltene Erden, Lithium.
- Zielsetzung: Sicherung einer nachhaltigen und langfristigen Rohstoffversorgung zur Diversifizierung der Rohstofflieferketten.
- Instrumente: Regierungsabkommen, Gemeinsame Erklärungen; unter diesem Dach privatrechtliche Verträge durch Wirtschaftsunternehmen. Neben der Vertiefung bereits bestehender Partnerschaften wie mit Kasachstan sind dafür Auf- und Ausbau strategischer Kooperationen (z. B. *Minerals Security Partnership* mit USA, Japan, Kanada, Australien, Frankreich, Finnland) vorgesehen. Zudem Rohstoffkooperationen mit ausgewählten Ländern in Afrika und Südamerika (v. a. Chile) geplant.

Annex 2: G7-Kommuniqué und weitere Bezugsdokumente**Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G7 von Hiroshima, Mai 2023**

„We underline our commitment, in the context of a global effort, to accelerate the phase-out of unabated fossil fuels so as to achieve net zero in energy systems by 2050 at the latest in line with the trajectories required to limit global average temperatures to 1.5 °C above preindustrial levels, and call on others to join us in taking the same action.”

„We also highlight that we ended new direct public support for the international unabated fossil-fuel energy sector in 2022, except in limited circumstances clearly defined by each country consistent with a 1.5 °C warming limit and the goals of the Paris Agreement, recognizing the importance of national security and geostrategic interests. It is necessary to accelerate the phase out of our dependency on Russian energy, including through energy savings and gas demand reduction, in a manner consistent with our Paris commitments, and address the global impact of Russia’s war on energy supplies, gas prices and inflation, and people’s lives, recognizing the primary need to accelerate the clean energy transition. In this context, we stress the important role that increased deliveries of LNG can play, and acknowledge that investment in the sector can be appropriate in response to the current crisis and to address potential gas market shortfalls provoked by the crisis. In the exceptional circumstance of accelerating the phase out of our dependency on Russian energy, publicly supported investment in the gas sector can be appropriate as a temporary response, subject to clearly defined national circumstances, if implemented in a manner consistent with our climate objectives without creating lock-in effects, for example by ensuring that projects are integrated into national strategies for the development of low-carbon and renewable hydrogen.”

Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G7 von Elmau, Juni 2022

„Recognising the importance of national security and geostrategic interests we commit to end new direct public support for the international unabated fossil fuel energy sector by the end of 2022, except in limited circumstances clearly defined by each country consistent with a 1.5°C warming limit and the goals of the Paris Agreement. In this context and with a view to accelerating the phase out of our dependency on Russian energy, we stress the important role increased deliveries of LNG can play, and acknowledge that investment in this sector is necessary in response to the current crisis. In these exceptional circumstances, publicly supported investment in the gas sector can be appropriate as a temporary response, subject to clearly defined national circumstances, and if implemented in a manner consistent with our climate objectives and without creating lock-in effects, for example by ensuring that projects are integrated into national strategies for the development of low-carbon and renewable hydrogen.”

Beschluss des Koalitionsausschusses (KOA) zum Abwehrschirm vom 29.09.2022

Der KOA-Beschluss zum Abwehrschirm vom 29.09.2022 enthält zudem die Aussage, dass „wir mit Ländern, in denen die Möglichkeit zur Erschließung neuer Gasfelder besteht, im Rahmen der Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens zusammenarbeiten, um die ausfallenden russischen Gaslieferungen durch neu erschlossenes LNG-Angebot zu ersetzen“.

COP26 Statement „Public Support for the Clean Energy Transition“

„Our joint action is necessary to ensure the world is on an ambitious, clearly defined pathway towards net zero emissions, that is consistent with the 1.5°C warming limit and goals of the Paris Agreement, as well as the best available science and technology. These measures will help stimulate sustainable, resilient and inclusive economic development globally, and support a just transition for affected communities:

1. We will prioritise our support fully towards the clean energy transition, using our resources to enhance what can be delivered by the private sector. This support should strive to „do no significant harm” to the goals of the Paris Agreement, local communities and local environments.
2. Further, we will end new direct public support for the international unabated fossil fuel energy sector within one year of signing this statement*, except in limited and clearly defined circumstances that are consistent with a 1.5°C warming limit and the goals of the Paris Agreement.
3. We will encourage further governments, their official export credit agencies and public finance institutions to implement similar commitments into COP27 and beyond. This includes driving multilateral negotiations

in international bodies, in particular in the OECD, to review, update and strengthen their governance frameworks to align with the Paris Agreement goals. For government signatories, this will also guide our approach on the boards of multilateral development banks.

In committing to the above, we furthermore recognise:

1. the findings of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) and IEA net-zero analysis show that in the pathways consistent with a 1.5°C warming limit and the goals of the Paris Agreement, the global production and use of unabated fossil fuels must decrease significantly by 2030;
2. that the accelerated alignment of international public and private sector financial flows is critical to driving energy transitions, energy access and supporting the development of both emerging and existing clean technologies, improving livelihoods and employment prospects worldwide;
3. the progress, driven in part by enabling public finance investments, in reducing the costs of clean energy alternatives such as solar and wind power to become cheaper than unabated fossil fuels in almost every region of the world, revolutionising and transforming energy options and access;
4. that investing in unabated fossil-related energy projects increasingly entails both social and economic risks, especially through the form of stranded assets, and has ensuing negative impacts on government revenue, local employment, taxpayers, utility ratepayers and public health;
5. the devastating impacts of the COVID-19 pandemic and the need to recover better and greener for a sustainable economic recovery that saves lives and improves livelihoods.”

Deutschland hat mit der Zeichnung des Statements einen Sideletter mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Germany supports the ambition of aligning international public support with the goals of the Paris Agreement. It is key to accelerate the support for renewable energy and energy efficiency measures and solutions, while phasing out direct public support for fossil fuels and supporting the transition. At the same time, fossil fuel projects will still be needed to enable the transition to climate neutrality while simultaneously avoiding lock-ins is indispensable. Thus, targeted support should be possible during the transition period. For Germany, this specifically concerns natural gas and the gradual transition towards the production and use of clean hydrogen. Germany underlines that any of those projects have to be in line with global and national pathways towards climate neutrality. Therefore, Germany intends to introduce clearly defined conditions for bilateral and multilateral public support. To this end, Germany is committed to advance the discussions around Paris-aligned export credits and insurance within the EU, partners in the E3F Coalition and others.”

Annex 3: Glossar

AEGEI	Africa-Europe Green Energy Initiative
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ATACH	Allianz für transformative Maßnahmen zu Klimawandel und Gesundheit
BBNJ	Biodiversity Beyond National Jurisdiction
CAF	Capital Adequacy Frameworks
CARICOM	Caribbean Community and Common Market
CBAM	Carbon Border Adjustment Mechanism
CBD	Convention on Biological Diversity
CCASCOE	Climate Change and Security Centre of Excellence
CCS	Carbon Capture and Storage
CCU	Carbon Capture and Utilization
CEM	Clean Energy Ministerial
CIPP	Comprehensive Investment and Policy Plan
CMS	Carbon Management Strategie
CPF	Collaborative Partnership on Forests
C-SET	Coalition for addressing Sea-level rise & its Existential Threats
CSM	Climate and Security Mechanism
DAS	Deutsche Anpassungsstrategie
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
DESA	United Nations Department of Economic and Social Affairs
E3F	Export Finance for Future
ECOWAS	Economic Community of West African States
EFR	Europäischer Forschungsraum
ENACT	Enhancing Nature-based Solutions for an Accelerated Climate Transformation
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FCLP	Forest and Climate Leaders Partnership
G20	Gruppe der Zwanzig
G7	Gruppe der Sieben
GBF	Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework
GCF	Green Climate Fund
GEF	Global Environment Facility
GEP	Greening Education Partnership

GN2U	Zusammenarbeit im Waldbereich zwischen Deutschland, Norwegen, Großbritannien und USA
GSVP	Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU
GW	Gigawatt
HAC	High Ambition Coalition for Nature and People
HDP-Nexus	Humanitarian-Development-Peace Nexus
ICAO	International Civil Aviation Organization
IEA	Internationale Energieagentur
IFCMA	Inclusive Forum on Carbon Mitigation Approaches
IFIs	Internationale Finanzinstitutionen
IGAD	Intergovernmental Authority on Development
IGH	Internationaler Gerichtshof
IKI	Internationale Klimaschutzinitiative
ILC	International Law Commission
IMO	International Maritime Organization
IPBES	Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services
IPCC	International Panel on Climate Change
IRENA	International Renewable Energy Agency
ISGH	Internationaler Seegerichtshof
ISSB	International Sustainability Standards Board
IUCN	International Union for Conservation of Nature
IWF	Internationaler Währungsfonds
JETPs	Just Energy Transition Partnerships
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KOA	Koalitionsausschuss
KSpG	Kohlendioxid-Speicherungsgesetz
LDCF	Least Developed Countries Fund
LDCs	Least Developed Countries
LiFE	Lifestyle for Environment
LNe	Langfriststrategie Negativemissionen
LNG	Liquefied natural gas
MI	Mission Innovation
NAP	National Adaptation Plan

NAPs	Nationale Anpassungspläne- und strategien
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NbS	Nature-based Solutions/ naturbasierte Lösungen
NBSAPs	Nationale Biodiversitätsstrategien und -aktionspläne
NCQG	New Collective Quantified Goal
NDCs	Nationally Determined Contributions
NGFS	Network for Greening the Financial System
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development,
PtL	Power-to-Liquid
PtX	Power-to-X
SASSCAL	Southern African Science Service Centre for Climate Change and Adaptive Land Management
SDGs	Sustainable Development Goals
SIDS	Small Island Developing States
SRIA	Strategische Forschungs- und Innovationsagenda
SRM	Solar Radiation Management
TW	Terawatt
UN CBD	United Nations Convention on Biological Diversity
UNCCD	United Nations Convention to Combat Desertification
UNCLOS	United Nations Convention on the Law of the Sea
UNEA	United Nations Environment Assembly
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNFF	United Nations Forum on Forests
V20	Vulnerable 20 Group
VN	Vereinte Nationen
WASCAL	West African Science Service Centre on Climate Change
WFP	World Food Programme of the United Nations
WHO	World Health Organization of the United Nations
WTO	World Trade Organization of the United Nations